



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Hauptschule und Finanzausgleich

Ein Bericht des KPV-Landesvorsitzenden Landrat Stefan Rößle zum Kommunalen Finanzausgleich stand ebenso im Blickpunkt der jüngsten KPV-Landesvorstands- und Hauptausschuss-Sitzung in München wie detaillierte Ausführungen zur Hauptschulreform. Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle stand hierzu Rede und Antwort.

Als „eine Chance, die es zu nutzen gilt“ bezeichnete Vorsitzender Rößle eingangs die geplante Einführung der Mittelschule. Das Konzept der Bayerischen Staatsregierung bietet laut Kultusminister Spaenle vielfältige Chancen. Bis 2010/2011 würden rechtliche Voraussetzungen dafür geschaffen, dass sich Hauptschulen zu Mittelschulen weiterentwickeln können. Ein verbindlicher Zeitplan werde den Schulen gerade nicht vorgeschrieben, so dass Schule und Gemeinden genügend Zeit hätten, maßgeschneiderte Konzepte zu erarbeiten.

Klare Rahmenbedingungen

Die Entwicklung der Hauptschule zur Mittelschule geschieht unter klaren Rahmenbedingungen: Jeder Landkreis entscheidet nach Spaenles Ausführungen selbst, wann er die Dialogphase beginnt. Ein Aussetzen der auf Freiwilligkeit und individuelle Standortentwicklung ausgerichteten Dialogphase würde der Sicherung der Hauptschule in ländlichen Räumen wertvolle Zeit nehmen. Deshalb erscheine es ratsam, den für Bayern völlig neuen Weg der Strategie des Bildungsdialoges vor Ort fortzusetzen.

Die Mittelschule als Hauptschule eröffne den Schülern mit der vertieften Berufsorientierung den Weg zum Beruf, argumentierte der Minister. Dabei blieben sie in der Regel bis zur 8. Jahrgangsstufe in ihrem Klassenverband an ihrem Standort. Wie bislang entschieden sie sich in der 8. Jahrgangsstufe für einen der drei Zweige Technik, Wirtschaft

und Soziales. Auch könnten alle Zweige an jedem Standort durch entsprechende Organisation angeboten werden: Mehrzügige Hauptschulen schafften das immer, aber auch einzügige Hauptschulen könnten dies wie bisher anbieten, „wenn sie zum Beispiel entsprechende Gruppen bilden oder Jahrgangsstufen übergreifenden Unterricht vorsehen“.

Wie Spaenle darlegte, können insbesondere kleine einzügige Hauptschulen nicht das gesamte pädagogische Angebot, etwa M-Zug oder Ganztageszug, vorhalten. Deshalb müssten Schüler solcher Standorte, die dies wahrnehmen wollten, schon bisher fahren. Im Schulverbund soll allen Schülern der Zugang zum gesamten Bildungsangebot der Mittelschule eröffnet werden. Dazu sei wie bisher ein gewisses Maß an Fahraufkommen notwendig. Von einer übermäßigen Mehrung der Schülerverkehre könne deshalb nicht die Rede sein; insbesondere wenn man die Tatsache mitberücksichtigt, dass Realschüler und Gymnasiasten ab der 5. Klasse in ländlichen Räumen täglich fahren.

Große Herausforderung

„Wir wollen möglichst viele Hauptschulstandorte möglichst lange erhalten“, machte der Minister deutlich. Das sei angesichts des demographischen Wandels und dem damit verbundenen Rückgang der Schülerzahl die größte Herausforderung für die Hauptschule. Der weiterent-

(Fortsetzung auf Seite 4)



Das Podium der KPV (v. l.): Georg Huber, Dr. Ludwig Spaenle, Stefan Rößle und Gerhard Weber. Bild: DK

Deutscher Städtetag:

Fokus auf „Goldene Regeln“

Bei allen Entscheidungen, die sich auf die Finanzsituation der Städte und Gemeinden auswirken, müssen die Folgen für kommunale Dienstleistungen beachtet werden. Darauf hat der Deutsche Städtetag im Präsidium und Hauptausschuss in Berlin hingewiesen. Dies gelte auch für die geplanten milliardenschweren Steuerentlastungen, so der kommunale Spitzenverband.

Wie die Präsidentin des Deutschen Städtetages, Frankfurts Oberbürgermeisterin Petra Roth, ausführte, müssten die Städte gerade in der Krise handlungsfähig bleiben, um sich weiterhin zuverlässig für die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit, den Ausbau der Kinderbetreuung, Bildung, Integration und eine gute Infrastruktur engagieren zu können. Die Menschen vertrauten auf die kommunalen Leistungen vor Ort.

Angespannte Finanzlage

Zu den im Koalitionsvertrag angekündigten Steuerentlastungen meinte Roth: „Viele Städte können weitere Mindereinnahmen definitiv nicht verkraften. Wir lehnen allgemeine Steuerentlastungen nicht generell ab. Aber für die Städte ist nicht er-

kennbar, wie sie angesichts ihrer äußerst angespannten Finanzlage eine weitere Schwächung ihrer Einnahmehasis verkraften sollen, ohne dass Qualität und Verlässlichkeit der gerade in Krisenzeiten elementar wichtigen städtischen Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger gefährdet werden.“

Steuerausfälle

Die zusätzlichen von der Koalition geplanten Steuerentlastungen für die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen werden Petra Roth zufolge bei den Kommunen Steuerausfälle von voraussichtlich rund 3,6 Milliarden Euro jährlich verursachen. Davon entfielen mindestens 1,2 Milliarden Euro auf das steuerpolitische Sofortprogramm und

(Fortsetzung auf Seite 5)

KPV-Bundesvertreterversammlung in Mainz:

„Auf Bildung kommt es an!“

Die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) hat auf ihrem zweitägigen Bundeskongress in Mainz unter dem Motto „Auf Bildung kommt es an! Kommunen als starke Partner“ einen Leitartikel verabschiedet.

Darin sollen Schulen mehr Verantwortung erhalten. Gefordert wird eine kommunale Bildungslandschaft. Darüber hinaus wurde eine neue Führung gewählt. Mit 96 Prozent der Stimmen erhielt der alte und neue Bundesvorsitzende MdB Peter Götz ein großartiges Ergebnis. Götz dankte für das Vertrauen und versprach, dass er sich weiter mit ganzer Kraft für die Kommunalen in der Union einsetzen werde: „Gerade in rauen Zeiten muss die Union auf die Kraft und die Stärke der Kommunen setzen!“ Die KPV vertritt bundesweit rund 75.000 Kommunalpolitiker der Union.

Einnahmen der Kommunen brechen weg

Zu Götz' Stellvertretern wurden der Stadtkämmerer aus Frankfurt a. M. Uwe Becker, der CDU-Vorsitzende des Landesverbandes Braunschweig, Jochen Konrad Fromme, der Geschäftsführer des Entsorgungsbundes Saar, Dr. Heribert Gisch, die Bürgermeisterin der Gemeinde Schwielowsee, Kerstin Hoppe, der Oberbürgermeister der Stadt Hamm, Thomas Hunsteger-Petermann, und die Bundestagsabgeordnete Carola Stauche gewählt. Neuer Schatzmeister ist Lars-Martin Klieve, Kämmerer der Stadt Essen.

KPV-Bundesvorsitzender Götz zeichnete auf dem Kongress ein düsteres Bild der kommunalen Haushalte. Gewerbesteuer und Unternehmenssteuern brächen „auf breiter Front ein“. Ende 2008 habe es in den kommunalen Haushalten in Deutschland noch einen Überschuss von acht Milliarden Euro gegeben, 2010 werde das Finanzierungssaldo Schätzungen zufolge auf Minus von 11,5 Milliarden Euro sinken. Viele Kommunen hätten bereits „den wirtschaftlichen Notstand“ erklärt, kommunale Selbstverwaltung finde dort „schon lange nicht mehr statt“, warnte Götz. Die Gemeinden müssten deshalb weiter

Unternehmenssteuern erheben können.

Kommunal Finanzen krisenfest gestalten

Bundeskanzlerin Angela Merkel signalisierte vor rund 400 Kommunalpolitikern Verständnis für die Situation der Kommunen. Auch der Bund sitze aber „nicht auf den dicken Goldkissen“, sondern steuere mit einem Minus von 86 Milliarden Euro der größten Verschuldung in der Geschichte der Republik entgegen. „Lieber lasse ich die Gewerbesteuer, wie sie ist, wenn uns nichts Besseres einfällt“, machte Merkel deutlich. Ihr Ziel sei aber, die Kommunal Finanzen krisenfest zu gestalten. Wenn der Staat Unternehmen vor der Insolvenz schütze, solle er auch dafür, dass die Kommunen künftig noch Einnahmen hätten. Weiter betonte Merkel, 2011 werde es eine Reform der Einkommens-

(Fortsetzung auf Seite 5)



Neues von Sabrina

Die Christkindlmärkte in den Innenstädten sind mehr als ein reiner Marketingevent - oder könnten es zumindest sein. Denn die Menschen brauchen laut der Vorzimmerperle gerade in der kalten und dunklen Jahreszeit Orte, um zusammen zu kommen und Wärme zu empfinden. Onlineshopping kann das eben nicht bieten. Seite 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Pünktlich zum Saisonbeginn geht im Skigebiet Winklmoos in Reit im Winkl die neu gebaute 8er-Gondelbahn in Betrieb. Sie bringt die Skifahrer zukünftig in weniger als 10 Minuten vom Parkplatz Seegatterl direkt auf die Piste. Bild: Tourist-Information Reit im Winkl

Sie lesen in dieser Ausgabe

Solidaritätszuschlag ist verfassungswidrig	Seite 2
Informative Regionaltagungen	3
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Ein fairer Finanzausgleich	3
Einheitlicher Ansprechpartner	4
GZ-Fachthemen: Kommunales Verkehrswesen • ÖPNV	6/7
Abfall • Umwelt	8/9
Kommunale Wasserversorgung	10
Kommunalfahrzeuge	11/12
Aus den bayerischen Kommunen	13-16

Reaktionen zum Finanzausgleich 2010:

Zufriedenheit ohne Begeisterung

Staatsregierung und kommunale Spitzenverbände einigen sich auf 6,6 Milliarden Euro

Investitionsförderung auf hohem Niveau und Stabilisierung der Schlüsselzuweisungen, das sind Eckpunkte des kommunalen Finanzausgleichs 2010, den Finanzminister Georg Fahrenschohn mit den Vorsitzenden der vier kommunalen Spitzenverbände ausgehandelt hat.

Mit insgesamt 6,6 Mrd. Euro Staatszuschüssen bleibt der Ausgleich fast komplett auf dem bisherigen Niveau, wie Gemeindevorstandsvorsitzender Uwe Brandl als Sprecher der Vier nach der abschließenden Verhandlung im Münchner Finanzministerium sagte. Das Zahlenwerk für den Nachtragset 2010 entspricht der Lage eines schwierigen Jahres, wie der Finanzminister anmerkte.

Zufriedenheit ohne große Begeisterung klang aus allen Erklärungen der Gesprächspartner

1,94% auf 12% angehoben. Damit komme der Staat einer zentralen Forderung der Spitzenverbände entgegen. Für den Sozialhilfeausgleich bei den Bezirken werden zusätzlich 6 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Er steigt damit auf 583,6 Mio. Euro. Die Zuweisungen für die Kosten der Schülerbeförderung werden um 6 Mio. Euro auf 277 Mio. Euro angehoben, wodurch eine durchschnittliche Erstattungsquote von 60% gehalten wird. In der Investitionsförderung werden

ihrer CSU-Parteibücher nicht sagen, was sie über dieses Verhalten der Staatsregierung denken.

Halbleib und Fraktionsvorsitzender Markus Rinderspacher zeigten sich enttäuscht, weil die Verbandsvorsitzenden das im Juli vereinbarte vierte Gespräch mit der SPD-Fraktion kurzfristig abgesagt hatten: Es hatte am Tag vor der entscheidenden Sitzung im Finanzministerium stattfinden sollen. Die SPD bleibt dabei, zusätzlich 500 Mio. Euro für den Finanzausgleich zu fordern.

Verfassungsbedenken

Christine Kamm, die kommunalpolitische Sprecherin der Grünen, nannte die Spitzenverhandlungen Mausechlei hinter verschlossenen Türen und einen Kuhhandel auf Kosten Dritter. Offen sei zum Beispiel geblieben, wie die Bezirke die immensen Mehrkosten bei der Eingliederungshilfe für Behinderte stemmen sollen. Das derzeitige Verfahren, den kommunalen Finanzausgleich aufzustellen, entspreche nicht dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs. **rm**

CSU behält im Landtag das Sagen

Verfassungsgerichtshof bestätigt Mehrheit in den Ausschüssen

Die Landtagsopposition ist mit ihrer Verfassungsklage gescheitert, die CSU-Mehrheit in den Parlamentsausschüssen nach der Landtagswahl 2008 als Verstoß gegen das Mehrheitsprinzip zu verurteilen. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof entschied knapp mit fünf gegen vier Stimmen, nicht die Zahl der Landtagsmandate sei für die Berechnung der Ausschusssitze maßgeblich. Die Koalition von CSU und FDP habe als Mehrheit die Ausschüsse im „Selbstorganisationsrecht“ so zuschneiden können, wie geschehen.

Demzufolge wurde Ende letzten Jahres beschlossen, Ausschüsse mit 22, 20 und 16 Mitgliedern zu bilden. Früher waren es 17 und 23. Nach dem neuen Verfahren hat die CSU 50% der Stimmen und kann jede unliebsame Entscheidung blockieren. Die Opposition ist der Meinung, die Umstellung auf gerade Mitgliederzahlen verstoße gegen den Wählerwillen, demzufolge die CSU gemäß ihrem Wahlergebnis (43,4%) im Plenum über 92 von 187 Sitzen, gleich 49,2%

verfüge. Im März klagten SPD, Grüne und Freie Wähler beim Verfassungsgerichtshof gegen diese „Arroganz der Macht“ (vgl. GZ 6 / 19.03.09).

Grundsatz der Spiegelbildlichkeit tangiert

Nach mündlicher Verhandlung Mitte Oktober kam es jetzt zum Urteil. Die Mehrheit der Richter entschied, „dem Grundsatz nach muss jeder Landtagsausschuss ein verkleinertes Abbild des Parlamentsplenums in seinem durch die Fraktionen geprägten und auf die Volkswahl zurückgehenden politischen Stärkeverhältnis darstellen“. Der Grundsatz der Spiegelbildlichkeit sei durch die neue Sitzberechnung in den Ausschüssen zwar tangiert, gleichwohl seien diese „Blockade“- und damit Wirkungsmöglichkeiten verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden, „da über das Stärkeverhältnis der einzelnen Fraktionen hinaus auch die konkreten Mehrheitsverhältnisse im Landtag zu berücksichtigen sind“.

Die Richtermehrheit hielt entgegen, gerade der Grundsatz der Spiegelbildlichkeit besage, „dass den im Landtag vertrete-

nen Parteien in den Ausschüssen möglichst genau der Einfluss zu steht, der ihrem Wahlergebnis entspricht“. Die Neueinteilung der Ausschüsse „verstößt gegen das Demokratieprinzip“.

Dem schlossen sich alle drei Oppositionsfraktionen an. Fraktionsgeschäftsführer Harald Güller (SPD) kommentierte, der Ball liege jetzt bei der FDP, sich dagegen zu wehren. Grünen-Fraktionsvorsitzende Margarete Bause kündigte an, ihre Fraktion werde bei der Bildung neuer Gremien, insbesondere Untersuchungsausschüssen, darauf bestehen, dass ungerade Mitgliederzahlen bestimmt werden. Prof. Michael Piazolo, Vizefraktionschef der Freien Wähler, sprach von einer schallenden Ohrfeige für die CSU ohne Konsequenzen.

Arbeitsfähigkeit geben

Der stellvertretende CSU-Fraktionsvorsitzende Thomas Kreuzer erklärte, das Urteil bestätige die neue Sitzberechnung. Ausschlaggebend sei die Arbeitsfähigkeit des Landtags. Die Regierungsfaktionen „müssen eine solche Mehrheit haben, dass nicht die Abstimmung verloren geht, wenn mal einer auf die Toilette muss“. FDP-Rechtsexperte Dr. Andreas Fischer konnte keine Benachteiligung der Opposition erkennen. Sie könne ja jedes für sie in den Ausschüssen negativ behandelte Thema in das Plenum ziehen. **rm**

Mehr Transparenz im Finanzausgleich

Gesetzesänderung gibt Kommunen mehr Einfluss Spitzenverbände bleiben Verhandlungspartner

Ab kommendem Jahr wird der Finanzausgleich zwischen Staat und Kommunen in Bayern auf eine neue Grundlage gestellt. Städte, Landkreise, Gemeinden und Bezirke haben dann mehr Möglichkeiten, ihre Anforderungen an den Ausgleich geltend zu machen.

Ein Regierungsentwurf zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung von 2004 hat im federführenden Haushaltsausschuss des Landtags die Zustimmung der Koalitionsfraktionen CSU und FDP erhalten. Für die Opposition ist die Neufassung unzureichend und entspricht nicht dem Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom November 2007.

Das höchste Gericht hatte das Entscheidungsverfahren über die Frage, wie viele Mittel den Kommunen im Finanzausgleich (FAG) bereitgestellt werden, für mangelhaft erklärt und eine gesetzliche Neuregelung bis Ende 2009 gefordert. Ein wirkungsvoller Schutz des kommunalen Selbstverwaltungsrechts bedürfe eines transparenten Verfahrens. Geklagt hatten die Bezirke Schwaben und Oberbayern, 30 Landkreise, 4 kreisfreie Städte und 232 kreisangehörige Gemeinden.

Rechtzeitige Übermittlung

Im Regierungsentwurf wird in Einzelheiten festgelegt, dass der FAG-Entwurf den kommunalen Spitzenverbänden „rechtzeitig“ zu übermitteln ist. Er muss eine Darstellung der Finanzentwicklung des Staates und der Kommunen enthalten. U. a. sind die Kosten für die Pflichtaufgaben des staatlichen und des übertragenen Wirkungsbereichs darzustellen. Erst dann wird abschließend verhandelt, wobei neben Finanz- und Innenminister auch der Vorsitzende des Haushaltsausschusses Gesprächspartner der Spitzenverbände ist - wie heuer schon geschehen.

Praktikabilität

Im Haushaltsausschuss erachteten der stellvertretende Vorsitzende Volkmar Halbleib (SPD), Manfred Pointner (Freie Wähler) und Eike Hallitzky (Grüne) den Entwurf für unzureichend im Sinne des Urteils. Ihre Fraktionen hatten differenzierte, zum Teil widersprüchliche Änderungsvorschläge gemacht. Pointner hielt es für nicht praktikabel, wenn die Grünen alle Kommunen, also mehr als 2100, an der Bedarfsermittlung beteiligen wollen. Halbleib hielt entgegen, nicht die Spitzen-

verbände, sondern die Kommunen insgesamt seien verfassungsrechtlich Gesprächspartner beim Finanzausgleich.

Definition Kommune

Im Landtag müsse der Entwurf des Finanzausgleichs vor der letzten Sitzung im Finanzministerium in einer gemeinsamen Sitzung des Kommunal- und des Haushaltsausschusses erörtert werden. Nicht einigen konnten sich die Oppositionssprecher auch darüber, ob der Begriff „Kommunen“ rechtlich auch deren Spitzenverbände als Verhandlungspartner einschließe.

Der Ausschussvorsitzende Georg Winter und Erika Görlich bekundeten für die CSU die Zustimmung zum Regierungsentwurf. Alle Änderungsanträge seien mangelhaft oder undurchführbar. Karsten Klein (FDP) befand, wenn die Opposition regierte, würde sie ein unrealistisches und überbürokratisches Verfahren der Faktenermittlung wie in ihren Änderungsanträgen nicht fordern. Die neue Gesetzesfassung wurde auch vor dem Verfassungsgericht bestehen.

Hallitzkys Antrag, die Entscheidung über den Gesetzentwurf nochmals zu vertagen, wurde abgelehnt. Ebenso erging es den Änderungsanträgen, wobei sich Pro und Contra zwischen den Oppositionsfraktionen bestätigte. Der Regierungsentwurf wurde von den Koalitionsfraktionen gegen alle Oppositionsstimmen akzeptiert und geht zur abschließenden Lesung an das Plenum. **rm**



Ab in Sonne und Schnee!

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen
direkt im Internet unter
www.1a-preisvergleichreisen.de

nach der entscheidenden Sitzung, an der auch Innenminister Joachim Herrmann und der Vorsitzende des Haushaltsausschusses im Landtag, Georg Winter (CSU), teilnahmen. Angesichts der Krisensituation habe sich die Staatsregierung den Kommunen gegenüber sehr konstruktiv und fair verhalten, bestätigte Brandl. Im gleichen Sinne äußerten sich Städtetagschef Hans Schaidinger und Landkreistagsvorsitzender Theo Zellner.

1,7 Mrd. Mindereinnahmen

Es sei davon auszugehen, erläuterte Fahrenschohn, dass der Freistaat nächstes Jahr gegenüber dem im Frühjahr beschlossenen Stammhaushalt mit zusätzlich 1,7 Mrd. Euro Steuermindereinnahmen rechnen müsse. Der Nachtragset werde nur durch den Verkauf restlicher Reserven und mit strikter Sparsamkeit in der Verwaltung ohne neue Schulden ausgeglichen.

Als Hilfe für die kommunalen Verwaltungshaushalte wird der Anteil am allgemeinen Steuer-

Schulhausbau und Kinderbetreuungseinrichtungen mit 265,6 Millionen Euro angesetzt. Der Krankenhausfinanzierung kommen (ohne Bundesmittel) 500 Mio. Euro zugute. Für ÖPNV-Investitionen sind 187,7 Mio. Euro vorgesehen. Wasser- und Abwasseranlagen stehen mit 141,2 Mio. Euro zu Buch: Dem Straßenbau und -unterhalt fließen 419 Mio. Euro zu.

Kritische Opposition

Die Landtagsopposition reagierte in ersten Stellungnahmen kritisch. Haushaltsexperte Volkmar Halbleib (SPD) errechnete einen Rückgang von 0,8% der Gesamtleistung: Das zeige in die falsche Richtung. Statt das Finanzproblem der Kommunen endlich anzupacken, verschärfe die CSU/FDP-Staatsregierung die Situation der Kommunen, indem sie in Berlin durch Steuer-geschenke auf Pump die kommunalen Einnahmen weiter verschlechterte. Den Bürgern drohen in den Kommunen massive Gebührenerhöhungen. Die Sprecher der kommunalen Spitzenverbände könnten wohl wegen

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Hiegl
93494 Waffenbrunn
am 11.12.

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Karl Köhler
91080 Uttenreuth
am 11.12.

Bürgermeister
Arnold Markert
63825 Sommerkahl
am 17.12.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Günther Holler
92549 Stadlern
am 9.12.

Bürgermeister Herbert Schneider
96328 Küps
am 10.12.

Bürgermeister Alfred Frank
97782 Gräfendorf
am 14.12.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Gutmiedl
94133 Röhrnbach
am 15.12.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Gottfried Härtl
95688 Friedenfels
am 9.12.

Oberbürgermeister
Dr. Bernhard Gmeiling
86633 Neuburg a. d. Donau
am 10.12.

ZUM 30. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jürgen Habel
90579 Langenzenn
am 21.12.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Leserbrief an die GZ

Gemeinsam für den Klimaschutz

Sehr geehrte Redaktion, bei der Berichterstattung über den Agenda-Wettbewerb – Gemeinsam für den Klimaschutz – ist Ihnen ein Fehler unterlaufen (GZ v. 22. 10. 2009, Seite 5). Unsere Gemeinde Wildpoldsried erzeugt jetzt schon 285 % ihres Strombedarfs regenerativ. Als interessierter Leser der GZ und langjähriger Gemeinderat empfehle ich eine ausführliche Berichterstattung über unseren Weg. Diesen Weg könnten alle Gemeinden gehen. Bürgermeister Zengerle ist bestimmt gerne zu einem Gespräch bereit.

Mit freundlichem Gruß
Ignaz Einsiedler
Wildpoldsried

Antwort der Redaktion:

Für die Anregung von Herrn Einsiedler sind wir sehr dankbar und werden ihr bei nächster Gelegenheit gerne Folge leisten. □

Verfassungsgericht muss nun entscheiden

Solidaritätszuschlag ist verfassungswidrig

Das Niedersächsische Finanzgericht hält den Solidaritätszuschlag für verfassungswidrig. Mit Beschluss vom 25.11.2009 hat das Gericht ein entsprechendes Verfahren ausgesetzt und dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt. Die Karlsruher Richter müssen jetzt entscheiden, ob der «Soli» mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Das FG ist zumindest davon überzeugt, dass die Ergänzungsabgabe nach dem Solidaritätszuschlagsgesetz spätestens ab dem Jahr 2007 ihre verfassungsrechtliche Berechtigung verloren hat (Az.: 7 K 143/08).

Der Sachverhalt: Der Kläger, ein leitender Angestellter, wendet sich gegen den im Einkommensteuerbescheid 2007 festgesetzten Solidaritätszuschlag. Eine Ergänzungsabgabe dürfe nur zur Deckung vorübergehender Bedarfsspitzen im Bundeshaushalt erhoben werden, heißt es in der Begründung.

Verletzung der Vorgaben

Die gegenwärtige Regelung verletze damit zwischenzeitlich verfassungsrechtliche Vorgaben. Das beklagte Finanzamt verweist demgegenüber auf die Rechtsprechung des Bundesfi-

nanzhofs der – zumindest für das Jahr 2002 – den Solidaritätszuschlag für verfassungsgemäß angesehen habe. Die hiergegen gerichtete Verfassungsbeschwerde habe das BVerfG seinerzeit nicht zur Entscheidung angenommen.

Der Hintergrund

Seit 1991 wird der Solidaritätszuschlag mit Unterbrechung und seit 1995 durchgängig im Wege einer Ergänzungsabgabe in Höhe von 5,5 Prozent auf die Einkommensteuer und Körperschaftsteuer erhoben. Das jährliche Aufkommen aus dem Solidaritätszuschlag beträgt derzeit rund zwölf Milliarden Euro.

Nur vorübergehend erlaubt

Eine Ergänzungsabgabe diene nach den Vorstellungen des Gesetzgebers nur der Deckung vorübergehender Bedarfsspitzen, erläuterten die Richter des FG Niedersachsen in ihrer Entscheidung. Mit dem Solidaritätszuschlag sollten die Kosten der deutschen Einheit finanziert werden. Hierfür bestehe aber nach Auffassung des Gerichts kein vorübergehender, sondern ein langfristiger Bedarf. Dieser dürfe allerdings nicht durch die Erhebung einer Ergänzungsabgabe gedeckt werden. □

ARGE GL in Bayern:

Informative Regionaltagungen

Die Arbeitsgemeinschaft der Geschäftsstellenleiter in Bayern lud zu Regionaltagungen nach Mauerstetten im Landkreis Ostallgäu für den Bereich Schwaben/Oberbayern, Kirchensittenbach im Landkreis Nürnberger Land (für den Bereich Franken) und nach Ruhmannsfelden im Landkreis Regen für den Bereich Niederbayern/Oberpfalz. Mit insgesamt knapp 300 Geschäftsleitern waren die Veranstaltungen sehr gut besucht.

Beim Treffen in Mauerstetten stellte Verwaltungsdirektor Wolfgang Kühnl in Vertretung von Landrat Johann Fleschhut den Landkreis Ostallgäu vor und 2. Bürgermeister Manfred Höbel die gastgebende Gemeinde. Im Mittelpunkt des Treffens standen die Themen Mustersatzung zur Beitrags- und Gebührensatzung Wasser sowie Niederschlagswasserbeseitigung. Referent Christoph Hammer vom Satzungsbüro Müller aus Veitshöchheim stellte den Anwesenden diese schwierige Thematik informativ und anschaulich dar. Im Anschluss standen die Mehrwertsteuerproblematik sowie Aktuelles zum Abgaberecht im Zentrum der Diskussion.

Auch im Sittenbachtal war Referent Christoph Hammer gefragt. Hier fanden sich unter dem Motto „Selbst eine schwere Tür hat nur

Hausanschlüsse, sofern diese nach Einheitssätzen bemessen werden. Bemesse sich die Kostenerstattung dagegen nach der tatsächlichen Höhe - was den Regelfall darstellt - so gehöre hierzu die Umsatzsteuer.

Einsatz des Gemeindetags

Thimet zufolge wurde in einer Sitzung der Umsatzsteuerreferenten der Länderfinanzministerien und des Bundes Mitte Mai dieses Jahres 2009 klargestellt, dass die gesamte Wasserversorgung im Sinn von Lieferung von Wasser an Endkunden derzeit nur den ermäßigten Steuersatz ausweisen muss. Dabei sei es nicht zuletzt dem Einsatz des Bayerischen Gemeindetags zu verdanken, dass dieses einheitliche Verständnis bundesweit transportiert werden darf.

Es komme also nicht mehr darauf an, welches Abrechnungsmodell der Wasserversorger wählt, machte Thimet deutlich. Auch mache es keinen Unterschied mehr, ob Investitionen bei der Wasserversorgung über Beiträge oder Gebühren finanziert werden. Alle Rechnungen und Bescheide, die bisher in den Abrechnungsmodellen der Wasserversorger unterschiedlich behandelt worden sind, wiesen nach dem neuen Umsatzsteuerrechtsverständnis den ermäßigten Steuersatz aus.

Als Einführung in die Tagung, die von ARGE-GL-Beiratsmitglied Georg Freisinger geleitet wurde, gab Regens Landrat Heinz Wöfl einen kurzen Überblick über die Lage im Landkreis. Er berichtete, dass die beiden Krankenhäuser in der Region in den vergangenen zwei Jahren keine Defizite verursachten, dass kürzlich das Technologietransferzentrum in Teisnach eröffnet wurde, der Nationalpark eine wichtige Rolle in der Region spiele und Regen der übermächtigsten Landkreis im Bayerischen Wald sei.

Mit Blick auf das Tagesthema bemerkte Landrat Wöfl, dass es im Landkreis den Zweckverband Wasserversorgung Bayerischer Wald (WBW) gibt, der dort Wasserversorgungsnotwendigkeiten beseitigt, wo Kommunen den Bedarf durch Eigenproduktion nicht decken können. Dass er besonders stolz auf die hiesige Verwaltungsgemeinschaft ist, hob der Vorsitzende der Verwaltungsgemeinschaft Ruhmannsfelden, Gotteszells Bürgermeister Max Meindl, in seinem Grußwort hervor: „So können wir das Beste für die Bürger tun“, meinte der Rathauschef. DK

Einladung zur Fachtagung:

Windkraft regional

Am 8. Dezember 2009 veranstaltet die Ostwindgruppe gemeinsam mit der Hochschule Regensburg eine Fachtagung, die sich an Stadtwerke und Kommunen, Landkreise und kommunale EVUs richtet, um die Potenziale der Windkraft für eine unabhängige und klimafreundliche kommunale Energieversorgung vorzustellen. Es sollen Fachinformationen aus erster Hand geliefert und ein Forum für alle Fragen rund um die Realisierung von Windkraft in Bayern geboten werden.

Windkraft regional: Fachtagung und Ausstellungs-Pavillon am Dienstag, 8. Dezember 2009, im Kulturspeicher in Regensburg.

Weitere Informationen unter: www.ostwind.de

einen kleinen Schlüssel nötig“ 120 Geschäftsstellenleiter von Verwaltungsgemeinschaften und Gemeinden aus ganz Bayern zum Erfahrungsaustausch und einem informativen Referat zum Beitrags- und Gebührenwesen ein.

Das Rahmenprogramm wurde von der ARGE GL und der Gemeinde Kirchensittenbach gestellt. Regionale Anbieter boten ihre Waren feil, Fachfirmen präsentierten ihre Produkte, hauptsächlich in den Bereichen Kommunale Software und Management. Tagungsleiter und Beiratsmitglied der ARGE GL, Otto Tröppner, hatte ebenso wie Landrat Armin Kroder und Bürgermeister Peter Stief aus Kirchensittenbach die zahlreichen Gäste begrüßt.

Steuerfragen

Zum Thema „Wasserver- und Abwasserentsorgung“ referierte schließlich in Ruhmannsfelden Dr. Juliane Thimet vom Bayerischen Gemeindetag. Die Frage, ob die von den Wasserversorgern an die Finanzverwaltung geschuldete Umsatzsteuer auf die Beitrags-, Gebühren- und Kostenerstattungsschuldner im kommunalabgabenrechtlichen Sinne übergewälzt werden kann, beurteilte sich nach irreversiblen Landesrecht, führte Thimet eingangs aus. Die Umsatzsteuer könne folglich nur dann an die Abgabepflichtigen weiter gegeben werden, wenn die Gemeinde hierzu ermächtigt ist. Mangels einer gesetzlichen Bestimmung im bayerischen Kommunalabgabengesetz müsse diese für die Beitragserhebung in der Beitragsatzung vorgesehen sein. Entsprechendes gelte für die Benutzergebühren und die Kostenerstattungsansprüche für

Kabinett beschließt Grundlinien des Nachtragshaushalts 2010

Das Kabinett hat auf seiner Klausur in St. Quirin die Grundlinien des Nachtragshaushalts 2010 festgelegt. Ministerpräsident Horst Seehofer und Wirtschaftsminister Martin Zeil: „Mit dem Nachtragshaushalt 2010 setzen wir ein starkes konjunktur- und stabilitätspolitisches Signal und leisten einen zentralen Beitrag zur Überwindung der Rezession in Deutschland.“

Beide betonten, dass dieser Kraftakt ohne soziale Einschnitte und mit deutlichen Steigerungen bei Investitionen in das bayerische Bildungssystem gelingen wird. Dies werde möglich durch Sparanstrengungen und den Einsatz von Rücklagen.

Gestaltungsauftrag

Ministerpräsident Horst Seehofer: „Mit dieser Haushaltskonzeption werden wir auch im besonders schwierigem und für die erfolgreiche Bewältigung der Wirtschaftskrise entscheidenden Jahr 2010 unserem Gestaltungsauftrag gerecht werden. Durch den Haushaltsausgleich ohne Neuverschuldung vermeiden wir es zudem, Gestaltungsspielräume für die Zukunft einzuengen.“

Die 7 Grundlinien des Nachtragshaushalts

Im Einzelnen hat das Kabinett folgende Grundlinien für den Nachtragshaushalt 2010 beschlossen:

1. Auch in der größten wirtschaftlichen Krise der Bundesrepublik Deutschland hält Bayern seine Investitionen mit 5,7 Milliarden Euro auf höchstem Niveau. Die Investitionsquote wird nochmals auf

13,7 Prozent steigen. Gleichzeitig wird Bayern ein Signal für Stabilität bei den Ausgaben für Bildung, Familie und Soziales setzen. Die Ausgaben für die bayerischen Leistungsgesetze (Kinderbetreuung, Landeserziehungsgeld, Schulfinanzierungsgesetz, Blindengeld) werden nicht gekürzt. Die Bildungsausgaben werden nochmals erhöht von 14 Milliarden Euro 2008, 15,1 Milliarden Euro 2009 auf 15,6 Milliarden Euro 2010. Seehofer: „Im Bereich der Schulen steigen die Ausgaben von 8,9 Milliarden Euro 2009 auf 9,3 Milliarden Euro 2010, im Bereich Wissenschaft und Forschung von 4,71 Milliarden Euro 2009 auf 4,85 Milliarden Euro 2010. Im Bereich der Kinderbetreuung werden wir wie bisher jeden kommunal anerkannten Platz staatlich fördern.“

2. Die Staatsregierung hält an ihrem Ziel fest, den im Stammbuch ohne neue Schulden ausgeglichenen Haushalt auch im Nachtragsjahr 2010 zu halten, obwohl eine ernsthafte und nachhaltige Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts vorliegt.

3. Die Staatskanzlei und alle Ressorts werden beauftragt, ihre noch strittigen Mehrforderungen in Höhe von rd. 500

Kolumne
Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

der kommunale Finanzausgleich für das Jahr 2010 steht fest und man darf von einem positiven Ergebnis für die Kommunen sprechen.

In den letzten Tagen fanden wiederum die Verhandlungen um den kommunalen Finanzausgleich für das kommende Jahr statt. In intensiven Verhandlungen der Vertreter des Landesvorstands der KPV mit Finanzminister Georg Fahrenschon, dessen Staatssekretär Franz Pschierer und Innenminister Joachim Herrmann sowie im Schulterschluss mit dem Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände, die tags darauf letztendlich Einigung mit den Vertretern der

Ein fairer Finanzausgleich

Bayerischen Staatsregierung und dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses MdL Georg Winter erzielen konnten, wurde der für die Kommunen erfreuliche Finanzausgleich ausgehandelt.

2010 wird für alle öffentlichen Haushalte ein schwieriges Jahr. Finanzminister Georg Fahrenschon betonte bei den Verhandlungen, dass es Ziel der Bayerischen Staatsregierung sei, weiterhin Impulse für Wachstum und Beschäftigung zu setzen. Deshalb sollen trotz der schwierigen Einnahmesituation des Staates die Investitionsförderungen auf hohem Niveau fortgeführt werden. Problematisch war, dass aufgrund der zurückgehenden Steuereinnahmen des Staates die Mittel für die Kommunen aus dem allgemeinen Steuerertrag und dem Kfz-Steuerertrag um ca. 131 Millionen Euro zurückgegangen sind. Dies hätte sich insbesondere bei den Schlüsselzuweisungen mit einem Minus von rund 117 Millionen Euro (- 4,5 Prozent) ausgewirkt. Hauptanliegen der kommunalen Seite bei den Verhandlungen war, dieses Minus abzufedern, ohne dass dabei Investitionszuschüsse darunter leiden. Daneben war es von großer Bedeutung, dass auch die Mittel des Freistaates für die Schülerbeförderung und für die Bezirke un-

ter keinen Umständen gekürzt, sondern wenn irgendwie möglich, sogar aufgestockt werden sollten. Höhere kommunale Anteile an den zu erwartenden steigenden Kosten der Schülerbeförderung sowie zu hohe Bezirksumlageerhöhungen hätten die kommunalen Haushalte im nächsten Jahr sonst noch weiter massiv belastet.

Als Ergebnis der Verhandlungen kann festgehalten werden, dass die Verwaltungshaushalte durch eine Stabilisierung der Schlüsselzuweisungen gestützt werden. Mit einer moderaten Erhöhung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerertrag von 11,94 Prozent auf 12 Prozent (+ 14,7 Millionen Euro) wird eine dauerhafte strukturelle Verbesserung geschaffen, die auch in den kommenden Jahren die Einnahmesituation der Kommunen stärken wird. Durch diese Verbundserhöhung und durch weitere staatliche Mittel wird der Rückgang der Schlüsselzuweisungen mit insgesamt 44 Millionen Euro abgefedert.

Die Schlüsselzuweisungen des Freistaates Bayern betragen im Jahr 2010 damit noch 2.512,685 Millionen Euro, was noch ein Minus von rund 73 Millionen Euro (2,8 Prozent) gegenüber dem Vorjahr bedeutet.

Zusätzlich stellt der Freistaat Bayern für den Sozialhilfeausgleich für die Bezirke 6 Millionen Euro zu Verfügung. Er steigt damit auf 583,6 Millionen Euro. Auch die Zuweisungen zu den Kosten der Schülerbeförderung werden um 6 Millionen Euro auf 277 Millionen Euro angehoben. Damit werden die steigenden Belastungen der Kommunen für die Schülerbeförderung berücksichtigt. Die durchschnittliche Erstattungsquote liegt damit weiterhin bei rund 60 Prozent der Kosten. Die Bedarfzuweisungen steigen ebenfalls um 4 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr, was insbesondere für die Kommunen von großer Bedeutung ist, die unter massiven Steuerausfällen leiden.

Die KPV dankt hiermit nochmals allen Verhandlungsführern für die konstruktiven Gespräche. Das Ergebnis zeigt, dass der Freistaat Bayern auch in schwierigen Zeiten die Kommunen nicht im Stich lässt.

Herzliche Grüße
Ihr Stefan Rößle

Millionen Euro in den anstehenden Chefgesprächen zur Differenzpunktvereinbarung auf unabwiesbar zwangsläufige Ausgaben zu beschränken. Für neue oder die Verbesserung bestehender Leistungen besteht grundsätzlich kein Finanzierungsspielraum.

4. Angesichts der einmaligen wirtschaftlichen Krise setzt die Staatsregierung zur Finanzierung des Haushalts zusätzlich über 1 Milliarde Euro Rücklagen und schon realisierte Privatisierungserlöse ein.

5. Die Staatsregierung beschließt für das Jahr 2010 folgende weitere Maßnahmen zur Konsolidierung mit einem Volumen von 110 Millionen Euro:

► Ausdehnung der bisher auf reine Verwaltungsausgaben beschränkten 10-prozentigen Zusatzsperre auf Sachmittel der Behörden.

► Beibehaltung, aber Verschiebung der für das Jahr 2010 vorgesehenen kostenwirksamen Stellenhebungen vom 1. September 2010 auf das Inkrafttreten des künftigen Neuen Dienstrechts am 1. Januar 2011 und

► Einfrieren der Zuführungen an den Versorgungsfonds für Beamte auf 70 Millionen Euro.

6. Die Staatsregierung beschließt, das Ausgabenwachstum künftig Jahr für Jahr deutlich unter dem Einnahmewachstum zu halten. Dazu müssen im Doppelhaushalt 2011/2012 die Konsolidierungsanstrengungen gesteigert und weitere Sparmaßnahmen ergriffen werden.

7. Bis auf Weiteres können keine neuen ausgabewirksamen Maßnahmen eingeleitet und bestehende Leistungen nicht über den Status quo hinaus ausgeweitet werden, soweit nicht ein unabwiesbarer Bedarf nachgewiesen wird.

Bayerische Landessiedlung®

Energie und Kommunale Entwicklung
Erneuerbare Energien als Standortvorteil

Straßenbeleuchtung
Innovative Beleuchtungskonzepte für Städte und Gemeinden

Solarenergie
Planung und Projektierung von Photovoltaikanlagen

Baulandentwicklung
Wohn- und Gewerbegebietserschließung

Bayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14
81669 München
Tel. (0 89) 23 87-0
info@bls-bayern.de
www.bls-bayern.de

Informationen:
www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Gemeindetagspräsident Brandl zum Digitalfunk:

Vorschlag des Finanzministers akzeptabel

Die jahrelangen Verhandlungen zwischen den kommunalen Spitzenverbänden und der Bayerischen Staatsregierung über die Finanzierung des Digitalfunks für Polizei, Rettungsdienste und Feuerwehren dürften bald zu einem guten Abschluss kommen. Nachdem der im Frühjahr dieses Jahres gefundene Kompromiss Anfang Oktober seitens der Staatsregierung abgelehnt worden ist, hat sich Bayerns Finanzminister Georg Fahrenschohn mit Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl über einen neuen Finanzierungsvorschlag geeinigt.

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Mit dem Vorschlag können wir gut leben. Vor allem die hohe Förderung der Handsprechfunk- und Fahrzeugfunkgeräte der Feuerwehren wird die kommunalen Kassen entlasten. Durch die Festreibung des kommunalen Beitrags an den Betriebskosten dürften Kreisumlageerhöhungen vermieden werden. Wir sind zufrieden.“

Im Einzelnen sieht der Kompromiss Folgendes vor:

Der Kompromiss im Detail

1. Die Kommunen beteiligen sich an den laufenden Kosten des BOS-Digitalfunks.
2. Die Aufteilung der Betriebskosten zwischen Staat / Kommunen / Rettungsdiensten erfolgt im Verhältnis 60% / 20% / 20%. Kommunen und Rettungsdienste haben damit grundsätzlich Leistungen an den Staat in Höhe von je 7,6 Millionen Euro jährlich zu erbringen.
3. Nach einer Betriebszeit von drei Jahren nach der vollständigen Inbetriebnahme des Netzes wird die Aufteilung der Betriebskosten auf Staat / Kommunen / Rettungsdiensten überprüft.
4. Die Kommunen erbringen ihren Anteil an den Betriebskosten durch Zahlung eines Festbetrags in Höhe von 3,0 Millionen Euro jährlich an den Staatshaushalt und mietfreie Zurverfügungstellung von Antennenstandorten; diese Leistung

wird mit weiteren 3,0 Millionen Euro Jahresbetrag bewertet. Dem Staatshaushalt fließen insofern keine Mittel zu. Der Restbetrag in Höhe von jährlich 1,6 Millionen Euro muss von den Kommunen nicht gezahlt werden.

Effektiv 3 Millionen Euro zu zahlender Betrag

Der zu zahlende Betrag von 3,0 Millionen Euro wird einwohnerabhängig auf die 96 Landkreise und kreisfreien Städte verteilt, die Modalitäten werden in entsprechenden Verträgen mit Landkreisen und kreisfreien Städten vom Innenministerium festgelegt. Zur Erleichterung der Abwicklung wird eine kassenmäßige Verrechnung mit einer geeigneten Finanzausgleichsleistung angestrebt.

5. Die Kostenbeteiligung der Kommunen setzt im Jahr 2013, spätestens aber mit vollständiger (bayernweiter) Bereitstellung des Digitalfunksnetzes, ein.

6. Es findet eine Endgeräteförderung hinsichtlich der notwendigen Erstausstattung der Feuerwehren aus staatlichen Haushaltsmitteln statt. Der Fördersatz beträgt 80 % der reinen Gerätekosten zuzüglich der Kosten des Zubehörs ohne Einbaukosten. Als zuwendungsfähig anerkannt werden höchstens Gerätekosten eines bei der Polizei verwendeten Standardgeräts. Die Förderung wird beginnend 2010 über sechs Jahre verteilt mit annähernd gleichen Jahresbeiträgen stattfinden. □

Hauptschule und...

(Fortsetzung von Seite 1)

wickelte „eigenverantwortete Schulverbund“ mit erweiterten Entscheidungsbefugnissen sei ein wirksames Instrument, um kleine Hauptschulen als Standorte zu erhalten.

Die Mitwirkung kleinerer Schulen in einem Schulverbund eröffne deutlich mehr Bildungsgerechtigkeit, fuhr Spaenle fort. Mehr Schüler gerade im ländlichen Raum könnten auf diese Weise in den Genuss weiterführender Bildungsangebote, z. B. der Möglichkeit zum Mittleren Abschluss oder Ganztagesbetreuung, kommen.

Wie Spaenle zudem mitteilte, sollen laut Kabinettsbeschluss

auch Kinder aus Migrantenfamilien besser ins Schulleben integriert werden und dadurch auch mehr Bildungserfolg haben. Die deutsche Sprache als Schlüssel zur Teilhabe an der Gesellschaft spiele eine ganz zentrale Rolle. Weitere wichtige Schwerpunkte des Gesamtkonzepts zur schulischen Integration seien unter anderem der Aufbau interkultureller Kompetenzen bei allen Schülerinnen und Schülern sowie die verstärkte Beteiligung der Eltern am Schulleben.

Mittelschule nutzen

Landesvorsitzender Rößle bat die kommunalen Vertreter vor Ort, die Chance zu nutzen und die Einführung der Mittelschulen nach Kräften zu unterstützen. Minister Spaenle bot an, dass auftretende Probleme im Zuge der Einführung der Mittelschule und insbesondere bei der Gründung von Schulverbänden gerne persönlich an ihn herangetragen werden können, damit sie unverzüglich gelöst werden.

Was den kommunalen Finanzausgleich 2010 angeht, so wertete Stefan Rößle diesen als „durchaus positiv für die Kommunen“, verhehlte aber nicht, „dass 2010 für alle öffentlichen Haushalte ein schwieriges Jahr werden wird“. In intensiven Verhandlungen mit Finanzmi-

Bayerns neues Beamtendienstrecht

► Einführung einer „Leistungslaufbahn“ mit vier Qualifikationsebenen:

In der neuen Leistungslaufbahn geht der jetzige einfache, mittlere, gehobene und höhere Dienst auf. Mit der durchgehenden Leistungslaufbahn werden das Leistungsprinzip gestärkt und leistungsstarke Beamte von den überflüssigen Fesseln der Laufbahngruppen befreit. Der Einstieg in die neue Laufbahn erfolgt nach Vor- und Ausbildung, um den hohen Qualitätsanspruch der bayerischen Verwaltung zu sichern. Konsequenz der Leistungslaufbahn ist auch eine umfassende Umstrukturierung der bisherigen „Verwendungsaufstiege“ in ein System der modularen Qualifizierung. Dies bietet die Möglichkeit, die Beamtinnen und Beamten zeitlich und inhaltlich noch gezielter zu qualifizieren und der beruflichen Erfahrung einen höheren Stellenwert zu geben. Das Laufbahnsystem wird insgesamt unbürokratischer. Durch die Zusammenfassung verwandter Aufgabengebiete zu insgesamt sechs Fachlaufbahnen statt bisher rund 300 entfällt ein Großteil der verwaltungsaufwendigen und mobilitätsmehrenden Laufbahnwechsel.

► Stärkung der Leistungsorientierung und parallel des Leistungsprinzips:

Die Regelungen zu flexiblen Leistungselementen wie Leistungsprämien und Leistungsstufen werden fortgeführt und weiterentwickelt. Gute Leistungen sollen in Zukunft vor allem durch bessere Beförderungsmöglichkeiten honoriert werden. Deshalb wurden – zum Teil schon mit dem Doppelhaushalt 2009/2010 und überwiegend für den Bildungsbereich – eine Vielzahl von neuen Beförderungsmöglichkeiten wie sogenannte funktionslose Beförderungssämter eingerichtet. Die Leistung der bayerischen Beamtinnen und Beamten wird ferner gestärkt durch die Ersetzung des Besoldungsdienstalters durch Anknüpfung an tatsächlich geleistete Dienstzeiten. Fahrenschohn: „In Zukunft können wir das Engagement besonders leistungsstarker Beamtinnen und Beamter finanziell weitaus stärker honorieren als bisher.“ Statt nach drei Jahren können leistungsstarke Beamte beispielsweise schon nach einem Jahr mit den Beamten der nächst höheren Erfahrungsstufe finanziell gleichziehen. Für leistungsschwächere Beamtinnen und Beamte werden Anreize geschaffen, ihre Leistungen künftig zu steigern. Das Auftricken in den neuen Erfahrungsstufen soll in Zukunft davon abhängen, dass die erbrachten Leistungen Mindestanforderungen entsprechen, die in einer Leistungsfeststellung ausdrücklich niedergelegt werden müssen. Fahrenschohn: „Der Vorwurf, Beamte erhielten eine „Sitzprämie“, ist damit endgültig vom Tisch.“

► Stufenweise Anhebung der Regelaltersgrenze um zwei Jahre auf 67 Lebensjahre:

Die Anhebung der Regelaltersgrenze bringt nicht nur eine Angleichung an das Rentenrecht, sondern trägt dazu bei, die Funktionsfähigkeit der Versorgungssysteme aufrecht zu erhalten und einem drohenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Die lange Übergangsdauer bewirkt, dass die vollständige Anhebung der Altersgrenzen erst im Jahre 2031 zum Tragen kommt. Zugleich sind für langjährige Dienstzeiten wie im Rentenrecht und bei besonders belastenden Schichtdienststätigkeiten Ausnahmeregelungen vorgesehen. So kann zum Beispiel ein Verwaltungsbeamter, der 45 Jahre für den Freistaat Bayern Dienst geleistet hat, mit 64 Jahren und ein Polizeibeamter, der 20 Jahre Schichtdienst geleistet hat, wie bisher mit 60 Jahren in den Ruhestand treten, ohne Abschlüsse hinnehmen zu müssen. □

Die „Einheitlichen Ansprechpartner“:

Alles aus einer Hand

Kabinetts beschließt Gesetzentwurf nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie

Der Ministerrat hat den Gesetzentwurf über die Einheitlichen Ansprechpartner nach der EU-Dienstleistungsrichtlinie beschlossen und damit die Weichen zur Umsetzung dieser Richtlinie in Bayern gestellt. Die Aufgaben des Einheitlichen Ansprechpartners sollen nach dem Gesetzentwurf von den Kammern der betroffenen gewerblichen und freien Berufe wahrgenommen werden.

Außerdem wird es den Landkreisen und kreisfreien Gemeinden ermöglicht, auf Antrag diese Aufgaben für ihr Gebiet ebenfalls zu übernehmen. Dazu müssen diese Landkreise und kreisfreien Städte bis spätestens 30. Juni 2010 formell die Übernahme der Aufgabe erklären.

Staatskanzleichef Siegfried Schneider: „Mit dieser Lösung wollen wir in Bayern ortsnahe und kompetente Einheitliche Ansprechpartner zur Verfügung stellen. Wir wollen die Sachkunde und die Erfahrung in der Unterstützung von Unternehmen und Existenzgründern, über die sowohl die Kammern als auch viele Kommunen verfügen, für diese neue Aufgabe nutzen und zugleich an die bewährten Verwaltungsstrukturen in Bayern anknüpfen.“

Leichter Marktzugang in ganz Europa

Die Europäische Dienstleistungsrichtlinie muss von den Mitgliedstaaten bis zum 28. Dezember 2009 umgesetzt werden. Sie sieht unter anderem vor, dass es Dienstleistern aus anderen Mitgliedstaaten ermöglicht wird, alle für die Ausübung ihrer Tätigkeit in Deutschland erforderlichen Verfahren und Formalitäten über eine einzige Stelle –

den Einheitlichen Ansprechpartner – abzuwickeln, und zwar auf Wunsch auch elektronisch über das Internet. Der Einheitliche Ansprechpartner hat keine eigenen Entscheidungskompetenzen, sondern eine Vermittlerfunktion zwischen dem Dienstleister auf der einen Seite und den verschiedenen zuständigen Fachbehörden auf der anderen Seite. Er hat die Aufgabe, alle von europäischen Dienstleistern benötigten Informationen bereitzustellen, ihre Anträge entgegenzunehmen und für die Weiterleitung zu sorgen.

Mit dem Gesetzentwurf, den das Kabinetts nun beschlossen hat, werden die Vorgaben des Europäischen Rechts eins zu eins umgesetzt. Das Gesetz soll zunächst für eine zweijährige Erprobungszeit gelten. Staatskanzleichef Schneider: „Heute kann niemand mit Gewissheit sagen, in welchem Umfang die gebührenfinanzierten Leistungen der Einheitlichen Ansprechpartner in der Praxis tatsächlich in Anspruch genommen werden. Es gilt daher, zunächst einmal Erfahrungen mit diesem neuen Instrument zu gewinnen. Nach zwei Jahren werden wir Bilanz ziehen und beurteilen, in wie weit unsere Regelung sich bewährt hat oder ob Anpassungen erforderlich sind.“ □

Schlüsselzuweisung durch die Verbundstärkung und weitere staatliche Mittel in Höhe von 29,3 Millionen Euro mit insgesamt 44 Millionen Euro abgedeckt. Die Schlüsselzuweisungen des Freistaats Bayern betragen im Jahr 2010 damit noch 2.512,685 Millionen Euro, was ein Minus von rund 73 Millionen Euro (2,8 %) gegenüber dem Vorjahr bedeutet.

Für den Sozialhilfeausgleich für die Bezirke werden zusätzlich staatliche Mittel von 6 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Er steigt damit auf 583,6 Millionen Euro (+ 3,6 Millionen Euro). Die Zuweisungen zu den Kosten der Schülerbeförderung werden um 6 Millionen Euro auf 277 Millionen Euro angehoben. Damit werden steigende Belastungen der Kommunen für die Schülerbeförderung berücksichtigt. Der Ansatz für Bedarfszuweisung steigt aufgrund eines Sonderbedarfes um 4 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr.

Investitionsförderung auf hohem Niveau

Besonders hervorzuheben ist laut Rößle, dass die Mittel für die Investitionsförderung weitestgehend auf hohem Niveau weitergeführt werden. Dies komme vor allem den wichtigen Bereichen Bildung, Gesundheit und ländlicher Raum zugute.

Nach mehreren Jahren einer sehr guten Entwicklung des kommunalen Finanzausgleichs (reine Landesleistungen: 2007: +7,6%, 2008: +11%, 2009: +3,7%) ist für 2010 angesichts sinkender Steuerverbände ein Rückgang vorgezeichnet. Dieser Rückgang konnte Rößle zufolge jedoch durch die intensiven Finanzausgleichsverhandlungen deutlich abgemildert werden, da

der Staat den Kommunen insgesamt 60 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stellt. So gehen die reinen Landesleistungen von 6.352 Millionen Euro im Vorjahr auf rund 6.300 Millionen Euro im Jahr 2010 zurück – ein Minus von 0,8 Prozent.

Stichwort Dienstrechtsreform: Nach Rößles Ausführungen bringt Bayern als erstes Bundesland ein neues, noch stärker leistungsorientiertes Dienstrecht für seine rund 200.000 Beamten auf den Weg. In einem umfangreichen Gesetzespaket werden für die bayerischen Beamten eine neue leistungsorientierte Laufbahnverordnung, geänderte Besoldungsstrukturen und die stufenweise Anhebung der Regelaltersgrenze um zwei Jahre auf 67 beschlossen (siehe Kasten). Eckpfeiler des Gesetzentwurfes sind die weitere Stärkung des Leistungsgedankens im Beamtenrecht und die Flexibilisierung der bislang relativ starren Laufbahnvorschriften.

Regelaltersgrenze steigt auf 67 Jahre

Das Dienstalter wird durch die tatsächlich geleistete Dienstzeit und erbrachte Mindestanforderungen ersetzt. Die Regelaltersgrenze wird schrittweise auf 67 Lebensjahre angehoben. Das beschlossene Gesetzespaket wird nunmehr den Spitzenorganisationen der Berufsverbände und den kommunalen Spitzenverbänden zur Stellungnahme übermittelt. Im Zuge dessen wäre es nach Meinung des KPV-Vorsitzenden sinnvoll, auch das kommunale Wahlbeamtengesetz auf den Prüfstand zu stellen. Die Zeit sei reif dafür. Fragen zu Pensionsansprüchen oder zum Nebentätigkeitsrecht sollten eingehend erörtert werden. DK



KPV-Vorsitzender Stefan Rößle (l.) verabschiedete Maximilian Böhl (r.) als temporären KPV-Landesgeschäftsführer. Bild: DK

nister Georg Fahrenschohn, dessen Staatssekretär Franz Pschierer und Innenminister Joachim Herrmann sowie im Schulerschluss mit den Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände sei zum Ausdruck gekommen, dass es das Ziel der Staatsregierung sei, weiterhin Impulse für Wachstum und Beschäftigung zu setzen. Deshalb sollten trotz der schwierigen Einnahmesituation des Staates die Investitionsförderungen auf hohem Niveau fortgeführt werden. Gleichzeitig würden die Verwaltungshaushalte durch die Stabilisierung der Schlüsselzuweisung gestützt.

Moderate Erhöhung des Kommunalanteils

Mit einer moderaten Erhöhung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund auf 12 Prozent wird nach Rößles Angaben eine dauerhafte strukturelle Verbesserung geschaffen, die auch in den kommenden Jahren die Einnahmesituation der Kommunen stärkt. Das erfreuliche Ergebnis müsse insbesondere vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass der Freistaat Bayern im Jahr 2010 von Steuermindereinnahmen gegenüber dem Haushaltsansatz in Höhe von 1,7 Milliarden Euro rechnet und trotzdem für das kommende Jahr ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden soll.

Wie der KPV-Vorsitzende erläuterte, sind die Mittel für die Kommunen aus dem allgemeinen Steuerverbund und dem

Kfz-Steuerverbund aufgrund zurückgehender Steuereinnahmen des Staates um ca. 131 Millionen Euro zurückgegangen. Dies hätte sich insbesondere bei den Schlüsselzuweisungen mit einem Minus von rund 117 Millionen Euro (-4,5%) ausgewirkt. Hauptanliegen der kommunalen Seite bei den Verhandlungen sei es gewesen, dieses Minus abzufedern, ohne dass darunter die Investitionszuschüsse leiden.

Positive Bewertung

Daneben hätten die Beteiligten ihr Augenmerk darauf gelegt, auch die Mittel des Freistaats für die Schülerbeförderung und die Bezirke unter keinen Umständen zu kürzen, sondern wenn nur irgendwie möglich, aufzustocken. Höhere kommunale Anteile an den zu erwartenden steigenden Kosten der Schülerbeförderung sowie zu hohe Bezirksumlageerhöhungen hätten die kommunalen Haushalte im nächsten Jahr sonst noch weiter massiv belastet. Aufgrund dieser sehr schwierigen Ausgangssituation sei das Ergebnis für die kommunalen Vertreter umso positiver zu bewerten, meinte Rößle.

Zusätzliche Mittel

Im Einzelnen stellen sich die Resultate wie folgt dar: Der Kommunalanteil im allgemeinen Steuerverbund wird von 11,94 Prozent auf 12 Prozent (+ 14,7 Millionen Euro) angehoben. Damit wird der Rückgang der

Auf Bildung...

(Fortsetzung von Seite 1)

steuer geben mit dem Ziel, die Ungerechtigkeiten wie etwa bei der Kalten Progression „ein Stück zu begradien“.

Einer Forderung nach Ausweitung der Optionskommunen, die Langzeitarbeitslose in eigener Verantwortung betreuen, erteilte die Kanzlerin eine Absage: „Wir können sie nicht erweitern, weil wir nicht neue Aufgaben auf die Kommunen übertragen dürfen.“ Zudem werde sie der Variante, „dass der Bund zwar das Geld gibt, aber nichts mehr zu sagen hat, als Bundespolitikerin nicht zustimmen“. Als mögliche Lö-

sung nannte Merkel Rahmenverträge, mit denen die Zusammenarbeit mit den Kommunen im Sinne des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes ausgestaltet werden kann.

Modernes Bildungswesen

In dem von den Delegierten verabschiedeten Leittrag setzt sich die KPV dafür ein, dass die Kommunen vor Ort gestärkt aus der Wirtschafts- und Finanzkrise hervorgehen. Deshalb seien Investitionen in Bildung, Qualifizierung und Forschung die richtigen Impulse für Wachstum und

Wohlstand in Deutschland. Ein modernes und funktionierendes Bildungswesen sei von zentraler Bedeutung für die örtliche Struktur und Wirtschaftsentwicklung. Bildung sei Aufgabe kommunaler Daseinsvorsorge und müsse zur Teilhabe am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben führen.

Mit Verabschiedung des Kinderförderungsgesetzes (KiföG) wurde neben dem quantitativen Ausbau auch die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Betreuung ab dem 1. Lebensjahr ab 2013 gesetzlich verankert. Dieser verpflichtet die Länder, im Wege der Konnexitätsregelungen in den Ländern, die den Kommunen zur Erfüllung des Rechtsanspruchs entstehenden

zusätzlichen Kosten auszugleichen. Aber gerade die Weiterentwicklung der Qualität der Kinderbetreuung muss laut Leittrag stärker in den Fokus genommen werden. Hinsichtlich der Finanzierung frühkindlicher Erziehung, Bildung und Betreuung würden neue Verteilungskämpfe geführt; etwa um künftige Ausbildungsanforderungen und Vergütung der Erzieherinnen und Erzieher, um Personalschlüssel und adäquate Gruppengrößen.

Steuerungsverantwortung

Die Steuerungsverantwortung für die Bildung von Kindern im vorschulischen und schulischen Bereich dürfe in Zukunft nicht mehr zwischen Kommunen und Ländern auseinanderfallen, fordert die Bundes-KPV. In vielen Kommunen gebe es Ansätze und bereits umgesetzte Maßnahmen zur stärkeren Vernetzung der vielfältigen Bildungsangebote sowie der bisher häufig isoliert arbeitenden Bereiche der Bildung. Beispiele seien der Ausbau von Ganztagschulen bzw. Angebote durch Kooperationen der Schulen mit anderen Partnern, die integrierte Jugendhilfe und Schulentwicklungsplanung oder die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Institutionen bei den Übergängen im Bildungssystem.

Vernetztes System

Als Begriff für entsprechende Konzepte habe sich die „Kommunale Bildungslandschaft“ im Sinne eines vernetzten Systems von Erziehung, Bildung und Betreuung kommunal stärker etabliert. Die Länder seien aufgefordert, entsprechende Aktivitäten der Kommunen zu unterstüt-

zen. Kommunen sollen als starke Bildungspartner vor Ort aufgestellt werden.

Monitoring

Mögliche Schritte zur Umsetzung vor Ort sind laut KPV der Ausbau einer kommunalen Bildungsplanung und die Vernetzung mit anderen Planungsbereichen - insbesondere mit der Jugendhilfeplanung, der Aufbau eines kommunalen Bildungsmanagements und die Entwicklung eines kommunalen Bildungsmonitoringssystems als Grundlage für eine kontinuierliche Bildungsberichterstattung. Eine erfolgreiche Steuerung und Gestaltung des kommunalen Bildungswesens erfordere eine valide Daten- und Indikatorengrundlage. Hierbei reiche eine reine Datenerfassung oder auch vielerorts übliche Schulentwicklungsplanung nicht mehr aus.

Regionale Bildungsräte

Gefordert wird zudem die Gründung regionaler Bildungsräte als Beratungs- und Planungsplattformen kommunaler Bildungsinstitutionen mit den nichtstädtischen Institutionen (z. B. Arbeitsämter, Familienbildungsstätten, Schulformsprecher) sowie eine organisatorische Zusammenführung aller kommunalen Bildungseinrichtungen vor Ort (z. B. Schulverwaltung, Musikschule, Volkshochschule, Bildungsberatung, Bibliothek, Ganztagsangebote, Schulkinderbetreuung, schulpädagogische Beratungsstellen, Sprachförderung, Tagesbetreuung für Kinder usw.) in ein Amt für Bildung im Sinne eines kommunalen Bildungsnetzwerkes (Holding).

Bildungsberatung umfasse alle

biografischen Stationen von Bildung, Bildungsanlässen und Übergängen sowie Lernberatung und Kompetenzfeststellung. Sie beziehe vorhandene Beratungsstrukturen ein, wie z. B. Kindertagesstätten, Familienzentren, Primärschulen, weiterführende Schulen, Kammern, Arbeitsagenturen (ARGEn), kommunale Beratungsstellen (z. B. für Existenzgründer oder Wiedereinsteiger). Es gelte, ein qualitativ hochwertiges kommunales Bildungsangebot unter den Herausforderungen des demografischen Wandels und die inhaltliche Einbindung und Vernetzung von Familienzentren, Familienbildungsstätten und anderen Bildungseinrichtungen bereitzustellen.

Konkrete Programme auf kommunaler Ebene

Das Fazit: Wenn Bildung in Deutschland erste Priorität haben soll, müssten jetzt nach den langen Jahren der Bereitstellung von breiten Bildungsuntersuchungen und Entwicklungen von Konzepten konkrete Programme auf kommunaler Ebene greifen. Die KPV Deutschland fordert die Gesetzgeber in Bund und Ländern aber auch die politisch Verantwortlichen in den Kommunen auf, ihr bildungspolitisches Engagement zu verstärken. Dabei seien „die Regeln der strengsten und tatsächlichen Konnexität und der klaren transparenten Finanzverantwortung“ zu beachten. Bildung sei ein gesamtpolitisches Thema auf kommunaler Ebene. Bund und Länder seien gefordert, die Kommunen in ausreichender Weise finanziell auszustatten, damit im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge Bildung und Erziehung für Kinder und Jugendliche künftig besser gelingen. **DK**

Fokus auf goldene...

(Fortsetzung von Seite 1)

2,4 Milliarden Euro auf die ab 2011 in Aussicht gestellten Entlastungen bei der Einkommensteuer. Der Deutsche Städtetag appelliere deshalb an die Bundesregierung, ihre im Koalitionsvertrag formulierten „Goldenen Regeln“ für eine solide Haushalts- und Finanzpolitik konsequent zu beachten.

Da die Kommunen bereits konjunkturbedingt Ausfälle bei der Gewerbesteuer sowie dem kommunalen Anteil bei Lohn- und Einkommensteuer zu verkraften haben, lehnte der Deutsche Städtetag mit Nachdruck jede gesetzgeberische Demontage oder gar Infragestellung der Gewerbesteuer ab und warnte vor Steuerentlastungen, die die kommunale Leistungsfähigkeit ernsthaft gefährden könnten.

Die Städte forderten Bundestag und Bundesregierung auf, die Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle der Städte nicht durch Maßnahmen zu schwächen, die vermeintlich zur Konjunkturbelebung dienen sollen. Die im Zuge einer Korrektur der Unternehmenssteuerreform bei der Berechnung der Gewerbesteuer vorgesehene Absenkung des Finanzierungsanteils bei Mieten werde daher abgelehnt.

Zukunftskommission

Die von der Koalition geplante Kommission zur Zukunft der Gemeindefinanzen dürfe nicht allein die kommunalen Steuereinnahmen in den Blick nehmen. Eine solche Kommission müsse zwingend auch das Missverhältnis zwischen kommunalen Aufgäben und Ausgaben und den Einnahmen zum Gegenstand haben. Das gelte besonders im Bereich der Sozialpolitik, also bei den Hilfen für Langzeitarbeitslose, der Kinder- und Jugendhilfe, den Hilfen für Menschen mit Behinderung und bei der Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit.

Die Forderung der kommunalen Spitzenverbände, bei Gesetzgebungsverfahren mit kommunalem Bezug ein verbindliches Anhörungs- und Mitwirkungsrecht ins Grundgesetz aufzunehmen, bleibe auf der Tagesordnung. Es sei richtig, dass die Beteiligungsrechte der Kommunen nach dem Koalitionsvertrag ebenso diskutiert werden sollen wie die Umsetzung des Konnexitätsprinzips, mit dem zusätzliche finanzielle Belastungen der Kommunen verhindert werden sollten.

Weitere für die Städte wichtige Passagen des Koalitionsvertrages kommentierte der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude. Laut Ude kritisieren die Städte, dass es bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit nicht zu einer Verfassungsänderung kommt, um die Arbeitsgemeinschaften aus Kommunen und Arbeitsagenturen rechtlich abzusichern. Umso mehr komme es jetzt darauf an,

dass die Bundesagentur für Arbeit den Kommunen für die getrennte Aufgabenwahrnehmung attraktive Angebote zur freiwilligen Zusammenarbeit unterbreite, so wie es die Koalition ankündigt. Die Städte müssten ihre Kompetenz auch bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik einbringen können und dürften in ihrer Rolle nicht auf die sozialen Dienstleistungen wie Kinderbetreuung und die Kosten der Unterkunft reduziert werden.

Kooperationen

Die getrennte Aufgabenwahrnehmung durch Kommunen und Arbeitsagenturen bedeute für die Zukunft getrennte Bescheide, getrennte Ansprechpartner für die betroffenen sieben Millionen Hilfeempfänger und einen Mehraufwand für die kommunalen Träger. Der zusätzliche Verwaltungsaufwand müsse so weit wie möglich reduziert werden. Attraktive Kooperationsangebote sollten es ermöglichen, dass die Langzeitarbeitslosen ihre Leistungen auch in Zukunft möglichst unter einem Dach und abgestimmt angeboten bekommen. Durch gegenseitige Beauftragung mit Dienstleistungen könnten die beiden Träger, Kommunen und Arbeitsagenturen, ihre jeweiligen Kompetenzen zum Einsatz bringen.

In den vergangenen Jahren haben die Kommunen bereits erhebliche Anstrengungen unternommen, familienfreundliche und attraktive Lebensbedingungen für Eltern, Kinder, junge und alte Menschen zu schaffen. Christian Ude: „Bund und Länder müssen jedoch endlich erkennen, dass der Ausbau der Kinderbetreuung für unter dreijährige Kinder nach wie vor unterfinanziert ist. Die Umsetzung des Rechtsanspruches ab dem Jahre 2013 werden die Kommunen ohne weitere Finanzhilfen nicht schaffen können – so sehr sich die Städte auch anstrengen.“

Der Rechtsanspruch werde eine Versorgungsquote weit über 35 Prozent erforderlich machen. Darauf müsse die Politik eine angemessene Antwort geben. Der Bund habe die Kostenfolgen unterschätzt, zumal der Rechtsanspruch in die Berechnungen nicht einkalkuliert gewesen sei. Die bisherige Beteiligung des Bundes mit vier Milliarden Euro sei ein wichtiger Schritt gewesen. Die vom Bund veranschlagte Gesamtsumme von 12 Milliarden Euro sei jedoch noch nicht voll finanziert und reiche für den Ausbau bis hin zu einem Rechtsanspruch mit Sicherheit nicht aus.

Positiv bewerteten die Städte, dass der Koalitionsvertrag Bildung als gesamtstaatliche Aufgabe definiert, die einer engen Partnerschaft aller Verantwortlichen bedarf. „Bund, Länder und Kommunen agieren heute allerdings vielfach unkoordiniert in den verschiedenen Teilbereichen des Bildungssystems. Das Grundgesetz ermöglicht bisher kein koordinier-

tes Vorgehen aller Ebenen. Im Sinne eines kooperativen Föderalismus sollten die Leistungen von Bund, Ländern und Kommunen miteinander verknüpft werden“, erklärte Vizepräsident Ude. So müsse besonders ermöglicht werden, dass der Bund wie in den Jahren vor der Föderalismusreform I den Kommunen finanzielle Mittel zur Verbesserung der Bildungsinfrastruktur bereitstellen kann. Andernfalls könne die im Koalitionsvertrag angestrebte Bildungspartnerschaft von Bund, Ländern und Kommunen nicht umgesetzt werden.

Zur steuerlichen Behandlung von Leistungen der Daseinsvorsorge bemerkte der Münchner OB: „Eine stärkere Besteuerung von Leistungen der Daseinsvorsorge würde die Bürgerinnen und Bürger über höhere Gebühren belasten und auf ihren Widerstand stoßen. Die Städte werden die neue Regierung deshalb an ihrer im Koalitionsvertrag enthaltenen Aussage messen, dass Aufgaben der Daseinsvorsorge nicht über die bestehenden Regelungen hinaus steuerlich belastet werden sollen.“

Im Widerspruch hierzu stehe allerdings die Ankündigung, die kommunale Abfallwirtschaft mit der Mehrwertsteuer zu belasten. Dies würde zwangsläufig zu einer Erhöhung der Müllgebühren führen. Die Abfall- und die Abwasserentsorgung seien als hoheitliche Aufgaben den Kommunen zugewiesen und gehörten zu den Aufgaben der Daseinsvorsorge. Eine steuerliche Gleichstellung privater und öffentlicher Unternehmen in der Abfallwirtschaft komme für den Deutschen Städtetag nur in Form einer steuerlichen Entlastung der privaten Unternehmen in Betracht.

Daseinsvorsorge

Einig sind sich die Städte mit der Koalition dagegen über die Bedeutung des Öffentlichen Personennahverkehrs, weil er unverzichtbarer Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge ist. Diese Einigkeit bestehe auch darin, das Personenbeförderungsgesetz unverzüglich an den europäischen Rechtsrahmen für den ÖPNV anzupassen.

Den im Koalitionsvertrag formulierten Vorrang sog. kommerzieller Verkehre lehnen die Städte jedoch strikt ab. „Ein solcher Vorrang kommerzieller Verkehre widerspricht der erklärten Absicht, dass die Kommunen Aufgabenträger im ÖPNV bleiben. Er verstößt gegen europäisches Beihilferecht und käme einer faktischen Enteignung kommunaler Verkehrsunternehmen gleich“, meinte Ude.

Gleichzeitig würde der Einfluss der Kommunen auf die örtliche Verkehrsplanung erheblich erschwert. Eine vom Staat veranlasste Benachteiligung öffentlicher Unternehmen wäre darüber hinaus ein unzulässiger Eingriff in die vom Grundgesetz geschützte kommunale Selbstverwaltung. **DK**

Politische Bildung

Hanns Seidel Stiftung

Wissen vermitteln - Wertorientierung geben - Dialog fördern

Das Seminarprogramm 2010 ist erschienen!

jetzt bestellen, Tel. 089/12 58-2 37, organisation-bw@hss.de

Politische Bildung
SEMINARPROGRAMM 2010
Wissen vermitteln - Wertorientierung geben - Dialog fördern

Hanns Seidel Stiftung

Wir sind ein Volk!
20 Jahre Deutsche Einheit



„Wir wollen Orientierung im Wandel geben und verdeutlichen, auf welchen normativen Grundlagen, verbindenden Werten und Idealen unser Gemeinwesen beruht.“

Dr. h.c. mult.
Hans Zehetmair
Staatsminister a.D., Senator E.H.
Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung

Alle Seminare sind auch in der Datenbank:
www.hss.de/veranstaltungen.html

Hanns-Seidel-Stiftung e.V.
Bildungswerk
Lazarettstraße 33
80636 München



Auch die kleinen Besucher der Buswerkstatt kamen auf ihre Kosten. Sie genossen es, auf dem Fahrersitz der Busse Platz zu nehmen, Türen auf- und zuzumachen oder die Fahrgäste per Durchsage zum Ein- und Aussteigen aufzufordern. □

VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg:

Blick hinter die Kulissen der Buswerkstatt

Rund 3.000 große und kleine Fans des öffentlichen Personennahverkehrs zog es während des Tags der offenen Tür in die Buswerkstatt der VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg. Dort konnten sich Interessierte von Mitarbeitern der VAG erklären lassen, welche Arbeiten notwendig sind, damit die Räder der 265 VAG-Busse rollen.

Die Mitarbeiter der Buswerkstatt erläuterten, welche Reparaturen und Wartungsarbeiten durchgeführt werden, sie informierten über Sicherheitschecks und TÜV-Untersuchungen, Abgasuntersuchungen, Tacho- sowie Bremsprüfungen.

Eine große Fahrzeugschau mit historischen und modernen Bussen vermittelte anschaulich, welche Fortschritte in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten im Bereich der Fahrzeugtechnik erreicht wurden. Es waren Busse der VAG, der infra fürth verkehr

gmbh und der Erlanger Stadtwerke AG zu sehen. Die Lieferanten der VAG informierten über aktuelle Trends und Entwicklungen, z. B. über die neuesten Fahrzeugmotoren oder das Thema Reifen.

Besonderen Anklang fanden wieder die Fahrten durch die Waschstraße des Busbetriebshofes oder in historischen Fahrzeugen. Erstmals auf Strecke schickten die VAG und der Verein der Nürnberg-Fürther Straßenbahn e.V. einen historischen Bus der Firma Krauss-Maffei, Baujahr 1959. □

Neue VDV-Publikation:

Blaues Buch „Verkehrsverbünde“

Verkehrsverbünde sind aus dem öffentlichen Personennahverkehr in Deutschland nicht mehr wegzudenken. Sowohl die Zahl der Verkehrsverbünde als auch deren Bedeutung ist in den vergangenen Jahren stetig gewachsen. Ein Großteil des deutschen ÖPNV spielt sich innerhalb von Verkehrsverbünden ab, über 80 Prozent der Einwohner leben in einem Verbundgebiet, rund 85 Prozent der ÖPNV-Fahrten finden in Verkehrsverbünden statt und fast 90 Prozent der Tarifeinnahmen werden dort erzielt.

Die kontinuierlichen Fahrgastzuwächse in den vergangenen Jahren sind nicht zuletzt auf die Attraktivitätssteigerungen zurückzuführen, die durch die Schaffung von Verbünden erreicht wurde. Die Vorteile des Verbundkonzeptes unter dem Slogan „Ein Fahrplan - Ein Tarif - Ein Ticket“ kommen vor allem den ÖPNV-Kunden zugute. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Erfolge der Verkehrsverbünde ist die Idee entstanden, in der sog. Blauen Buchreihe des VDV auch ein Buch zu diesem Thema zu veröffentlichen. Mit der Publikation „Verkehrsverbünde: Durch Kooperation und Integration zu mehr Attraktivität und Effizienz im ÖPNV“ stellt sich nach den Güter- und Stadtbahnen, den Linienbussen und dem Schienenpersonennahverkehr die fünfte und jüngste Mitgliedergruppe im Branchenverband VDV vor.

20 Beiträge

In insgesamt 20 Beiträgen wird darin die Kooperations- und Integrationsarbeit von Verkehrsverbünden beleuchtet. Dies erfolgt zum einen durch eine Betrachtung der Verbünde unter den

verschiedenen Blickwinkeln von Fahrgästen, Unternehmen und Aufgabenträgern. Des Weiteren wird in dem Buch dargestellt, auf welchen Feldern Verkehrsverbünde arbeiten. Deren Tätigkeiten in wichtigsten Aufgabenbereichen, den so genannten klassischen Verbundfunktionen wie Tarif, Einnahmeverteilung oder Fahrgastinformation, werden in jeweils eigenen Fachbeiträgen ausführlich beschrieben.

Vor dem Hintergrund der sich wandelnden Anforderungen wird in weiteren Kapiteln auf wichtige Zukunftsthemen der Verbünde wie innovative Vertriebswege eingegangen. Schließlich wirft die Publikation einen Blick über die Landesgrenzen und stellt die Umsetzung der Verbundidee in den benachbarten deutschsprachigen Ländern Österreich und Schweiz dar.

Selbstverständliche Vorteile

Auch dort sind wie hierzulande die Vorteile des Verbundkonzeptes für viele inzwischen zu einer Art Selbstverständlichkeit geworden. Sie werden einem geübten Verbundnutzer oft dann erst wieder richtig bewusst, wenn man in einer verbundfreien Region (zum Beispiel im Ausland) für die Beförderung mit U-Bahn, Bus und Tram jeweils unterschiedliche Fahrausweise lösen muss oder vergeblich nach dem verkehrsmittelübergreifenden Netzplan zur besseren Orientierung in der fremden Umgebung sucht.

Um die Merkmale der durch die Verkehrsverbünde geschaffenen besonderen Eigenheit des deutschen ÖPNV auch einem internationalen Publikum besser vertraut zu machen, ist das Blaue Buch „Verkehrsverbünde“ durchgängig zweisprachig in deutscher und englischer Sprache gehalten. Ziel des Buches ist es unter anderem, die Verbundidee einem noch breiteren Publikum gerade auch im Ausland zugänglich zu machen. DK



Für ein Jahr ehrenamtliches Engagement wurden zahlreiche Schülerinnen und Schüler ausgezeichnet. □

Viel Lob für die Coolrider

Die Bilanz für das Jahr 2009 kann sich sehen lassen: 268 Schülerinnen und Schüler von insgesamt 26 Schulen in 19 Städten und Gemeinden in der Metropolregion Nürnberg haben dieses Jahr ihren Dienst als Coolrider aufgenommen. Noch nie waren es so viele auf einmal. Die jugendlichen Fahrzeugbegleiter wurden für ihr Engagement bei der traditionellen Jahresveranstaltung in Nürnberg von Staatsminister Joachim Herrmann und vom Vorstandsmitglied der VAG Verkehrs-Aktiengesellschaft Nürnberg, Dr. Rainer Müller, geehrt. Die VAG hat das Projekt Coolrider 2003 aus der Taufe gehoben und bildet seitdem Jugendliche zu Fahrzeugbegleitern aus.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann lobte das Engagement der Jugendlichen für die Allgemeinheit und für mehr Sicherheit in Bussen und Bahnen. Wörtlich sagte er: „Toll, dass ihr euch kümmert, dass ihr euch engagiert.“ Und er bat die neuen Coolrider in ihrem Engagement nicht nachzulassen. Auch dann nicht, wenn die erste Begeisterung verfliegen ist. Abschließend stellte der Innenminister fest: „Viele Erwachsene können sich ein Beispiel an den Coolridern nehmen.“ Mit inzwischen über 1200 Coolridern in Mittelfranken hätten diese die 500 Mitglieder der Sicherheitswacht in Bayern weit hinter sich gelassen.

Fehlverhalten benennen

VAG-Vorstand Müller ließ in seiner Ansprache keinen Zweifel am weiteren Engagement der VAG für ihr Projekt: „Coolrider sind ein kleiner Baustein zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls in Bussen und Bahnen. Coolrider machen andere Schüler darauf aufmerksam, welches Verhalten erwünscht und welches nicht akzeptiert werden kann. Niemand kann das besser.“ Für ihn ist aber auch entscheidend, dass Jugendliche, die sich zu Coolridern haben ausbilden lassen, ein Leben lang Coolrider bleiben, also den Mut haben, hinzuschauen und Fehlverhalten zu benennen. Nürnbergs dritter Bürgermei-

ster Dr. Klemens Gsell und der Stellvertretende Leiter des Abschnitts Mitte im Polizeipräsidium Mittelfranken Adolf Blöchl verwiesen in ihren Beiträgen anlässlich der Jahresveranstaltung darauf, dass Coolrider in jedem Fall jede Menge Sozialkompetenz erwerben. Diese Kompetenz sei für den einen oder anderen Arbeitgeber auch ein Kriterium, wenn es um die Vergabe eines Ausbildungsplatzes ginge; in jedem Fall würden die Jugendlichen ein Leben lang von der Tätigkeit profitieren. □

„Mit hoher Fachkompetenz und guten Argumenten gilt es zu zeigen: Der Öffentliche Verkehr ist Partner der Politik beim Sichern von Mobilität, Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum. Dafür braucht die Branche die richtigen Rahmenbedingungen.“

Fenske dankte seinem Vorgänger für seinen Einsatz: „Seit der Verbandsreform 2003 hat es Günter Elste geschafft, den VDV als starken Fürsprecher der gesamten Branche in Europa, Bund, Ländern und Gemeinden zu positionieren. Er hat es mit seinem großen integrativen, politischen und kommunikativen Geschick verstanden, den Verband erfolgreich aufzustellen und voran zu bringen. Dafür danke ich ihm herzlich. Günter Elste hat für die Entwicklung des Öffentlichen Verkehrs in Deutschland Meilensteine gesetzt.“

Reiche Berufserfahrung

Jürgen Fenske ist seit Januar 2009 Sprecher des Vorstands der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB). Von 2004 bis 2008 war er Geschäftsführer der Autokraft GmbH sowie Sprecher der Geschäftsführung der S-Bahn Hamburg. Der neue VDV-Präsident war zuvor außerdem Mitglied der Ratsversammlung Kiel sowie von 1994 bis 1998 Leiter des Büros von Wirtschafts- und Verkehrsminister Peer Steinbrück in Schleswig-Holstein. Fenske war von 2006 bis 2008 Vorsitzender der Landesgruppe Nord des VDV und damit Mitglied im Präsidium.

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) ist der Branchenverband für den Öffentlichen Personennahverkehr und Schienengüterverkehr. Seine rund 600 Mitglieder sind Verkehrsunternehmen, Verbände, Aufgabenträgerorganisationen. Täglich ersetzen Busse und Bahnen über 18 Millionen Autofahrten und 77.000 voll beladene Lkw. So sorgen der VDV und seine Mitgliedsunternehmen dafür, dass Deutschland nachhaltig mobil bleibt! □

TUN SIE IHREN KOLLEGEN EINEN GEFALLEN.
KOMMEN SIE ENTSPANNT AN.



28 Mio. haben den Einstieg in die Zukunft schon gefunden.

Die meisten Deutschen finden ihren Arbeitstag ziemlich anstrengend. Allerdings sind immer mehr so clever und ersparen sich schon auf dem Weg zur Arbeit viel Stress, indem sie sich chauffieren lassen. Denn kein anderes Verkehrsmittel verbraucht weniger Nerven pro Kilometer als die öffentlichen Verkehrsmittel. Ob günstig, sicher oder umweltfreundlich – was immer Sie bewegt, mit Bussen und Bahnen fahren Sie richtig.



Damit Deutschland mobil bleibt
Busse & Bahnen

www.deutschland-bleibt-mobil.de. Eine Kampagne des VDV (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V.).

Fenske neuer Präsident des VDV

In der jüngsten Präsidiumssitzung in Osnabrück hat das VDV-Präsidium Jürgen Fenske (54) einstimmig zum neuen Präsidenten gewählt. Der Sprecher des Vorstandes der Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB) folgt in dieser ehrenamtlichen Position auf den Vorstandsvorsitzenden der Hamburger Hochbahn AG Günter Elste (60), der das Amt seit 2003 inne hatte.

Der VDV-Präsident sitzt dem rund 30-köpfigen Präsidium vor. „Die Mitgliedsunternehmen im VDV sichern Mobilität, weil sie in Deutschland täglich 28 Millionen Fahrgäste bewegen und damit über 18 Millionen Autofahrten überflüssig machen. Durch den Schienengüterverkehr werden jeden Tag 77.000 Lkw ersetzt. Der Öffentliche Verkehr fördert die deutsche, vor allem mittelständische Wirtschaft wie kaum eine andere Branche“, sagte Fenske nach seiner Wahl.

Wertvoller Beitrag

Dienstleistungen würden zu 90 Prozent in Deutschland eingekauft und zum selben Anteil flös-

sen die Investitionen ins eigene Land. Das schaffe 500.000 Arbeitsplätze und leiste z. B. durch die Entwicklung neuer Fahrzeuge einen Beitrag für technologischen Fortschritt und für den Erhalt industrieller Arbeitsplätze.

Branche mit Gewicht

„Eine Branche, die so viel leistet, hat Gewicht“, sagte Fenske, „dieses Gewicht möchte ich gemeinsam mit meinen Mitstreitern im VDV, in den Ländern, beim Bund und in Europa auf die Waage bringen.“ Angesichts der schwieriger werdenden Haushaltslage der öffentlichen Hände, werde der VDV die politische Interessenvertretung weiter ausbauen.

Regionalkonferenz zum Mobilitätsmanagement in München:

Optimierende Konzepte

Die IHK für München und Oberbayern war Schauplatz der 2. Regionalkonferenz zum Mobilitätsmanagement. 100 Fachleute, Entscheider, Wissenschaftler und Berater erörterten innovative Lösungsansätze für die Frage, wie Bürger, Gäste und Unternehmen in der Europäischen Metropolregion München (EMM) ihre Mobilitätswünsche zukunftsfähiger und nachhaltiger mit weniger Kfz-Verkehr realisieren können.

„Mobilitätsmanagement und -marketing ist schon lange nicht mehr ein Hobby von einigen wenigen Kommunalpolitikern und Verkehrsreferenten“, unterstrich Oberbürgermeister Christian Ude in seinem Grußwort. Vielmehr ließen sich mit einem effektiven Marketing und einer besseren Aufklärung über Alternativen zum Auto bis zu fünf Prozent des Kfz-Verkehrs auf Öffentlichen Verkehr, aufs Radfahren oder auf andere effizientere Formen wie beispielsweise Car-Sharing verlagern.

Großer Gewinn

Was zunächst einmal nach wenig Einsparung aussehe, entpuppte sich bei genauerer Betrachtung als großer Gewinn: „Fünf Prozent weniger Fahrzeugaufkommen vor einer staugefährdeten Kreuzung können darüber entscheiden, ob es zum Verkehrskollaps kommt oder der Verkehr fließt“, sagte Ude. Die Landeshauptstadt verfolge daher mehrere Ansätze wie beispielsweise die Mobilitätsberatung für Neubürger und

der Mobilitätsförderung an Schulen und in Betrieben.

Die Mobilitätsberatung, die die Stadt seit 2007 ihren jährlich rund 85.000 neuen Bürgerinnen und Bürgern anbietet, bezeichnete der Münchner OB als großen Erfolg. Neu Zugezogene mit Beratungsangebot nutzten zu 7,6 Prozent häufiger den öffentlichen Nahverkehr als solche ohne Beratungsangebot. Dadurch würden rund 80 Millionen Pkw-Kilometer im Jahr und 12.000 Tonnen CO₂ eingespart - ohne erhobenen Zeigefinger, ohne zusätzliche Technik und Infrastruktur und ohne Restriktionen für die Autofahrer. Die Effizienz der Kampagne unterstreicht Ude zufolge noch, dass ihre Kosten von den Ticketmehreinnahmen im Öffentlichen Verkehr um das Doppelte übertroffen werden. Die Neumünchner empfänden diesen Bürgerservice als Zeichen des Willkommens.

Bereits seit 2001 bietet die Stadt in enger Abstimmung mit der IHK Mobilitätsberatung für Unternehmen im Rahmen eines Förderprogramms an. 21 namhaf-

te Unternehmen mit weit über 50.000 Mitarbeitern haben seither daran teilgenommen. Mit Hilfe verschiedenster Maßnahmen von Jobtickets über betriebliche Fahrgemeinschaftsangeboten, Radverkehrsförderung und Spritspartrainings bis hin zu Optimierungen ihrer Logistik haben die Firmen nicht nur Kosteneinsparungen erzielt, sondern auch die Erreichbarkeit ihrer Standorte für Mitarbeiter und Kunden verbessert und einen Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Für diese Anstrengungen hat die Landeshauptstadt in diesem Jahr vom Bundesumweltministerium den Preis für das „Beste kommunale Mobilitätsmanagementkonzept“ erhalten.

Aktionsprogramm

Zudem hat München im Rahmen des Aktionsprogramms „effizient mobil“ des Bundesumweltministeriums die Koordination für die Region München - eines von bundesweit 15 regionalen Netzwerke - übernommen. Mittlerweile haben bereits die Gemeinden Garching, Planegg und Bergkirchen sowie die Stadt Weilheim beschlossen, in Zusammenarbeit mit professionellen Mobilitätsberatern Konzepte zur Optimierung ihrer kommunalen und betrieblichen Mobilität und ihres Verkehrs zu erstellen.

So soll Anfang 2010 ein Mobilitätskompass der Stadt Weilheim an sämtliche Haushalte verteilt werden. Alle Informationen über Verkehrsmittel und Fortbewegungsarten werden darin alternativ zur privaten Automobilität in Weilheim aufgezeigt - eine in dieser Form bundesweit einzigartige Aktion. Zusätzlich wurde von der Stadt Weilheim bereits eine Ausschreibung des betrieblichen Mobilitätsmanagements zur Bildung von Fahrgemeinschaften und Beratung über den ÖPNV für größere Betriebe und Firmen in Weilheim durchgeführt.

„Weiche“ Maßnahmen stärken

Nirgendwo auf der Welt sei es möglich, den Verkehrswegebau in dem Tempo voranzutreiben, in dem das Verkehrsaufkommen wachse, warnte IHK-Hauptgeschäftsführer Peter Driessen in seiner Ansprache. Somit sei es folgerichtig, die sog. weichen Maßnahmen zur Beeinflussung des Mobilitätsverhaltens zu stärken. „Das Instrument des betrieblichen Mobilitätsmanagements ermöglicht den Unternehmen nicht nur, ihre Mobilitätskosten transparenter zu gestalten und die Mitarbeiterzufriedenheit zu steigern, sondern auch einen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten“, betonte Driessen. Die positiven Folgen würden somit nicht nur die Unternehmen selbst, sondern die gesamte Region - in Form von weniger Staus und weniger Schadstoff-Emissionen - spüren. **DK**

Landkreises durch eine erneute Antragstellung noch einmal aufzugreifen und auch bei den an einer Finanzierung zu beteiligenden Kommunen für dieses Projekt zu werben.

Auch eine Einbeziehung des Schienenverkehrs in der Region in den Verkehrsverbund BODO im benachbarten Baden-Württemberg könnte für die Fahrgäste große Vorteile bringen. Hier sagte Schulz zu, die gemeinsamen Bemühungen in der Region zu unterstützen und bei der Deutschen Bahn um eine Beteiligung an der nötigen Planungsstudie zu werben. Die für die nächsten Jahre geplanten Verbesserungen im Schienenverkehr werden auch Auswirkungen auf das Regionalbusangebot im Landkreis Lindau haben. Bus und Bahn müssen hier weiterhin sinnvoll miteinander verknüpft werden und gleichzeitig entstehende Parallelverkehr abgebaut werden. Die Vertreter des Landkreises und der Bayerischen Eisenbahngesellschaft vereinbarten eine enge Abstimmung. **DK**

LBO-Jahrestagung in München:

Zeil zeigt Bayerns Weg im ÖPNV

Im Rahmen der Jahrestagung des Landesverbandes bayerischer Omnibusunternehmen (LBO) in München wurden aktuelle Branchen-Brennpunkte im Nahverkehr, in der Bustouristik sowie im Schulbusverkehr dargestellt.

Wirtschaftsminister Martin Zeil erläuterte unter anderem die von seinem Haus erarbeiteten „Leitlinien zur Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1370/2009“ als Grundlage für die künftige ÖPNV-Entwicklung in Bayern. Als erstes Bundesland hat Bayern Ende September einen Anwen-

dungserlass für das neue Recht verkündet.

Die neue EU-Nahverkehrsverordnung tritt am 3. Dezember in Kraft. Sie bringt einen neuen Ordnungsrahmen für den ÖPNV. Wie dieser in Bayern umgesetzt werden soll, ist in den „Leitlinien“ festgehalten. Sie klären eine Vielzahl juristischer Fragen und unbestimmter Rechtsbegriffe. Die EU-Verordnung gewährt allerdings lange Übergangsfristen, die die Unternehmen nach einer Empfehlung des LBO jetzt nutzen sollten. **DK**

Gewinnen Sie den Bayerischen ÖPNV-Preis 2010!

Bayerns Öffentlicher Personennahverkehr gewinnt seit Jahren zunehmend an Attraktivität, abzulesen an den kontinuierlich steigenden Fahrgastzahlen. Die Basis dafür sind serviceorientierte Angebote wie *BAYERN-TAKT*, *BAYERN-TICKET* und *BAYERN-FAHRPLAN* sowie neue Fahrzeuge, kundenorientierte Servicekonzepte, ein modernes Erscheinungsbild und ansprechende Werbung. Insbesondere der Schienenpersonennahverkehr (SPNV) spielt in diesem Zusammenhang eine gewichtige Rolle. Den SPNV nachhaltig zukunftsfähig zu entwickeln, erfordert aufgrund zahlreicher Problemstellungen große Anstrengungen und neue Ideen. Vielleicht haben Sie ein Projekt initiiert, das mögliche Lösungen aufzeigt. Wenn ja, dann bewerben Sie sich um den BAYERISCHEN ÖPNV-PREIS 2010! Die Bewerbungs- und Empfehlungsfrist endet am 5. Februar 2010. Teilnahmeunterlagen finden Sie im Internet unter www.bayern-takt.de/Nahverkehrspreis.

Der 6. BAYERISCHE NAHVERKEHRSKONGRESS mit der Verleihung des ÖPNV-PREISES durch Bayerns Verkehrsminister Martin Zeil findet am 24. März 2010 statt. Renommierte Experten werden sich in Vorträgen, Diskussionen und Workshops unter dem Motto „Eisenbahnverkehr in Deutschland – wo kneift's? Probleme und Lösungsansätze“ mit aktuellen Themen aus allen Bereichen des ÖPNV befassen. Zu dem Kongress wird gesondert eingeladen.

6. Bayerischer Nahverkehrskongress 2010

24. März 2010 in München



20 Jahre Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern:

Ein kooperatives Erfolgsmodell

Die Schlagworte „Freiwilligkeit“, „Eigenverantwortung“ und „Kooperation“ standen im Mittelpunkt der Festredner und der Festrednerin, die am 16. November den zwanzigsten Geburtstag der Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern (GAB) vor mehr als einhundert Gästen im Haus der Bayerischen Wirtschaft würdigten.

Die GAB wurde 1989 auf Initiative der Bayerischen Wirtschaft und des Freistaates Bayern mit dem Ziel gegründet, die Sanierung von Altlasten dort finanziell und fachlich zu unterstützen, wo Verantwortliche nicht mehr greifbar oder zahlungsfähig sind. Dies sei durchweg von Erfolg gekrönt, bilanzierte Bertram Brosardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Eine Summe von mehr als 42 Millionen Euro wurde in den vergangenen 20 Jahren für die Sanierung industrieller und gewerblicher Altlasten eingesetzt, über 70 Projekte in Angriff genommen und rund 900.000 Quadratmeter Fläche aufgearbeitet. Dadurch konnten 70 Tonnen Arsen, 40 Tonnen Kupfer und mehr als 100 Tonnen Blei aus Boden und Grundwasser entfernt werden. So wurde beispielsweise das Gelände des ehemaligen Maintanklagers in Volkach, das nach der Insolvenz des Betreibers fast eine Dekade brach lag und mit geschätzten 400.000 Litern Benzin verseucht war, saniert und für den Bau eines neuen Einkaufszentrums in der Stadt nutzbar gemacht.

VKS im VKU auf der Entsorga-Enteco in Köln:

Augenmerk auf EU-Abfallrahmenrichtlinie

Die Internationale Fachmesse für Kreislaufwirtschaft und Umwelttechnik „Entsorga-Enteco“ in Köln bot den Fachbesuchern aus aller Welt erneut ein Angebot der Extraklasse. Nach der konzeptionellen Neuausrichtung mit dem starken Fokus auf die Umwelttechnik, die zur letzten Veranstaltung im Oktober 2006 mit großem Erfolg umgesetzt wurde, vereinte die Entsorga-Enteco zum zweiten Mal alle Bereiche der internationalen Kreislaufwirtschaft und Umwelttechnik in der Domstadt.

Im Rahmen der Angebotsbereiche „Abfallwirtschaft und Recycling“, „Verbrennung und Erneuerbare Energien“, „Wasser und Abwasser“, „Kommunale Dienste und Umweltdienstleistungen“, „Technik und Logistik“, „Luftreinhaltung und Immissionsschutz“, „Arbeitssicherheit und Lärmschutz“ sowie „Forschung und Organisation“ bildete die Entsorga-Enteco keine Veranstaltung in diesem Jahr den kompletten Markt ab.

Mitgliederversammlung

Zahlreiche Verbandsveranstaltungen ergänzten das Angebot der Entsorga-Enteco und unterstrichen ihre Bedeutung als Branchenplattform des Jahres. So hielt der VKS im VKU (Verband kommunale Abfallwirtschaft und Stadtreinigung im VKU) neben Podiumsdiskussionen und Fachveranstaltungen erneut seine Mitgliederversammlung im Rahmen der Messe ab. Diskutiert wurde dabei die Umsetzung der EU-Abfallrahmenrichtlinie in deutsches Recht. Einigkeit bestand unter den Gesprächsteilnehmern darin, dass die Umsetzung weit reichende Folgen für die Struktur der Abfallwirtschaft, aber auch für den Klima- und Ressourcenschutz in Deutschland haben wird.

Klare Regelung gefordert

Dr. Rüdiger Siechau, Vorstandsvorsitzender des VKS im VKU, begrüßte die EU-Abfallrahmenrichtlinie. Er hob hervor, dass sich die Kommunen in den vergangenen Jahrzehnten als Garanten einer funktionierenden

macht. Doch nach wie vor stünden weitere 1200 Fälle und 600 Felder zur Sanierung in Bayern aus, weswegen die „Erfolgsstory GAB“ unbedingt fortgeschrieben werden müsse.

Modell der Freiwilligkeit

Brossardt hob hervor, dass das Modell der Freiwilligkeit im Bereich der Umwelt in Bayern über die GAB hinaus Schule gemacht habe. Der erstmals 1995 geschlossene Umweltpakt zwischen Staat und Wirtschaft, unter dessen Dach die GAB mittlerweile firmiert, sei gerade nicht auf gesetzlichen Zwang hin zustande gekommen. Vielmehr werde ein hohes Niveau im Umweltschutz durch Eigenverantwortung erreicht. Deshalb sei auch eine europäische, Bürokratie verursachende Bodenschutzrahmenrichtlinie abzulehnen. „Nur mit technischen Lösungen lassen sich Umweltprobleme lösen.“ Reines Ordnungsrecht könne dagegen nur schlechte Lösungen, aber keine Spitzentechnologie hervorbringen.

Im Anschluss an seine Laudatio bedankte sich Melanie Huml,

Staatssekretärin im Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit und zugleich Aufsichtsratsvorsitzende der GAB, herzlich bei den Partnern und Mitgesellschaftern der GAB aus Wirtschaft und den Kommunen für zwanzig Jahre „Energie, Motivation und Engagement“ für umweltverträgliches Wirtschaftswachstum. Dieses Leitbild der nachhaltigen Entwicklung gelte es mit Leben zu füllen, denn „die heutige Generation muss dafür sorgen, dass die folgende auf die gleichen Ressourcen zurückgreifen kann.“ Aufwendungen für Altlastenuntersuchungen und -sanierungen seien deshalb eine Investition in Zukunft.

Gemeinschaftsaufgabe

Auch sie wertete das Kooperationsmodell der Gesellschaft für Altlastensanierung in Bayern als Erfolg, das nicht nur in andere Bundesländer, sondern sogar nach Tunesien, Chile und die USA exportiert worden sei. Da Umweltschutz eine Gemeinschaftsaufgabe von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung sei, wurde die finanzielle Ausstattung von Anfang an paritätisch vom Freistaat Bayern und der Wirtschaft übernommen. Gewerbliche Unternehmen beteiligen sich freiwillig über Mitgliedsbeiträge an der Sanierung von Altlasten und der Freistaat steuert Finanzmittel in gleicher Höhe bei. Dieses Gruppenlastprinzip sei mit Blick auf das Problem der Sanierung herrenloser Industrieböden ein Mittelweg zwischen dem Verursacherprinzip, aufgrund dessen die Kostenverursacher diese auch begleichen müssen, und dem Gemeinlastprinzip, das die Kosten auf die Allgemeinheit überträgt.

Finanzierung sichergestellt

Die Untersuchung und Sanierung von Altlasten stelle für Firmen oft eine Herausforderung dar, gerade weil sie für Schäden aufkommen, die andere verursacht haben. Huml sprach deshalb nochmals ihren herzlichen Dank für dieses „höchst verantwortungsvolle Handeln“ gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten aus, aufgrund dessen die Finanzierung der GAB bis zum Jahr 2010 sichergestellt sei. Zwar könne man den Haushaltsverhandlungen nicht vorgreifen, doch das Umweltministerium werde sich entsprechend dafür einsetzen, diesen Weg weiterhin zu beschreiten, „wenn da ein entsprechendes Signal aus der Wirtschaft käme.“

Kommunen als Gesellschafter

Seit dem Jahr 2006 sind auch die Kommunen durch den Bayerischen Gemeindetag und den Bayerischen Städtetag als Gesellschafter an der GAB beteiligt. Das Bundes-Bodenschutzgesetz übertrug den kreisangehörigen Gemeinden 1999 die Verantwortlichkeit für die Sanierung gemeindeeigener Mülldeponien, ohne dass diese wie Landkreise und kreisfreie Städte die Mög-

Im Rahmen der Umsetzung der EU-Abfallrahmenrichtlinie seien die Voraussetzungen für die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft in eine „recycling society“ zu schaffen.

Verfehltes „Näheprinzip“

Prof. Dr. Hans-Joachim Koch, Universität Hamburg, ehemaliger Vorsitzender des Sachverständigenrats für Umweltfragen, hatte sich im Rahmen des Novellierungsprozesses auch als Gutachter des BMU mit der

lichkeit hätten, die Kosten dafür über Gebühren oder Beiträge zu refinanzieren. Diese Option war ihnen 1973 mit dem Bayerischen Abfallgesetz genommen worden. Deshalb richteten der Freistaat Bayern und die kommunalen Spitzenverbände einen Unterstützungsfonds ein der durch Beiträge des Landes Bayern und der kreisangehörigen Gemeinden paritätisch finanziert wird.

Geringeres Risiko

Dr. Jürgen Busse, Vertreter des Bayerischen Gemeindetages, beschrieb den Fonds als „Versicherung mit Eigenbeteiligung“, der das finanzielle Risiko der Altlastensanierung für die Gemeinden deutlich senke und gratulierte der GAB zu ihrem Jubiläum. Zwanzig Jahre seien zwar jung für ein Menschenleben, aber wenn man das bei einem auf Freiwilligkeit beruhenden finanzierungsbedürftigen Projekt schaffe, „dann ist man schon froh“.

Die richtige Antwort

Die Sicht der kreisfreien Städte schilderte Reiner Knäusl vom Bayerischen Städtetag und lobte den Unterstützungsfonds als „die richtige Antwort auf das Finanzierungsrisiko der Kommunen und ein beispielhaftes Kooperationsmodell“. Eindringlich warb er bei allen Gesellschaftern darum, die Zukunft der GAB über das Jahr 2010 hinaus finanziell und organisatorisch zu sichern, denn es gäbe noch lange Antragslisten und Nachfragerstau.

Mehr Projekte als Mittel

Dr. Thilo Hauck, Geschäftsführer der GAB, fasste zum Abschluss in einem kurzen und prägnanten Vortrag die erfolgreiche Arbeitsweise der Gesellschaft zur Altlastensanierung in Bayern in den letzten zwei Dekaden zusammen. Nach wie vor seien aber mehr Projekte als Mittel vorhanden. Auch er lobte den kooperativen und freiwilligen Ansatz. Bei einem konsensualen Vorgehen würden alle Beteiligten die beschlossenen Schritte mittragen, da sie auch alle mitreden dürften.

Wissensvermittlung

Über die Funktion als Mittelvergabe hinaus übernehme die GAB laut Hauck auch eine wichtige Plattform- und Wissensvermittlungsfunktion, indem sie ihr Fachwissen und ihre Kontakte allen öffentlichen Stellen und den Unternehmen aus der Bayerischen Wirtschaft zur Verfügung stelle. So führt die GAB regelmäßig Symposien und Fortbildungsveranstaltungen für Sachverständige durch.

Qualifiziert und motiviert

„Heute haben wir viel mehr Projekte als 1989 gedacht“, so Hauck. Es sei einmal Konsens gewesen, dass es sich bei der Altlastenbewältigung um eine temporäre Aufgabe handele. „Das können wir vergessen! Das ist eine langfristige Aufgabe. Dafür wird Konsens benötigt.“ Die GAB sei gerüstet, qualifiziert und motiviert. Jetzt müsse nur die weitere Finanzierung sichergestellt werden. **JLE**

neuen Abfallrahmenrichtlinie befasst. Vor diesem Hintergrund äußerte er sich kritisch unter anderem zur Präzisierung des Abfallbegriffs. Auch das neu aufgenommene „Näheprinzip“ hält er für verfehlt. Die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts zur Zuweisung auch von Refraktoren an die kommunalen Entsorgungsträger begrüßte Koch grundsätzlich, wobei er sich im Detail für eine stärkere Anlehnung an die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs aussprach. **DK**

Verstärkter Einsatz von Recyclingprodukten:

bvse-Fachverband startet Kampagne

Bonn. Der verstärkte Einsatz von Recyclaten ist das Ziel einer neuen Broschüre, die der bvse-Fachverband Kunststoffrecycling aktuell herausgegeben hat. „Es ist viel zu wenig bekannt, in welchen Produktfeldern die qualitativ hochwertigen Recyclate eingesetzt werden könnten und schon eingesetzt werden. Das wollen wir ändern“, erläutert Dr. Michael Scriba, Vorsitzender des bvse-Fachverbandes Kunststoffrecycling.

Die Veröffentlichung der Broschüre „Der Weg vom Abfall zum Produkt“ ist dabei nur ein erster Schritt für eine breitere angelegte Informationskampagne, wie Scriba betont. „Wir wollen in den nächsten 24 Monaten mit immer neuen Aktivitäten und Wortmeldungen auf dieses Thema aufmerksam machen!“

Die Hersteller wissen zwar genau um die hervorragende Qualität der von ihnen eingesetzten Recyclate, aber aus Furcht vor mangelnder Akzeptanz und sinkender Marge gehen sie mit diesem Thema nicht selbstbewusst um.

Für positiven Imagewandel

„Anstatt die ökonomischen und ökologischen Argumente offensiv zu vertreten, wird der Einsatz von Recyclaten oft schamhaft verschwiegen. Das kann nicht der richtige Weg sein. Kunststoffverarbeiter und auch Anwender müssen hier umdenken und umsteuern und gemeinsam für einen positiven Imagewandel eintreten“, findet Herbert Snell, Vizepräsident des bvse-

Bundesverbandes Sekundärrohstoffe und Entsorgung e. V.

bvse-Hauptgeschäftsführer Eric Rehbock hat zum Auftakt der Kampagne sowohl der nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministerin Christa Thoben als auch dem ehemaligen Bundesumweltminister Prof. Dr. Klaus Töpfer schon erste Exemplare übergeben können. Es sei erfreulich, so Rehbock, dass die Broschüre bisher in Politik und Fachwelt auf eine durchweg positive Resonanz gestoßen ist.

Das lässt darauf hoffen, dass auch viele öffentliche Verwaltungen in Zukunft verstärkt darauf achten, dass in öffentlichen Auftragsvergaben der Einsatz von Recyclingprodukten einen größeren Stellenwert erhält, als das bisher der Fall ist. Damit fordert der bvse nicht mehr und nicht weniger als in § 37 KrW-/AbfG schon normiert ist. Leider wird jedoch die gesetzliche Verpflichtung, dort wo es sinnvoll ist Recyclingprodukte einzusetzen, nicht in dem Maße praktiziert, wie es sinnvoll und notwendig wäre. **□**

Benchmarking in der Abfallwirtschaft:

Stadt Landshut arbeitet kostengünstig

Wie ein jüngst durchgeführtes Benchmarking der Gesamtkosten im Bereich der Abfallwirtschaft zeigt, liegt die Stadt Landshut im oberen Drittel. 67 Entsorgungsträger hatten insgesamt teilgenommen. Oberbürgermeister Hans Rampf wertete dies als Erfolg: „Für die Stadt Landshut ist der Benchmark natürlich auch eine Bestätigung, dass die Bauamtlichen Betriebe die abfallwirtschaftlichen Dienstleistungen wettbewerbsfähig erbringen.“

Seit einigen Jahren werden im Auftrag des Umweltministeriums die Abfallgebühren für einen vierköpfigen Haushalt ermittelt und verglichen. In diesen Vergleichen liegt die Stadt Landshut unter den ersten zehn der 86 bayerischen Entsorgungsträger. Durchschnittlich beträgt die Abfallsorgungsgebühr für die kleinste Restmülltonne für einen vierköpfigen Haushalt in Bayern rund 165 Euro pro Jahr. In Landshut kostet die kleinste Restmülltonne nur 106 Euro.

Dabei bietet die Abfallwirtschaft in Landshut einen hohen Entsorgungskomfort. Die regelmäßig anfallenden Abfälle wie Verpackungen, Papier und Restmüll werden direkt abgeholt. Ein dichtes Sammelcontainernetz sorgt für eine einfache Entsorgung für Behälteraltglas, Altkleider, Papier und Grünzeug beziehungsweise Bioabfälle. Alle anderen Abfälle aus dem privaten Haushalt können zum Wertstoff- und Entsorgungszentrum (WEZ) gebracht werden. Dass die Nutzung des WEZ dabei kostenlos ist, ist keine Selbstverständlichkeit. Denn nur 47 der 86 bayerischen Entsorgungsträger betreiben eine kostenlose Sperrmüllentsorgung.

Daneben werden von den Bauamtlichen Betrieben die Restmüll- und Biotonnenabfuhr, der Unterhalt der Sammelcontainerplätze, die Leerung der Grünzeugcontainer und schließlich der aufwändige Betrieb des WEZ und der Problemabfallsammelstelle durchgeführt. Ein Viertel des Gebührenhaushaltes sind Personalkosten und 17 Prozent Fuhrparkkosten. Auch die Überprüfungen durch den Kommun-

len Prüfungsverband bestätigen immer wieder, dass die Vergabe der Dienstleistungen an einen privaten Unternehmer nicht unbedingt Kostenvorteile bringt.

„Die Forderung, dass Kommunen alle Dienstleistungen an private Entsorger vergeben müssen oder die Forderung nach der Privatisierung der kommunalen Abfallwirtschaft entlarven sich angesichts der Fakten eher als Kampf um Aufträge als um einen kostenbewussten Umgang mit Gebührgeldern“, so OB Rampf. Grundsätzlich müsse die geordnete Abfallentsorgung unabhängig von Marktpreisen in der Fläche sichergestellt werden. Daher handle es sich um ein klassisches Gebiet der Daseinsvorsorge, das nicht dem freien Markt überlassen werden könne.

Dennoch könnten die Gesamtkosten und damit die Müllgebühren noch weiter gesenkt werden, indem die Verwertungsquote noch weiter erhöht wird. Insgesamt machen die Entsorgungskosten 35 Prozent des Gebührenhaushaltes aus. Obwohl bereits zwei Drittel der Hausabfälle einer Verwertung zugeführt werden, sind die Gesamtausgaben für die Beseitigung in der Müllverbrennung doppelt so hoch wie die Ausgaben für die Verwertung. Die Kosten für die Beseitigung könnten weiter verringert werden, wenn die Sammelsysteme noch besser genutzt würden. Bis zu 50 Prozent der Abfälle in den Restmülltonnen seien noch einer Verwertung zuzuführen. Dazu müssten die privaten Haushalte die Gelben Säcke, die Papiertonnen und die Sammelcontainer noch konsequenter als bisher nutzen. **DK**

VBS-Jahrestagung 2009:

In Krisenzeiten auf Qualität setzen

Otto Heinz erneut zum Präsidenten gewählt

Mit rund 270 Teilnehmern erneut gut besucht war die Jahrestagung des Verbandes der Bayerischen Entsorgungsunternehmen VBS in Miesbach. Neben den Mitgliedern nahmen erneut zahlreiche geladene Gäste aus Politik, Verwaltung, befreundeten Verbänden und diverser weiterer Institutionen an der Tagung teil.

Schwerpunktthema war in diesem Jahr die Finanz- und Wirtschaftskrise und ihre Folgen, denn auch die private bayerische Entsorgungsbranche hat die Krise zu spüren bekommen: Die Mengen aus dem Bereich Gewerbeabfälle gingen zurück, zudem brachen die Märkte für Sekundärrohstoffe ein. Das zentrale Thema der öffentlichen Hauptveranstaltung lautete „Die Folgen der Wirtschaftskrise für die Entsorgungsbranche“.

Orientierungshilfen

Hieran nahmen Staatssekretärin Melanie Huml, Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Rommel (bifa Umweltinstitut), Helmut Schmidt (VKS LG Bayern) und der wieder gewählte VBS-Präsident Otto Heinz teil. Dieser legte dar, dass der verschärfte Wettbewerb in Krisenzeiten keinesfalls zu Lasten der Qualität und damit der Umwelt gehen dürfe. Heinz: „Der VBS hat gemeinsam mit seinen kommunalen Partnern wichtige Orientierungshilfen für öffentliche Ausschreibungen in der Entsorgungswirtschaft entwickelt, um so für Qualität in der Leistungserbringung zu sorgen. Ich sehe jedoch die Gefahr, dass der Wettbewerb bei der Verpackungsentsorgung und im Bereich Gewerbeabfälle nur noch über den Preis und damit letztlich zu Lasten der Qualität geführt wird.“

Wichtiger Partner

Staatssekretärin Melanie Huml sprach der privaten Entsorgungswirtschaft auch in schwierigen Zeiten Mut zu: „Die private mittelständische Entsorgungswirtschaft ist ein ganz wichtiger Partner der kommunalen Abfallwirtschaft. Gemeinsam und in bewährter Partnerschaft wollen wir die Krise meistern.“

Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel wies in ihrer Festansprache darauf hin, dass ein Grundgedanke der Sozialen Marktwirtschaft das Prinzip „Privat vor Staat“ sei. Freilich finde dies auch im kommunalen Bereich nicht immer strenge Anwendung – siehe Tendenz zur Rekommunalisierung privatwirtschaftlich erbrachter Leistungen im Entsorgungsbereich.

Im Freistaat sei dem Vorrang der privatwirtschaftlichen Leistungserbringung bereits im Mai 2003 mittels einer Vollzugsbekanntmachung Rechnung getragen worden. Erst im Mai 2009 wurde Hessel zufolge die Bekanntmachung verschärft. So seien die Rechtsaufsicht und das Anhörungsrecht der örtlichen und regionalen Verbandsorganisationen gestärkt worden. Zudem müssten die Kommunen nunmehr in regelmäßigen Abständen ihre Unternehmen auf Privatisierungsmöglichkeiten hin untersuchen und das Ergebnis der Rechtsaufsichtsbehörde mitteilen.

Für fairen Wettbewerb

Als weiteren problematischen Punkt nannte die Wirtschaftsstaatssekretärin die steuerliche Bevorzugung der öffentlich-rechtlichen Unternehmen bei der Abfall- und Abwasserentsorgung. Hessel: „Meine Partei setzt sich auf Bundesebene dafür ein, dass dieses Privileg abgeschafft wird. Fairen Wettbewerb kann es nur dann geben, wenn

auf kommunaler Ebene vor vielfältigen Herausforderungen. So werde infolge der Novellierung der EU-Abfallrahmenrichtlinie im nächsten Jahr das deutsche Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz geändert. Dass die neue EU-Richtlinie eins zu eins umgesetzt werden muss, sei unbestritten. „Wir brauchen in Deutschland weniger Bürokratie und nicht noch mehr Vorschriften, die den Mittelstand fesseln.“

Mittelstand als tragende Säule

Insgesamt, so die Staatssekretärin abschließend, müsse es in Deutschland wieder viel stärker darum gehen, den Mittelstand als tragende Säule der Wirtschaftskraft in den Mittelpunkt der Reformanstrengungen zu rücken. Die Gestaltungsspielräume dafür hätten sich aufgrund der Ergebnisse der jüngsten Wahlen deutlich erhöht. **DK**

Zehn Jahre Abfallratgeber Bayern

Augsburg. Seit zehn Jahren bietet der Abfallratgeber im Internet allen Haushalten und Betrieben kostenfrei Informationen, die für die Handhabung und Entsorgung von Abfällen wichtig sind. Im Jubiläumjahr wurde der Internetauftritt neu gestaltet und mit mehr Inhalten versehen.

Übersichtlich gegliedert finden die Besucher dort Informationen zu Müllabfuhrterminen, Öffnungszeiten von Sammelstellen, Gesetzesänderungen, geeigneten Entsorgungsdienstleistungen und den verschiedenen Abfällen. Der Abfallratgeber Bayern liefert damit kommunale und staatliche abfallwirtschaftliche Informationen „aus einer Hand“. Er ist im Internet unter <http://www.abfallratgeber-bayern.de> abrufbar.

Der Abfallratgeber Bayern ist ein Angebot des Freistaats Bayern. Er ging im November 1999

online und hat sich seitdem als wichtige Informationsquelle zum Thema Abfall etabliert. So besuchten im letzten Jahr über 600.000 Nutzer das Informationsportal, das im Rahmen der Initiative BayernOnline zur Verfügung gestellt wird. Der Abfallratgeber Bayern ist ein Projekt des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit und wird seit seiner Gründung vom Landesamt für Umwelt und dem bifa Umweltinstitut fachlich betreut. **Weitere Infos:** <http://www.abfallratgeber-bayern.de> □



Gehen Sie mit uns neue Wege in der Wärmeversorgung

Wenn Sie neue Möglichkeiten für eine effektive und umweltfreundliche Wärmeversorgung suchen, sind Sie bei uns an der richtigen Adresse. Denn wir sind auf das Errichten und Betreiben von Anlagen zur Wärmeerzeugung und -verteilung spezialisiert. Und nutzen dabei immer mehr die Vorteile regenerativer Energien. Kommunen und Fachbetrieben bieten wir eine Zusammenarbeit für die gemeinsame Entwicklung neuer Lösungen zur Wärmeversorgung.

Dass wir über fundierte Erfahrungen verfügen, zeigen auch unsere Referenz-Anlagen. Dazu gehören das Biomasseheizwerk in Markt Schwaben, die Biogas-Blockheizkraftwerke in Schwandorf und Puchheim und die Wärmepumpenanlage in Prien am Chiemsee. Auf dem Gebiet der Geothermie haben wir Erfahrungen aus Projekten in Simbach-Braunau, Poing und Garching.

Wir sind ein regionales Unternehmen und versorgen heute rund 10.000 Haushalte sowie Gewerbe- und Industriebetriebe in ganz Bayern mit Wärme. Als Tochterunternehmen der E.ON Bayern AG sind wir ein kompetenter Partner für das Planen, Bauen und Errichten von Anlagen. Auf Wunsch übernehmen wir auch das Contracting und erarbeiten Konzepte zur Finanzierung.

Wir sind für Sie da

E.ON Bayern Wärme GmbH
Leiter Vertrieb
Herr Robert Budde
Arnulfstraße 203
80634 München
T 0 89-52 08-41 11
F 0 89-52 08-41 99
info@eon-bayern-waerme.com

www.eon-bayern-waerme.com

e-on | Bayern
Wärme

DWA-Wasserwirtschaftstagung in Augsburg:

Folgen des Klimawandels

Knapp 700 Experten aus Kommunen und Behörden berieten in Augsburg über die Folgen des Klimawandels für die Wasserwirtschaft. Auf der Tagesordnung des Kongresses unter dem Motto „Wasserwirtschaft im Blickpunkt – Chance und Herausforderung“ standen unter anderem die Bewertung des Zustandes der Kanalisation in Bayern sowie des langfristigen Hochwasserrisikos. Veranstalter der Tagung war die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall DWA.

Der fachliche Rahmen spannte sich im Bereich „Abwasser“ von der Beitrags- und Gebührekalkulation, Abwasserabgabe, der Kanalsanierung und der Behandlung von Niederschlagswasser über die Klärschlammmanagement bis zum Energiemanagement auf Kläranlagen und Handlungsempfehlungen bei Unfällen mit Kraftstoffen und Chemikalien. Im Betrieb von Kläranlagen oder Kanalnetzen ergeben sich ebenso immer

wieder Änderungen und neue Herausforderungen wie bei der Rechtslage oder den organisatorischen Abläufen. Die zentralen Themen der Seminarreihe „Gewässer“ waren die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, kleine Hochwasserrückhaltebecken und die EU-Hochwasser-Richtlinie. Erfahrungsberichte aus der Praxis waren hierbei sehr hilfreich.

Eröffnet wurde die Veranstaltung vom Oberbürgermeister der Stadt Augsburg, Dr. Kurt Gribl,



Compact Pipe wird auf einer Rolle zur Einbaustelle geliefert. Die Qualität der mit diesem Verfahren sanierten Kanäle entspricht der Qualität von neu verlegten PE-Standardrohren. Foto: Diringer&Scheidel Rohrsanierung

Natur geschützt und Kasse geschont:

Ebermannstadt setzt auf Memory-Effekt

Zwei Haltungen eines Abwasserkanals mit der Nennweite DN 500 hat die Diringer&Scheidel Rohrsanierung GmbH&Co. KG in Ebermannstadt mit dem Compact Pipe-System saniert. Die Stadtverwaltung und die für die Planung zuständige Peter Balling Ingenieurbüro GmbH haben sich aus bautechnischen und wirtschaftlichen Erwägungen für dieses spezielle Verfahren entschieden.

Beim Einsatz von Compact Pipe wird ein c-förmig vorgeformtes HDPE-Rohr in eine gereinigte Hohlung eingezogen. Druck und Wärme sorgen dann beim weiteren Arbeitsablauf dafür, dass der Inliner sich durch den so genannten Memory-Effekt „close-fit“ an die Innenwandung des alten Rohres legt.

Zu den nennenswerten Vorteilen zählt neben der kurzen Einbauzeit der Umstand, dass im Gegensatz zum offenen Rohrleitungsbau Aufgrabungen in der Regel entfallen. Damit halten sich die Beeinträchtigungen für die Anwohner sowie den Fußgänger- und Straßenverkehr in akzeptablen Grenzen. Aber auch das Baumfeld wird bei dem grabenlosen Verfahren weitestgehend geschont. Eine wichtige Voraussetzung für die Tiefbaumaßnahme in Ebermannstadt. Denn die zu sanierenden Haltungen des maroden Abwasserkanals kreuzen auf ihrem Weg zur städtischen Kläranlage nicht nur die vielbefahrene Bundesstraße B 470, sondern auch die als Naturschutzgebiet ausgewiesene Flussaua der Wiesent.

Die Schäden an dem alten Abwasserkanal aus Betonrohren in der Nennweite DN 500 waren beträchtlich. Neben den der Nutzungsdauer entsprechenden typischen Schadensbildern – hierzu zählte in erster Linie eine starke Korrosion – trugen undichte Muffen und Schächte zu einem starken Wassereintritt bei. Die Verantwortlichen der Stadt und des an der Planung beteiligten Ingenieurbüros entschieden sich bei der Auswahl des geeigneten Sanierungsverfahrens für eine Aus-

kleidung der beschädigten Haltungen mit dem Compact Pipe-System. Damit trug der Auftraggeber den besonderen Rahmenbedingungen der Baumaßnahme Rechnung, zu denen neben speziellen technischen Anforderungen auch Aspekte des Naturschutzes zählten.

Aufwändige Wasserhaltung

Da es sich bei der Bundesstraße um eine Hauptverkehrsader in die fränkische Schweiz handelt, verliefen die Sanierungsarbeiten unter rollendem Verkehr. Dementsprechend konnte nur ein Fahrstreifen für die benötigte Baustellenreinrichtung gesperrt werden und die Startgrube für den Einzug des Compact Pipe-Systems befand sich unmittelbar im Böschungsbereich zwischen Straße und Flusslauf.

Auch die Wasserhaltung gestaltete sich äußerst aufwändig: Während der Auskleidung der beschädigten Kanalabschnitte wurde das Abwasser über ein doppelt gesichertes Rohrsystem abgepumpt, für das zur Querung der Wiesent eigens eine Behelfsbrücke mit einer Spannweite von rund 25 m errichtet werden musste. „Um Fluss und Uferbereiche vor Verunreinigungen zu schützen, wurden die Schläuche der Pumpen zusätzlich noch mit PVC-Rohren ummantelt“, erklärt Bauleiter Daniel Korczinski, Diringer&Scheidel Rohrsanierung GmbH&Co. KG, NL Nümburg.

Vor dem Einzug des neuen Rohres überprüften die Arbeiter das zu sanierende Rohr auf seinen Zustand und führten eine Reinigungs- und Desinfektions-

dem Präsidenten der DWA, Otto Schaaf und dem bayerischen Landesverbandsvorsitzenden, Prof. Dr. F. Wolfgang Günther. Zwei Rahmenvorträge sorgten

Wasserversorgungsgenossenschaft Erisried:

Kostbares Nass garantiert

Es sprudelt durch den Hahn ins Waschbecken, gurgelt auf Knopfdruck in die Toilette und rauscht durch die Duschbrause. Wer morgens im Badezimmer steht, für den ist es selbstverständlich, dass mit einer einfachen Handbewegung frisches Wasser aus den Leitungen strömt. Für die Versorgung mit dem kostbaren Nass ist in den meisten Kommunen die öffentliche Hand zuständig. In der Gemeinde Stetten im Allgäu hingegen hat die Wasserversorgungsgenossenschaft Erisried diese Aufgabe für den gleichnamigen Ortsteil übernommen.

Dort läuft die Wasserversorgung nach den Prinzipien Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung. Dieses Modell funktioniert: Die Genossenschaft, die Mitglied der Genossenschaftsverbände Bayern ist, liegt mit den Wasserpreisen sogar günstiger als der öffentliche Anbieter in Stetten. Mit 60 Cent pro Kubikmeter kostet das Wasser in Erisried 15 Cent weniger als bei der Gemeinde. Und der Preis soll noch günstiger werden: Die Genossenschaft musste anfangs die Kosten für die Übernahme des Wassernetzes abzahlen und bis vor Kurzem noch Beiträge für Instandhaltung erheben. Das fällt bald weg, weswegen das Wasser in Erisried demnächst günstiger werden, erklärt der Vorstandsvorsitzende Thomas Sturm.

Damit räumt die Versorgungsgenossenschaft anfänglich aufgekommene Zweifel an der genossenschaftlichen Lösung beiseite. Die für Wasserrecht zuständige Beamtin im Landratsamt hatte sich wenig begeistert gezeigt und sprach von einem „Rückschritt in die Steinzeit“, erzählt Sturm. Sie habe die Meinung vertreten, dass die Wasserversorgung in öffentlicher Hand sein müsse. Dennoch konnte die Genossenschaft die Verantwortlichen in der Behörde im weiteren Verlauf von dem Projekt überzeugen. Schließlich gründete sich 2007 die Kooperative. Warum die Wasserversorgung in genossenschaftlicher Hand überging, ist eine lange Geschichte. Bis 1972 waren Erisried und Stetten noch unabhängige Gemeinden mit eigenständigen Wasserversorgungsbetrieben. Daher lief die Bezahlung auch unterschiedlich ab: Stetten berechnete die abgegebene Wassermenge, Erisried erhob Beiträge. Mit der Gebietsreform verschmolzen die beiden Ortschaften zur Gemeinde Stetten.

Die Posten für den Wasserhaushalt blieben aber für beide Teile selbstständig, die Netze liefen nach wie vor separat. Doch im Laufe der Jahre wuchs die Gemeinde Stetten. Die Hochbehälter für die Löschwasserversorgung

Zugkopf an den PE-Rohrstrang geschweißte und das Compact Pipe in den vorhandenen Einstiegschacht eingeführt. Wenn beide Rohrenden druckfest verschlossen sind, wird die Hohlung dann mit heißem Dampf beschickt.

Am Compact Pipe angebrachte Fühler messen während der Einbauphase permanent Innen- und Außentemperatur. „Die Erwärmung löst den so genannten Memory-Effekt aus, der dafür sorgt, dass sich das eingezogene Rohr eng an die Innenwand des Altrohres anlegt“, so Korczinski.

Compact Pipe wird auf einer Rolle zur Einbaustelle geliefert. „Es handelt sich um ein Produkt, dessen Qualität bereits beim Herstellungs- und Einbauprozess weitestgehend durch Eigen- und Fremdüberwachung sichergestellt wird“, erklärt Bauleiter Korczinski. „Darum weist das fertige Rohr in den gewünschten

anschließend für einen detaillierten Blick über den Tellerrand.

Reinhaltung des Bodensees

Zunächst gab Dr. Heinz Gerd Schröder vom Institut für Seenforschung der Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg einen Rück- bzw. Ausblick über die

vielfältigen Aktivitäten rund um den Gewässerschutz für den Bodensee. Durch die besondere Lage des Bodensees entschloss man sich vor 50 Jahren zur Gründung der Internationalen Gewässerschutzkommission für den Bodensee (IGKB) mit dem Ziel, gemeinsame Anstrengungen für die Reinhaltung des Bodensees zu initiieren und koordinieren.

Michael Becker vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit gab seinerseits einen Ausblick auf den Wirtschaftsplan und Maßnahmenprogramm zur Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie in Bayern. Sie bilden künftig eine zentrale Grundlinie für alle Maßnahmen und Eingriffe in den Wasserhaushalt und sind Leitlinie für die Unterhaltung, die Entwicklung und den Ausbau der Oberflächengewässer. Unabhängig von den sich ergebenden Anforderungen wird es Becker zufolge die Hauptaufgabe der weiteren Umsetzung sein, bei allen Beteiligten das gegenseitige Verständnis zu fördern und zum konstruktiven Miteinander beizutragen.

Kernforderung

Nach einem politischen Festvortrag der bayerischen Umweltschauspielerin Melanie Huml befasste sich der Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt, Prof. Dr. Albert Göttele, mit den Herausforderungen, die der Klimawandel für die Wasserwirtschaft und ihre Infrastruktur darstellt. Seine Kernforderung zielte auf die langfristige Sicherung eines stabilen Wasserhaushalts: Vorausschauender Hochwasserschutz und die Einrichtung von natürlichen Überflut-

ungsflächen und Flutpoldern werden laut Göttele auf die ländliche Entwicklung zukommen. Ebenso werde ein zukunftsweisendes Niedrigwassermanagement besondere Aufmerksamkeit erfordern.

Besonderes Gewicht legt der LfU-Präsident darauf, die Stabilität und Funktion der Ökosysteme langfristig zu erhalten. Dabei hat er zum einen den Lebensraum der Gewässer im Blick, die in einen guten Zustand gemäß Wasserrahmenrichtlinie gebracht werden müssen. Ebenso dringlich müssten jedoch die wertvollen Biotopflächen weiter vernetzt werden.

Rechtzeitig handeln

Für Göttele ist das rechtzeitige und überlegte Handeln sowie die gemeinsame Erarbeitung erweiterungsfähiger Konzepte das Gebot der Stunde. Dafür sei die dauerhafte Auseinandersetzung der Wasserwirtschaftsverwaltung mit der Thematik Klimawandel eine unabdingbare Voraussetzung.

Bei einer Live-Vorführung einer Kanalinspektion mittels Kamerabefahrung ließ sich Staatssekretärin Huml sowohl die Vorarbeiten als auch die Durchführung zeigen und inspizierte zudem selbst einen Teilbereich. Darüber hinaus wurde ein Workshop zum neuen Internetportal „Kleinkläranlagen in Bayern“ angeboten. Abgerundet wurde die Tagung mit zwei interessanten Fachexkursionen, die die Teilnehmer entweder zur Kläranlage Augsburg oder zum Gewässerprojekt „Wertach vital“ führten. Hier begann nach viel Theorie der fachliche Austausch in der Praxis. **DK**



Schwappende Pipeline (unten) und Montagehilfe (Stahlträger oben).

Riesenkran versenkt „Speedy“ in der Isar

Deutsche Telekom erneuert Münchner Telekommunikations-Lebensader

Ein Riesenkran hat eine Glasfaser-Pipeline der Deutschen Telekom AG in der Isar versenkt. Selbst für den 700 Tonnen schweren Kran, der eigens aus Österreich herbeitransportiert wurde, war das ein hartes Stück Arbeit. Denn das Rohr, das er zwischen der Wittelsbacherbrücke und der Braunauer Eisenbahnbrücke im Flussbett der Isar platzierte, ist an die 100 Meter lang und wiegt rund 100 Tonnen.

Um die schwere Last zu manövrieren, wurde sie mit 96 Seilen an einer Transporthilfe befestigt. Nachdem das Rohr in der Isar versenkt war, lösten Taucher im eiskalten Wasser die Montagehilfe, die der Kran anschließend wieder an Land schwenkte. Die neue Glasfaser-Pipeline wurde auf den Namen „Speedy“ getauft - „in Anspielung auf die Daten, die bald durch die Pipeline rasen“, erklärte Cordelia Hiller, Pressesprecherin der Deutschen Telekom.

Das alte Rohr hatte seit 1965 seine Dienste getan, musste aber jetzt ersetzt werden. Der Grund: Im Rahmen der Renaturierung der Isar in München wurde das Hochwasserbett bei der Wittelsbacherbrücke um rund vier Meter abgesenkt. Damit gab der Fluss sein Geheimnis preis und das Rohr, das in der Fachsprache „Düker“ heißt, lag teilweise frei. Da die Telefonkabel in München im Wesentli-

chen an drei Stellen die Isar queren, stellt der Düker eine wichtige Lebensader für die Telekommunikationsversorgung in München dar.

Die bald wieder in der Pipeline verlaufenden Telefonkabel verbinden Sendling mit Giesing und versorgen die Münchner Bürger im Süden der Stadt mit VDSL, dem Hochgeschwindigkeitsnetz der Deutschen Telekom. Darüber hinaus sichern die Leitungen den überregionalen Datenverkehr. Das Bauprojekt stellt somit eine wichtige Investition in die Münchner Infrastruktur dar: Durch die Erneuerung des Dükers wird nicht nur die Isar-Renaturierung unterstützt, sondern auch eine der örtlichen Telekom-Lebensadern neu belebt. Die Kosten der Maßnahme bewegen sich im hohen sechsstelligen Bereich und werden vollständig von der Deutschen Telekom getragen. **□**



Leistungsschau bei der Henne-Unimog GmbH in Heimstetten:

Alles aus einer Hand!

Zahlreiche Kommunalfahrzeuge und -geräte im Vergleich
Der Mercedes-Benz Unimog: Durch nichts zu beeindrucken

„Alles aus einer Hand“ heißt das Stichwort bei der Henne-Unimog GmbH in Heimstetten. Dass Geschäftsführer Kai Bogedale und Verkaufsleiter Rainer Partelly in der Lage sind, diesem hohen Anspruch gerade auch im schwierigen Segment Nutzfahrzeuge zu genügen, bewiesen sie mit einer Leistungsschau der Superlative in Heimstetten bei München.

Über 600 Kunden folgten der Einladung: Kommen, Sehen, Staunen. Vom 30. September bis 2. Oktober 2009 war Vielseitigkeit garantiert. Präsentiert wurden insgesamt über 30 Fahrzeuge der Unimog-Baureihen mit wechselbaren An- und Aufbaugeräten sowie Mitsubishi Canter, Lindner-Unitrac und Hansa Schmalspur-Geräteträger. Die Kunden kamen aus Städten und Gemeinden, Landkreisen, Wasserwirtschaftsämtern, Gewerbe und Industrie.

Konzepterarbeitung für den Kunden

Konzepterarbeitung für den Kunden – nicht nur Verkauf – steht im Vordergrund. Nur durch eine Rundum-Betreuung des Kunden könne man die hohen Qualitätsanforderungen sicherstellen, die letztlich zur Zufriedenheit der Geschäftspartner beitragen und damit langfristige Beziehungen sicherstellen, so Herr Partelly. „Unsere Außendienstmitarbeiter müssen vor Ort die Entscheidungsfindung der Kunden durch eine qualifizierte Beurteilung der vorgegebenen Rahmenbedingungen unterstützen und die Kunden mit allen benötigten Informationen versorgen“, so sein Anspruch.

Erstklassiger Service

Dienstleistung werde extrem hoch gewichtet. Es gelte das

Prinzip, dass Service und Kundendienst nach dem Verkauf so gut sein müssen, dass das nächste Gerät erneut bei Henne geordert wird. Dazu habe man die Werkstätten erstklassig ausgestattet. Denn gerade im Winterdienst-einsatz in Bayern müssten die Mitarbeiter häufig sehr schnell agieren und reagieren. Rainer Partelly achtet besonders darauf, dass Motivation und Zusammenarbeit im Team „passen“. Jeder einzelne Mitarbeiter trage mit seiner Motivation entscheidend zum Unternehmenserfolg bei. Nur gemeinsam lasse sich langfristig erfolgreich arbeiten.

Insgesamt beschäftigt die Henne-Unimog GmbH 140 Mitarbeiter an fünf Standorten. Im Großraum München sind es 58.

Ein besonderes Augenmerk galt bei der Leistungsschau dem neuen Unimog U 20, der seit Ende 2008 ausgeliefert wird. Durch Orientierung am Markt habe man herausgefunden, dass im Portfolio ein kleiner, wendiger Unimog fehle, so Partelly. Wo selbst Allrad-Lkw an ihre Grenzen stoßen, ist ein ganz neuer Typ von Arbeits- und Zugmaschine gefragt. Der Unimog definiert Einsatzfähigkeit auf vier Rädern ganz neu. Er ist durch nichts aufzuhalten – nicht einmal durch die Geschichte. Seit über 60 Jahren bahnt sich der Mercedes-Benz Unimog schier unaufhaltsam seinen Weg. Bis heute meistert der Unimog tagtäglich Herausforderungen, an denen an-

dere Fahrzeuge scheitern. Nur er vereint alle Leistungen in einer eigenen Fahrzeuggattung – und bietet Möglichkeiten, die weltweit unerreichbar sind. Mit Geräteanbauflächen vorn, in der Mitte und hinten – für mehr Flexibilität im Einsatz als bei jedem anderen Fahrzeug. Mit höchster Geländegängigkeit. Und mit Schnelleigenschaften für hohes Transporttempo auf der Straße. Das macht den Unimog zum kompromisslosen Profi. In jeder Einsatzsituation und auf jedem Terrain. Und so bleibt der Unimog, was er schon immer war: Durch nichts zu beeindrucken.

Der Unimog U 20

„Man muss nicht groß sein, um Großes zu leisten.“ Mit nur 2,70 m Radstand und 12,60 m Wendekreis ist der Unimog U 20 wie geschaffen, um im kommunalen Einsatz Großes zu bewegen. Ladekran und Kippribsche machen ihn zur eigenständigen Transportlösung. Selbst mit 18t-Anhänger kommt man mit bis zu 90 km/h zum Einsatzort. Dank schnell wechselbaren Anbaugeräten ist der U 20 ganzjährig ausgelastet und somit hoch wirtschaftlich. Eine Räumbreite von 2,50 m und Feuchtsalztechnik mit 1,4 m³ Streuvolumen ermöglichen große Räumschleifen.

Vorteile in Umwelt und Wirtschaftlichkeit

Ökologie und Ökonomie zahlen sich beim Unimog gemeinsam aus. Nicht allein der Anschaffungspreis des Trägerfahrzeugs ist entscheidend. Was zählt, sind die Systemkosten, die

bis zu 80 % der Gesamtstickoxide in die unschädlichen Bestandteile Stickstoff und Wasser umgewandelt.

- Die BlueTec®-Dieseltechnologie ist wartungsarm und nahezu verschleißfrei.
- Der Unimog kann in alle innerstädtischen Umweltzonen einfahren.
- Günstigere Mautgebühren in Deutschland (bei Euro 5 gegenüber Euro 4 ca. 3 Cent/km weniger).
- Steuervorteile, Transiterleichterungen und Förderprogramme für europäische Märkte (z.B. Zuschussprogramme für Finanzierung von emissionsarmen Nutzfahrzeugen für die KfW, Konjunkturpaket II).

Neueit: Assaloni Arbeitsbühne

Ein Highlight unter den vielen Anbaugeräten war die Aufbau-Teleskop-Arbeitsbühne von Assaloni. Als einzigartig gilt, dass die Abstützung der Arbeitsbühne fahrzeugseitig übernommen wird. Somit kann der Unimog mit ausgefahrener Arbeitsbühne bewegt werden. Außerdem entfallen platzraubende und zeitaufwendige Abstützungen am Fahrzeug. Dank vier Abstellfüßen ist das Gerät leicht und ohne Spezialwerkzeug abnehmbar. Damit steht der Unimog innerhalb von zehn Minuten für den nächsten Einsatz bereit. Die Arbeitsbühne wird von der Fahrzeug-

hydraulik gespeist, verfügt über einen eigenen elektrohydraulischen Verteiler, mit welchem die erforderlichen Bewegungen, wie Anheben, Teleskopieren und das Nivellieren des Arbeitskorbes möglich gemacht werden. □



Unimog U20 mit Aufbau-Teleskop-Arbeitsbühne PAS10 von Assaloni. □

beim Unimog deutlich niedriger sind als z.B. bei einem Ackerschlepper. Vergleichen lohnt sich. Der Unimog macht sich als professioneller Geräteträger und Zugmaschine schon an der Zapfsäule bezahlt: Mit bis zu 40 % weniger Kraftstoffverbrauch und bis zu 40 % weniger Emissionen als ein Ackerschlepper. Das belegt die eindrucksvolle DLG-Vergleichsstudie. Mit Euro 5 wurde zum 1. Oktober 2009 in Europa der gesetzliche Grenzwert zur Abgasemission bei Nutzfahrzeugen verschärft. Der Unimog erfüllt bei weitem diese strengen Emissionsrichtlinien. Der Weg, der mit Euro 4 eingeleitet wurde, wird mit Euro 5 konsequent fortgesetzt – mit vielen Vorteilen:

- Im SCR-Katalysator werden

Über Treppenstufen und enge Gassen zum Brandherd:

Der Unimog U 20 als Feuerwehrfahrzeug

Feuerwehrpremiere für den Unimog U 20: Der erste Unimog der kompakten Baureihe wurde jetzt als TLF 10/25 an die Stadt Sibenik in Kroatien ausgeliefert. Die besondere Eignung des U 20 liegt in seiner enormen Wendigkeit (Radstand 2,7 m, Fahrzeughöhe 2,70 m, -breite 2,15 m, Wendekreis 12,6 m) und seinen Fahreigenschaften auf schwierigem Terrain. Die sind vor allem dann gefordert, wenn das Tanklöschfahrzeug in der historischen Altstadt über Treppenstufen fahren muss, um jede der engen Gassen zu erreichen. Das erlauben die großen Böschungswinkel von 30 Grad hinten und 27 Grad vorn sowie die Portalachsen, ein typisches Merkmal sämtlicher Unimog-Baureihen. Der neue Feuerwehr-Unimog verfügt über Differenzialsperrern vorn und hinten sowie permanenten Allradantrieb.

Der Aufbau stammt von der Albert Ziegler GmbH. Unmittelbar hinter dem serienmäßigen Fahrerhaus ist der 2500 Liter fassende Wassertank, dahinter der Gerätehalter mit der feuerwehrtechnischen Beladung platziert. Die vom Fahrzeugmotor angetriebene Feuerlöschkreiselpumpe (Nennleistung 1000 l/min bei 10 bar, maximal 1800 l/min bei 8 bar), Schnellangriffseinrichtung sowie die wesentlichen Elemente der Löscheinrichtung des Premierenfahrzeuges. Der kurze Radstand von 2,7 m ist die Basis für überragende Handlichkeit. Der Wendekreis (12,6 m) liegt auf dem Niveau kompakter Transporter und mittlerer Pkw und ist kleiner als bei jedem Allrad-Lkw. Mit einer Motorleistung von 110 kW (150 PS) aus dem Vierzylinder-Turbodiesel OM 904 LA mit 4,25 l Hubraum bietet der Unimog U 20 ansehnliche Kraftreserven. Insgesamt werden drei Unimog-Baureihen angeboten – alle auch mit Aufbauten für die Feuerwehr. Neben dem U 20 – 7,5 t bis 9,3 t zGG – sind dies die Baurei-

hen U 300 – U 500 sowie der hochgeländegängige U 4000/U 5000. Die Fahrzeuge der Baureihe U 300 bis U 500 – 110 kW (150 PS) bis 210 kW (286 PS), 7,5 t bis 16 t zGG – sind als geländegängige Geräteträger hauptsächlich im Arbeitseinsatz bei Einrichtungen des Öffentlichen Dienstes, bei kommunalen Lohnunternehmen, in der Bau- und Energiewirtschaft sowie im innerbetrieblichen Transport und im 2-Wege-Einsatz (Straße/ Schiene) anzutreffen.

Schwierige Einsätze

Die ebenfalls in Wörth am Rhein produzierte hochgeländegängige Unimog-Baureihe U 4000/U 5000 – 110 kW (150 PS) bis 210 kW (286 PS), 7,5 t bis 16 t zGG – ist für schwierige Einsätze im Gelände abseits aller Straßen und Wege prädestiniert. Ihre Haupt-Einsatzgebiete finden sich bei der Feuerwehr, besonders bei der Waldbrand-Bekämpfung und im Katastrophenschutz. □

Eine Marke der Daimler AG



Der Unimog. Einer für alles.

Mehr Wirtschaftlichkeit im Ganzjahreseinsatz.

Ob mähen, räumen, streuen, fräsen, reinigen oder transportieren, ob im Sommer oder im Winter: Der Mercedes-Benz Unimog ist 365 Tage im Jahr flexibel einsetzbar. Mit bis zu vier An- und Aufbauflächen und Schnellwechselsystem sind Anbaugeräte schnell und einfach ausgetauscht. Dabei ist der Unimog äußerst verbrauchsgünstig unterwegs. Informieren Sie sich jetzt bei Ihrem Unimog Partner oder unter: www.mercedes-benz.de/unimog

Mercedes-Benz

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt
Tel.: 09453 99 11-10, Fax: 09453 99 11-06
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.bassewitz.de

Henne-Unimog GmbH
Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten
Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127
E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com
Internet: www.henne-unimog.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm
Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410
E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com
Internet: www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Baumaschinen und Nutzfahrzeuge GmbH & Co. KG
Albert-Ruckdeschel-Str. 19, 95326 Kulmbach
Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81
E-Mail: verkauf.unimog@bassewitz.de
Internet: www.beuthauser.de

Neuer Hybridbus von Mercedes-Benz im Praxistest

20 % bis 30 % weniger Dieselverbrauch und CO₂-Emission

Er kommt fast geräuschlos an die Haltestelle und ohne das erwartete Motorbrummen fährt er nach dem Stop auf der Linie über mehrere Haltestellen genauso weiter. Wenn Fahrgäste demnächst über dieses Erlebnis berichten, dann dürften sie mit dem Mercedes-Benz Citaro G BlueTec Hybrid unterwegs gewesen sein.

Dabei handelt es sich um den bislang einzigen Hybridbus, der Streckenanteile rein elektrisch ohne Dieselmotor fahren kann. Den neuen Mercedes-Benz BlueTec Hybrid treiben elektrische Radnabenmotoren an, die ihren Strom aus einer der weltweit größten Lithium-Ionen-Batterien im mobilen Einsatz beziehen. Dieser Strom wird über Bremsvorgänge wie beispielsweise bei Gefällefahrten gewonnen und kann bei Bedarf auch über einen Generator erzeugt werden, der durch einen für diese Fahrzeugklasse vergleichsweise kleinen Dieselmotor angetrieben wird. Experten sprechen bei diesem Konzept von einem seriellen Hybridantrieb.

HighTec in bewährtem Fahrzeugkonzept

Dieses technologisch anspruchsvolle dieselektrische Hybrid-Konzept ist im bewährten Ge-

für rund 160 Personen, davon 50 Sitzplätze in bekannter Ausführung der Verkehrsbetriebe. Der Unterschied kommt beim Fahren. Fast lautlos und ruckfrei, aber sehr zügig beschleunigen die vier Elektromotoren den 18 Meter langen Omnibus. Sie sind direkt in den Radnaben der mittleren und der hinteren Achse eingebaut und bringen zusammen 320 kW Antriebsleistung. Diese Elektromotoren werden aber auch zum Bremsen verwendet. Sie wirken dann wie Generatoren oder der vom Fahrrad her bekannte Dynamo und wandeln die Bremsenergie in elektrischen Strom für die Batterie um. Wenn die Batterie zusätzlichen Bedarf meldet, springt automatisch auch der Dieselmotor an, um zusätzlich Strom zu erzeugen. Im Vergleich zu einem reinen Dieselmotor ist der Verbrennungsmotor insgesamt nur halb so groß, mit nur 450 kg statt 1000 kg und nur 4,8 Liter statt zwölf Liter Hubraum.

max. 240 kW und ist mit einem Gewicht von weniger als 350 kg vergleichsweise leicht. Wesentliche Vorteile gegenüber herkömmlichen Batteriesystemen sind die höhere Energiedichte, verbunden mit hoher Speicherkapazität und geringem Eigengewicht.

Moderne Batterietechnologie

Zum Vergleich: Vor drei Jahrzehnten hatten Erprobungsbusse mit Hybrid-Antrieb in Stuttgart noch 3000 kg Blei-Akkus an Bord. Lithium-Ionen-Batterien kamen erstmals 1991 kommerziell auf den Markt. Heute nutzt sie fast jeder überall dort, wo es auf hohen Energiebedarf und geringes Gewicht ankommt: Mobiltelefone, Digitalkameras, Camcorder, Notebooks etc. In Großfahrzeugen wie Personenvagen, Lkw und Omnibussen sind sie noch relativ neu. Daimler hat mit Lithium-Ionen-Batterien in Omnibussen schon Erfahrung. Mehr als 500 der insgesamt 2500 Hybrid Busse von Orion, eine Marke der Daimler AG in USA und Weltmarktführer bei Hybrid-Bussen, fahren mit Lithium-Ionen-Batterien des selben Herstellers, der auch das Batteriesystem für den neuen Mercedes-Benz Citaro G BlueTec Hybrid liefert. Dieses bringt eine Leistung die etwa der Batterieleistung von etwa 9.000 großen Laptop-Akkus entspricht.

Konzept auf dem Weg zur Serie

Die Entwicklung des Mercedes-Benz Citaro G BlueTec begann 2006 im Projekt „Hybob“, in welchem die EvoBus GmbH, das Ika (Institut für Kraftfahrzeuge RWTH AachenUniversity) und die SSB (Stuttgarter Straßenbahnen AG) Projektpartner sind. Gefördert wird das Projekt vom BMWI (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie). Das Ergebnis ist jetzt ein zukunftssicheres Konzept für Elektromobilität im öffentlichen Personennahverkehr, das im Gegensatz zu den vereinzelt anzutreffenden Individuallösungen das Potenzial für ein zukünftiges Serienfahrzeug zeigt. Mit seinem innovativen Antriebs-



Weltweit eine der größten Lithium-Ionen-Batterien im Fahrzeug-Einsatz: Der Mercedes-Benz Citaro G BlueTec Hybrid. □

lenkzug der weltweit erfolgreichsten Stadtbushfamilie Mercedes-Benz Citaro realisiert. Äußerlich ist kein Unterschied zum herkömmlichen Dieselmotor zu sehen, sieht man vom höheren Dachaufbau für die Batterie ab. Im Fahrzeuginnern trifft man als Fahrgast ebenfalls nur auf Bekanntes. Platz

Seine Leistung liegt mit 160 kW um circa ein Drittel niedriger. Als Energiespeicher wird im neuen Mercedes-Benz Citaro G BlueTec Hybrid eine Lithium-Ionen-Batterie in einer Leistungskabine für die Batterie ab. Im Fahrzeuginnern trifft man als Fahrgast ebenfalls nur auf Bekanntes. Platz

KfZ-Rundumschutz für Kommunen

Versicherungskammer Bayern bietet kommunale Kraftfahrtversicherung

Täglich sind sie auf Bayerns Landstraßen im Einsatz: Traktoren, Müllfahrzeuge, Straßenreinigungsmaschinen und in der kalten Jahreszeit die Räum- und Streufahrzeuge. Wegen ihrer geringen Geschwindigkeiten werden sie häufig als ungefährlich eingestuft und die Ausmaße der Fahrzeuge werden oftmals unterschätzt. Vor allem Winterdienstfahrzeuge sind in der Regel langsam unterwegs, meist unter schwierigen Wetterverhältnissen auf glatter Fahrbahn. Bei allen Verkehrsteilnehmern ist deshalb besondere Umsicht geboten.

Vor diesem Hintergrund sollte jede Kommune sorgfältig überprüfen, ob der Versicherungsschutz für ihre kommunalen Fahrzeuge optimal ist. Die Leistungen der Versicherungskammer Bayern in der kommunalen Kraftfahrtversicherung sind auf die speziellen Bedürfnisse der Kommunen ausgerichtet und schützen vor den finanziellen Folgen nach einem Schadensfall.

Leistungsstarker Tarif

Der Kommunaltarif bietet zahlreiche Erweiterungen des marktüblichen Versicherungsschutzes - und das ohne höhere Prämien. Bei günstigem Beitragsniveau und klarer Tarifstruktur verzichtet die Versicherungskammer Bayern auf aufwändige Merkmale wie Regionalklassen oder Zuschläge für hohe Fahrleistung. In der Kraftfahrthaftpflichtver-

sicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden bietet die Versicherungskammer Bayern als einziger Versicherer in Bayern die uneingeschränkte Versicherungssumme (echte unbegrenzte Deckungssumme). Bis auf wenige Ausnahmen ist der Einwand der groben Fahrlässigkeit in der Kaskoversicherung ausgeschlossen - nicht nur gegenüber dem Versicherungsnehmer, sondern auch gegenüber dem Fahrer. Mit Ausnahme exponierter elektronischer Sonderausstattung besteht bei Feuerwehrrfahrzeugen Versicherungsschutz für sämtliche feuerwehrspezifischen Sonderausstattungen, wie Drehleitern oder Teleskopgelenkmasten. Der kommunale Kraftfahrthafttarif bewertet darüber hinaus die Dauer und den Umfang der Gesamtkundenbeziehung und verzichtet auf pauschale Prämienhöhung.

Hochwertige und schwere Risiken, typisch für Feuerwehr- oder Müllfahrzeuge, werden ohne weitere Prüfung versichert.

Dienstfahrt-Fahrzeug- und Rabattverlustversicherung

Neben der klassischen Kraftfahrtversicherung bietet die Versicherungskammer Bayern, angepasst an das besondere Interesse der Kommunen, die Sondersparten Dienstfahrt-Fahrzeug- und Rabattverlustversicherung. Die Dienstfahrt-Fahrzeugversicherung bietet Schutz im Rahmen einer Vollkaskoversicherung für Schäden, die sich auf Dienstfahrten mit dem privaten Pkw ereignen. Entsteht während einer Dienstfahrt ein Kfz-Haftpflichtschaden, erfolgt im privaten Kraftfahrthaftpflichtvertrag eine Rückstufung der Schadenfreiheitsklasse. Die Rabattverlustversicherung ersetzt die dadurch entstehende Beitragsmehrbelastung.

Fragen zum Thema kommunale Kraftfahrtversicherung beantworten die Direktionsbevollmächtigten für Kommunen unter der Telefonnummer 089/2160-3467. □

konzept ist er in der Lage mehrere Kilometer am Stück rein elektrisch zu fahren. Daimler und an der Erprobung beteiligte Verkehrsbetriebe erhalten deshalb vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) eine Förderung für die Entwicklung, Erprobung und den Testeinsatz einer ersten Kleinflotte von Dieselmotor-Stadtbussen mit Elektro-Fahrfähigkeit.

Modellregionen

Im kommenden Jahr wird Daimler rund 30 Citaro G BlueTec-Hybridbusse in ausgewählten Städten, den sogenannten Modellregionen testen. Anhand unterschiedlicher Topografien und Geschwindigkeitsprofilen sollen die Hybridbusse ihre Praxistauglichkeit unter Beweis stellen. Bereits im März dieses Jahres haben 250 Experten aus europäischen Verkehrsbetrieben erstmals den Mercedes-Benz Gelenkbus Citaro G BlueTec Hybrid im Fahrbetrieb live erlebt. Der neue Omnibus wurde umfangreich im internen Versuchsbetrieb getestet. Dabei hat das Fahrzeug auch eine mehrwöchige Wintererprobung am Polarkreis unter härtesten Einsatzbedingungen erfolgreich absolviert. Das erste Fahrzeug geht im Dezember 2009 zur Erprobung in den Linienverkehr der Stuttgarter Straßenbahnen AG (SSB), weitere Fahrzeuge werden Ende 2009 nach Rotterdam geliefert. □

Der Unimog auf der „Agritechnica“:

Hohe Resonanz im Transportsektor

Eine hohe Resonanz erfuhr der Mercedes-Benz Unimog auf der diesjährigen „Agritechnica“ in Hannover in seiner Bedeutung für die Transportlogistik. Ob es sich nun um Rüben handelt, die zur Zuckerrüben transportiert werden müssen oder um Biomasse auf dem Weg zur Biogasanlage – der Unimog zeichnet sich durch hohe Transportgeschwindigkeiten und niederen Kraftstoffverbrauch aus und ist somit erste Wahl.

Eine Kennzahl allein verdeutlicht die Bedeutung des Transports für die Landwirtschaft: 500 Millionen Tonnen Güter jährlich transportieren Agrarbetriebe in Deutschland bei ständig wachsenden Entfernungen. Das findet meist unter hohem Zeitdruck statt, denn in keiner Branche hat der Begriff der Saisonarbeit einen so hohen Stellenwert wie gerade hier. Getreide, Rüben, Mais, Kartoffeln oder Sonderkulturen wie z.B. Erdbeeren werden in einem sehr engen Zeitfenster vom Feld zur Vermarktung oder Weiterverarbeitung gebracht. Hier hat sich eine spezielle Agrologistik entwickelt. So ist mit Zuckerrüben als Ladung eine durchschnittliche Entfernung von 90 Kilometern zurückzulegen, mit Körnermais, Getreide und Kartoffeln 20 bis 30 Kilometer. Eine immer größere Bedeutung erlangt der Transport von Biomasse aus Mais und Gras in zentral gelege-

nen Siloanlagen, wo die Grundstoffe vergären und zur Silage umgewandelt werden. Nach der Verwertung der Silage in Biogasanlagen muss das Gärsubstrat weiter vorbereitet werden. Es kann z.B. als Düngemittel auf dem Feld verwendet werden. Solche Transporte führen häufig spezialisierte Lohnunternehmen durch, da sie im Gegensatz zum landwirtschaftlichen Betrieb über eine entsprechende Logistik verfügen.

Bodenschonung

Auch in der Bodenbearbeitung und beim Pflanzenschutz werden die Unimog U 300, U 400 und U 500 eingesetzt. Der auf Wunsch lieferbare hydrostatische Fahrantrieb ermöglicht die stufenlose Anpassung der Fahrgeschwindigkeit bei Feldarbeiten wie Mähen, Wenden und Schwaden oder der Saatbettbereitung. Unimog können mit einer Reifendruckregelanlage ausgerüstet werden. Sie hilft den Boden zu schonen und sorgt außerdem auf losem Grund für Kraftstoffersparnis. Der Reifendruck lässt sich pro Achse oder an allen vier Rädern während der Fahrt regulieren.

Gute Verbrauchswerte

Ein unabhängiger Test der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) ergab sehr gute Verbrauchswerte für den Unimog. Die DLG ermittelte für einen Unimog U 400 als Zugmaschine vor einem 21 Tonnen schweren Tandemanhänger den Spitzenwert von knapp 19 Litern pro Betriebsstunde. Das relativ geringe Eigengewicht der Unimog U 300, U 400 und U 500 ermöglicht hohe Nutzlasten bei einem zulässigen Gesamtgewicht von bis zu 15 Tonnen. Auch mit zwei zweiseitigen Anhängern wird die gesetzlich zugelassene Transportlänge eingehalten. Bei einem Gesamtgewicht von 40 Tonnen kann so eine Nutzlast von über 25 Tonnen erreicht werden. Front- oder heckseitig angebaute Geräte sind zudem besonders schnell an- oder wieder abgebaut. So steht der Unimog neben dem Transport auch für viele andere Aufgaben bis hin zur Schneeräumung zur Verfügung.

Die Messe Agritechnica steht weltweit an der Spitze ihrer Branche und wurde in diesem November zum 13. Mal durchgeführt. Vor zwei Jahren waren 340 756 Besucher zur Agritechnica gekommen, und auch für 2009 rechnet die veranstaltende Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG) wiederum mit einem derartigen Zuspruch. Auf mehr als 300 000 m² Fläche stellten 2151 Anbieter bis zum Samstag, 14. November, ihre Produkte aus – eine rundum ideale Plattform zu einer für die Landwirte günstigen Jahreszeit. So ist die Agritechnica der Treffpunkt aller mit der Landwirtschaft verbundenen Berufsgruppen. Dies sind schon länger nicht mehr allein die Landwirte selbst, sondern auch Verantwortliche und Mitarbeiter der Maschinenringe und von Dienstleistern und Lohnunternehmen in der Landwirtschaft und der Landschaftspflege. Außerdem ist die Agritechnica zu einer Messe für Kommunaltechnik geworden. Der Grund: Viele Dienstleister und Landwirte lasten ihre Betriebe in der Winterzeit mit kommunalen Aufträgen im Winterdienst und bei Landschaftspflegearbeiten aus. □



Mit knapp 19 Litern in der Stunde ist der Unimog mit Anhänger sparsam im Dieselverbrauch. □

Winterdienst mit Kompakttraktoren:

Neue Räumschilde

Kombinierte Umklapp- und Federschilde sind nun erstmals auch für Kompakttraktoren erhältlich: Der weltweit einzige Hersteller Wiedenmann begann mit der Auslieferung der ersten Snowmaster-Räumschilde.

Die mit Gold ausgezeichnete Demopark-Neuheit verspricht höchste Produktivität: Eine Räumgeschwindigkeit bis 25 km/h mit exzellentem Arbeitsergebnis auf unebenem Untergrund sei möglich, teilte der Hersteller mit.

Zweiteilung

Erste Anwender bestätigten die Angaben. Anders als marktübliche Schilde sind die Snowmaster zweigeteilt: Die untere Hälfte nimmt den Schnee auf und passt sich per Federlager den Bodenunebenheiten an, womit ein stets sauberes Räumergebnis erzielt wird. Die obere feststehende Hälfte nimmt die Druckkräfte auf und leitet den Schnee zur Seite

ab. Die außerordentliche Laufruhe entsteht durch die geringe Massenbewegung der gesamten Konstruktion.

Hohe Geschwindigkeiten

Hohe Räumgeschwindigkeiten sind wichtig, weil Kompakttraktoren oft dort eingesetzt werden, wo es besonders schnell gehen muss, beispielsweise auf Gehwegen und Parkplätzen. Zwar könnte man auch mit starren Schilden schnell fahren, doch die Vibrationen und Stöße beim Auffahren auf Bodenunebenheiten sowie der Verschleiß an Schild und Trägerfahrzeug verbieten dies.

Weitere Informationen unter: www.wiedenmann.de □



Dynamisches Räumerschilde für Kompakttraktoren. □

Kabinettsbeschluss:

Kraftvolles Maßnahmenpaket für Nürnberg-Fürth

Seehofer und Zeil: „105 Millionen Euro starkes Strukturprogramm für Erhalt und Schaffung neuer Arbeitsplätze“

Der Ministerrat hat ein kraftvolles Modernisierungs- und Strukturprogramm in einem Volumen von weit über 100 Millionen Euro für die Region Nürnberg-Fürth beschlossen. Ministerpräsident Horst Seehofer und Wirtschaftsminister Martin Zeil: „Die Insolvenz von Quelle stellt in der vom Strukturwandel in den letzten Jahren ohnehin stark betroffenen Region für die Arbeitnehmer und ihre Familien sowie für die Wirtschaftskraft und die Arbeitsmarktsituation der Städte Nürnberg und Fürth einen zusätzlichen schweren Schlag dar. Mit dem beschlossenen Maßnahmenpaket treffen wir eine zentrale politische Leitentscheidung für den städtischen Ballungsraum Nürnberg und Fürth. Wir stellen damit eindrucksvoll unter Beweis, dass wir die Region nicht im Stich lassen und mit aller Kraft einen Trendwechsel bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit einleiten und unterstützen wollen und werden.“

Konkret steht das Maßnahmenpaket auf folgenden vier Säulen:

1. Strukturprogramme Nürnberg-Fürth im Volumen von 105 Millionen Euro

Seehofer und Zeil: „Zentrales Ziel des Strukturprogramms ist der Erhalt und die dauerhafte Schaffung von neuen Arbeitsplätzen in der Region. Dabei geht es nicht um kurzfristige Rettungsmaßnahmen, sondern um nachhaltige Unterstützung für den Modernisierungsprozess in den Städten Nürnberg und Fürth. Damit leisten wir einen entscheidenden Beitrag für zukunftsfähige Arbeitsplätze und senken langfristig das strukturelle Beschäftigungsrisiko in diesen Städten.“ Dazu wurden folgende Projekte beschlossen:

a) Energiecampus Nürnberg

Mit dem Energiecampus Nürnberg wird ein international sichtbares Zentrum für das ganz große Zukunftsthema Energieforschung errichtet. Dafür wird der Freistaat in den nächsten fünf Jahren 50 Millionen Euro investieren.

b) E-Drive-Center

Für den Wissenschaftstransfer von der Hochschule in die industrielle Praxis soll mit 9 Millionen Euro ein „Bayerisches Technologiezentrum für elektrische Antriebstechnik“ in Nürnberg errichtet werden. Ziel ist, die Entwicklung innovativer elektrischer Antriebskonzepte und der zugehörigen Produktionstechnologien zu fördern sowie die gewonnenen Erkenntnisse in industrielle Anwendungen zu übertragen.

c) „Service Factory Nürnberg“

Die bestehende Fraunhofer-Logistikarbeitsgruppe in Nürnberg soll zusätzlich das Geschäftsfeld „Service Engineering“ zur Entwicklung innovativer Logistikdienstleistungen aufbauen. Für die Ansiedlung dieser Fraunhofer-Arbeitsgruppe auf dem Gelände der Quelle-Immobilie wird der Freistaat 11 Millionen Euro investieren.

d) Erweiterungsbau Gewerbehof Complex

Für den Ausbau des Gewerbehofs in Fürth zur Ansiedlung neuer Unternehmen und Arbeitsplätze wird Bayern 4 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

e) Fraunhoferentwicklungszentrum Röntgentechnik

Weitere 4 Millionen Euro wird Bayern für einen neuen hochauflösenden Computertomographen in Fürth investieren. Mit dieser Förderung soll auch die Perspektive für die Umwandlung des Zentrums in ein neues Fraunhoferinstitut eröffnet werden.

f) Nanopartikel-Zentrum des Zentrums Neue Materialien Fürth

Im Rahmen der Exzellenzinitiative entsteht in Erlangen ein Forschungsbau für Funktionale Partikelsysteme. Dieser auf Grundlagenforschung beschränkte Bau soll mit 11 Millionen Euro Förderung des Freistaats ergänzt werden durch ein Anwenderzentrum in Fürth.

g) Städtebauförderungsprogramm „Stadtumbau West“

Die Areale an der Fürther Nürnberger Straße mit dem „Quelle-Gelände“ werden künftig in das Programm „Stadtumbau West“ aufgenommen. Zusätzlich sollen besonders strukturwirksame Maßnahmen der Städtebauförderung in Nürnberg und Fürth mit einem von 60 Prozent auf bis zu 80 Prozent erhöhten Fördersatz gefördert werden. Dafür stellt der Freistaat mindestens 5 Millionen Euro zur Verfügung.

h) Business Support Center

Mit dieser deutschlandweit einmaligen Einrichtung soll die Ansiedlung ausländischer Unternehmer in der Region Nürnberg unterstützt werden. Ausländischen Investoren wird dazu ein Bündel von Dienstleistungen von der Einrichtung temporärer Büros über Konferenzräume bis hin zu einem Gemeinschaftssekretariat geboten. Dafür stellt der Freistaat rund 1 Million Euro zur Verfügung.

i) Investitionsförderung für kleine und mittlere Unternehmen

Durch eine Aufstockung der Regionalfördermittel um 10 Millionen Euro für die Städte Nürnberg und Fürth werden die Investitionsbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen nachhaltig verbessert.

2. Spezifische Arbeitsmarkt- und Qualifizierungsmaßnahmen

Aufgrund der besonderen arbeitsmarktpolitischen Gesamtsituation in Nürnberg-Fürth ist es ein Gebot der Stunde, mit ganz spezifischen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie Qualifizierung und Vorbereitung für den Arbeitsmarkt das beschäftigungspolitische Profil in Problemfällen zu verbessern.

Die Staatsregierung ist bereit, dazu 10 Millionen Euro für einen Arbeitsmarktfonds für Härtefälle unter angemessener Beteiligung der Städte Nürnberg und Fürth zur Verfügung zu stellen. Damit sollen beispielweise Familien mit Kindern und Alleinerziehenden Maßnahmen zu Beschäftigung und Bildung angeboten werden. Das Kabinett hat die Arbeitsminister beauftragt, ein entsprechendes Konzept noch in diesem Jahr vorzulegen.

3. Neues Konzept zur Forschungsförderung mit Headquarter in Nürnberg

Als weiterer wichtiger Baustein des Maßnahmenpakets der Staatsregierung hat der Ministerrat heute grünes Licht für ein völlig neues Konzept „Haus der Forschung“ mit Hauptsitz in Nürnberg für eine bessere Einwerbung von Forschungsmitteln gegeben. Wirtschaftsminister Zeil: „Mit dem Konzept „Haus der Forschung“ sorgen wir dafür, dass unsere Technologie- und Forschungspolitik in ganz Bayern mit einem starken Schwerpunkt in Nürnberg effizient und schlagkräftig wirken kann. Wir optimieren die Einwerbung von EU-Forschungsfördermitteln, um mehr EU-Mittel für die bayerischen Forscher und Entwickler erhalten zu können. Für die Technologie-

Förderung etablieren wir ein einheitliches Beratungssystem, mit dem wir gerade die mittelständischen Unternehmen über mögliche Bundes- und Landesmittel qualifiziert und aus einer Hand informieren können.“

Im „Haus der Forschung-Nürnberg“ werden 84 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. In der Schwestereinrichtung „Haus der Forschung-München“ sollen es im Endausbau 31 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden. Der Standort Nürnberg übernimmt die Headquarter-Funktion. Dafür wird Bayern in den nächsten fünf Jahren insgesamt 20 Millionen Euro aus Mitteln des Programms „Bayern 2020“ investieren.

4. Verlagerung des Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung von München nach Fürth

Das Kabinett hat sich für die Verlagerung des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung aus München nach Fürth ausgesprochen und Innenminister Joachim Herrmann beauftragt, bis Ende März 2010 ein Umsetzungskonzept im Detail vorzulegen. Ein zentraler Baustein dafür ist die sozialverträgliche Umsetzung, die die Belange der Beschäftigten in bestmöglichem Umfang berücksichtigt. Dabei ist insbesondere auch ein ressortübergreifendes Personalmanagement vorzusehen. Das Rechenzentrum Süd soll in München und die Außenstelle des Landesamts in Schweinfurt bleiben.

Mit dem Beschluss über die bislang größte Behördenverlagerung in Bayern setzt die Staatsregierung ein starkes Signal für die Metropolregion Nürnberg-Fürth. Bereits kurzfristig kann diese Entscheidung einen wichtigen Beitrag zur Senkung der Arbeitslosigkeit leisten. So sollen speziell für die Durchführung des Mikrozensus im nächsten Jahr durch das Landesamt kurzfristig rund 150 bis 200 neue Arbeitsplätze in der Region Nürnberg-Fürth entstehen. □

Schwabentag des Bezirks:

2010 in Füssen

Neu-Ulm. 2010 kommt die große Bayerische Landesausstellung „Bayern – Italien“ nach Füssen. „Es bietet sich geradezu an, dass der Bezirk als regionaler Ansprechpartner für die Kulturarbeit diese Gelegenheit auch für seinen zentralen Schwabentag nutzt“, betonte Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert nun bei der jüngsten Sitzung des Kultur- und Europausschusses des Bezirks in Neu-Ulm. Am Sonntag, 13. Juni, soll der Tag für alle Schwaben stattfinden, der auch thematisch die bayerisch-schwäbisch-italienischen Beziehungen aufgreifen wird.

Die Stadt Füssen, die sich um den Schwabentag beworben hat, will „Offenheit für Neues und Innovationen als Merkmal der schwäbischen Mentalität“ insbesondere an der zeitgenössischen Kunst verdeutlichen. So sind u. a. eine Ausstellung der beiden schwäbischen Verbände Bildender Künstler im Festspielhaus geplant, Sonderführungen durch die Bayerische Landesausstellung, Stadtführungen in Füssen und Hohen Schwangau auf den Spuren italienischer Einflüsse sowie Konzerte. □



Von links: Der Präsident der Fachhochschule Reinhard Brey, Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner (Hof), Landrat Bernd Hering (Hof), Landrat Hermann Hübner (Bayreuth), Landrat Michael Busch (Coburg), Landrat Klaus Peter Söllner (Kulmbach), Vorsitzender des Bezirksverbandes Landrat Reinhard Leutner (Lichtenfels), Landrat Oswald Marr (Kronach), Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayer. Landkreistages Johannes Reile, Landrat Reinhardt Glauber (Forchheim), Landrat Dr. Günther Denzler (Bamberg), Landrat Dr. Karl Döhler (Wunsiedel). □

Tagung der oberfränkischen Landräte in Hof:

Ruf nach angemessener Finanzausstattung für die Kommunen

Die oberfränkischen Landräte haben bei der Sitzung des Bezirksverbandes Oberfranken des Bayerischen Landkreistages mit einer Resolution an den Bayerischen Finanzminister eine adäquate Finanzausstattung der Kommunen gefordert. Dabei sprachen sich alle oberfränkischen Landräte unter Vorsitz des Lichtenfelser Landrats Reinhard Leutner dafür aus, die Finanzausgleichsmittel, insbesondere die Finanzmasse für die Schlüsselzuweisungen, im notwendigen Umfang zu erhöhen und den bayerischen Belastungsausgleich zu Hartz IV mindestens im gleichen Umfang über 2010 hinaus fortzuführen.

Dabei fordern die Landkreise, das verfassungsmäßig verankerte Selbstverwaltungsrecht der Kommunen durch die Schaffung und Sicherung einer auskömmlichen Finanzausstattung sicherzustellen. Weiterhin wird der Freistaat Bayern aufgefordert, keine neuen (freiwilligen) Sozialleistungen, die eine Co-Finanzierung der Kommunen voraussetzen, zu beschließen,

während gleichzeitig der Sparkurs fortgesetzt und die Ausgleichstöpfe für den Finanzausgleich reduziert werden.

Der Präsident der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern Reinhard Brey gab den Landräten einen Einblick in die Arbeit der Fachhochschule. Zu Beginn der Sitzung überraschten Studentinnen und Studenten

der Fachhochschule die Landräte mit professionellen Musikdarbietungen.

An der Tagung nahmen auch Regierungspräsident Wilhelm Wenning, der Hofer Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner und das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistages Johannes Reile teil.

Themenschwerpunkte

Neben den Finanzproblemen der Kommunen standen die Reformen im Schulbereich, die Neuorganisation des SGB II und die Genehmigung von großflächigen Außenphotovoltaikanlagen sowie die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie auf der Tagesordnung. Breiten Raum nahmen auch die Reformen im Schulbereich mit der geplanten Einführung der Mittelschule und den Schulverbänden ein.

Personelle Ausstattung

Schließlich war auch die angemessene Ausstattung der Landratsämter mit staatlichem Verwaltungspersonal wiederum ein Thema. Die oberfränkischen Landräte haben sich massiv über Stelleneinsparungen beklagt, die zwangsläufig zu erheblichen Verschlechterungen beim Kundenservice führen und fordern eine bessere personelle Ausstattung mit Staatspersonal an den Landratsämtern. Auch wurde in der Sitzung die alte Forderung wiederholt, das staatliche Personal der Landratsämter in die Personalhoheit der Landkreise zu geben. □

unseren Standort behaupten wollen, müssen wir uns mit geleiteter Vorsorge in das Geschehen einbringen“. Andernfalls werde man die guten Zahlen der Vergangenheit nicht halten können.

Ausstellung

Für die Besucher waren unter anderem Präsentationen zu den Themen Impfen, Reisemedizin, Schwangerschaft, Suchtberatung und Aidsprävention geboten. Es gab eine Ausstellung über 200 Jahre öffentlichen Gesundheitsdienst in Bayern, eine Station für Hör- und Sehtests und Auskünfte über gesunde Ernährung. Außerdem konnten sich Fitnessfreunde im Bewegungsparcours austoben. DK

Niederbayerischer Gesundheitstag in Bad Füssing:

Augenmerk auf Prävention

Die Regierung von Niederbayern, das Gesundheitsamt Passau und die Kurverwaltung Bad Füssing zeigten beim niederbayerischen Gesundheitstag im und um das Bad Füssinger Kurhaus, was der Öffentliche Gesundheitsdienst und die niederbayerischen Kurorte in Sachen Gesundheitsförderung und Prävention bieten. Auch Gesundheitsminister Dr. Markus Söder, Passauer Landrat Franz Meyer und Regierungspräsident Heinz Grunwald informierten sich über die Schwerpunkte in der Region.

Bluthochdruck, Diabetes, Rückenschmerzen und psychische Leiden belasten immer mehr Menschen. Die Gründe dafür sind häufig Übergewicht, falsche Ernährung, Bewegungsmangel, Stress, Rauchen und Alkoholmissbrauch, kurz gesagt: ein ungesunder Lebensstil. Darum legen die Verantwortlichen im Gesundheitswesen viel Wert auf Prävention und Gesundheitsförderung.

Die wichtigste Botschaft des niederbayerischen Gesundheitstages: Entscheidend für ein gesundes Leben ist die Eigeninitiative jedes Einzelnen. Und die niederbayerischen Kurorte leisten mit dem hohen medizinischen Standard in ihren Heilbädern einen besonderen Beitrag dazu, dass ihre Besucher gesund werden und vor allem bleiben.

Wirtschaftsfaktor

Gerade in Niederbayern hat sich das Thema Gesundheit zu einem großen Wirtschaftsfaktor entwickelt, wie Minister Söder feststellte. Er zeigte sich zuver-

sichtlich, dass Niederbayern bei den nationalen Bewerbungen als „Gesundheitsregion“ weit nach vorne kommen werde.

Wertvoller Beitrag

Söder machte deutlich, dass die Menschen wieder mehr Eigenverantwortung für ihre Gesundheit übernehmen müssen. „Prävention ist besser als Reparatur, nicht nur der Kosten wegen, sondern auch im Hinblick auf das Wohlbefinden der Menschen“, konstatierte der Politiker. Die Kurorte leisteten mit einem hohen medizinischen Standard in ihren Heilbädern hierzu einen wertvollen Beitrag.

Gute Zahlen beibehalten

Prävention werde die Zukunft der Kur- und Heilbäder sein, meinte auch Bad Füssings Bürgermeister Alois Brundobler. Die Nachbehandlung von Krankheiten in Form von Kuren werde wichtig bleiben, so der Rathauschef, „aber wenn wir im modernen Gesundheitswesen

Auszeichnung für sieben Preisträger

Dillinger Ökoprot-Projekt eine besondere Erfolgsstory

Mit hoher Anerkennung würdigte der Dillinger Landrat Leo Schrell die erfolgreichen Teilnehmer des im Landkreis Dillingen erstmals durchgeführten Ökoprot-Projektes. Dessen besonderen Rang hob Schrell bei der Übergabe der Ehrenurkunden an die Gemeinde Buttenwiesen und die beteiligten Betriebe sowie die Nordschwäbischen Werkstätten GmbH in Dillingen besonders hervor. Im Blick auf die eindrucksvollen Ergebnisse von „Ökoprot“ könne von beispielhaften nachahmenswerten Wegen zur Verbindung von Umweltschutz und betrieblichem Gewinn gesprochen werden. Der Landrat sprach von einer Erfolgsstory.

Der Vorstandsvorsitzende der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen, Thomas Schwarzbauer, äußerte bei der Begrüßung der Repräsentanten der Preisträger seine Freude über das mit acht Workshops verbundene Projekt. Die Sparkasse, in ihrem „Malzstadel“ Gastgeber der Abschlussveranstaltung, gehörte zu den aktiven Teilnehmern mit der Auszeichnung als „Ökoprot-Betrieb 2008/2009“. Schwarzbauer kommentierte, die hier angeregten Maßnahmen zum Umweltschutz und zu ökologisch orientierten Verbesserungen in den verschiedensten Bereichen „bewegen uns alle, auch mit einem Voneinanderlernen“.

Ein Markenzeichen

Landrat Schrell betonte, der Begriff „Ökoprot“ habe sich im Landkreis Dillingen zu einem „Markenzeichen“ entwickelt. Die Idee, die dem Projekt zugrunde liege, habe ganz offensichtlich überzeugt. Es gehe hier um die Erarbeitung von Maßnahmen zur Vermeidung von Umweltbelastungen und zur Intensivierung der Kostenreduzierung. Die technischen und organisatorischen Ini-

tiativen würden ergänzt durch Anregungen zur Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Umweltfragen. Mit viel Kreativität sei der Prozess des Umdenkens entscheidend unterstützt worden. Die Grundlage für die zielführende Realisierung des Projektes habe der Landkreis Dillingen, so Schrell, im Februar 2008 geschaffen mit dem Vertrag mit der Firma Argum, der Münchner Gesellschaft für Arbeitssicherheit Qualitäts- und Umweltmanagement.

250.000 Euro gespart

Besondere Aufmerksamkeit fand die Information von Landrat Schrell, dass von den jetzt geehrten Preisträgern insgesamt Einsparungen in der Größenordnung von jährlich rund 250.000 Euro sowie über 670.000 kg CO₂-Emission geleistet worden seien, ein sehr beachtlicher Beitrag zum nachhaltigen Klimaschutz.

Über die Einzelprojekte informierten die Diplom-Biologin Shana Dammel von der Firma Arqum und die Vertreter der geehrten Einrichtungen bzw. Firmen. Zur Sprache kamen dabei unter anderem Verbesserungs-

maßnahmen über viele umweltrelevante Bereiche wie Energie, Wasser und Abfall. Einbezogen waren auch Abfallvermeidung durch Weiterverwendung von Produktionsresten, das Errichten einer PV-Ablage auf dem Dach einer Produktionshalle, die Umstellung von Beleuchtung auf energiesparende Leuchtmittel, die Optimierung der Heizungseinstellung, die Verbesserung der Papierentsorgung, der Kauf von emissionsarmen Dienstfahrzeugen, die Errichtung eines BHKW und der Einbau von Sparplatteln in den Waschbeckenarmaturen.

Landrat Schrell übergab die Ehrenurkunden an die Gemeinde Buttenwiesen mit dem Rathaus und der Ulrich-von-Thürheim-

Auftakt in Landshut:

ideenReich geht in die nächste Runde

Nach zwei erfolgreichen Jahren mit weit über 50 Gründungsideen geht **ideenReich**, der **Businessplan Wettbewerb Südostbayern für Altötting, Landshut, Mühldorf a. Inn und Rottal-Inn in die dritte Runde**. **Gründer, Jungunternehmer, Unternehmensnachfolger und Gründungsinteressierte erhalten im Wettbewerb relevante Informationen für ein Erfolg versprechendes Geschäftskonzept, konkrete Unterstützung sowie wertvolle Kontakte können auch in der neuen Saison wieder Sach- und Geldprämien in Höhe von etwa 20.000 Euro gewinnen.**

Zur feierlichen Auftaktveranstaltung der neuen **ideenReich**-Wettbewerbssaison in Landshut fanden sich die Projektbeteiligten, Teilnehmer aus den ersten Runden, Sponsoren, Juroren, Coaches und Interessierte ein. Neben einem Ausblick auf die dritte Saison präsentierte das Gründerteam „ringbach“ ihren Webservice erstmals einer breiteren Öffentlichkeit.

Als Gastgeber begrüßte Oberbürgermeister Hans Rampf stellvertretend für die kommunalen Träger alle Anwesenden. Er wies darauf hin, dass neue Geschäftskonzepte Innovationen junger Leute benötigten. **ideenReich** habe sich als wertvolles Instrument etabliert, um Produkte weiter zu entwickeln und im Idealfall zur Marktreife zu bringen. Für die Wirtschaft der Region sei dies von großer Bedeutung. Umso mehr freue er sich, dass sich der Wettbewerb positiv entwickle und jetzt die neue Runde beginne.

Kompetente Begleitung

Wie Projektleiter Harald Wagner von der Hochschule Landshut erläuterte, ist es das Ziel des Wettbewerbs, nötiges Wissen zu vermitteln, um ein Erfolg versprechendes Geschäftskonzept entwickeln zu können. Durch die Unterstützung von erfahrenen Trainern erhalte man Rückmeldung und „eine kompetente Begleitung auf dem Weg in die Selbstständigkeit“.

„Wir wollen in dieser Saison die Zahl der Gründungsideen erhöhen, die ehemaligen Teilnehmer weiterhin unterstützen und das entstandene unternehmerische Netzwerk ausbauen“, fuhr Wagner fort. Es sei immer wieder faszinierend, welche vielfältigen Geschäftsideen die Teilnehmer mitbringen. Dass dieses Konzept funktioniert, bestätigte Benedikt Häring vom drittplatzierten Gründerteam „ringbach“ der letzten Saison: „Seit dem wir letzte Saison bei **ideenReich** mitgemacht haben, konnten wir unsere Geschäftsidee entscheidend zur Marktreife heranführen. Dies ist auch den dort geknüpften Kontakten zu verdanken.“

Nach dem feierlichen Auftakt finden wieder Veranstaltungen an

verschiedenen Standorten in den beteiligten Kommunen statt, die zur Wissensvermittlung sowie zum Aufbau und zur Pflege von Kontakten genutzt werden können. Im ersten Crashkurs referierte Prof. Dr. Markus Schmitt bereits am 24. November über das Thema „Von der Idee zum Geschäftskonzept“. Mitte April 2010 wird die Prämierung der aussichtsreichsten Geschäftsideen stattfinden. Bis dahin haben die Teilnehmer die Chance, unterstützt durch die **ideenReich**-Coaches ein erfolgversprechendes Geschäftskonzept auszuarbeiten.

Ermöglicht wurde der Wettbewerb durch die gute Zusammen-

arbeit der kommunalen Partner aus der gesamten „ideenReich“-Region und die Bereitschaft der aus der Region stammenden Unternehmen, als Sponsoren den Wettbewerb zu unterstützen. Träger sind die Landkreise Altötting, Mühldorf, Landshut, Rottal-Inn und die kreisfreie Stadt Landshut in Kooperation mit der Hochschule Landshut, dem Münchner Business Plan Wettbewerb und den Handwerkskammern für Niederbayern/Oberpfalz und für München/Oberbayern sowie den Industrie- und Handelskammern für Niederbayern und für München/Oberbayern.

Eine Besonderheit des **ideenReich** BPW Südostbayern ist diese enge Zusammenarbeit von fünf kommunalen Partnern aus zwei Bezirken, die den wirtschaftlichen Verknüpfungen in der Region Rechnung trägt. Unterstützt wird der **ideenReich** BPW vom Bayerischen Wirtschaftsministerium. **DK**



Von links: Michael Bachmair, Roman Leo, Johann Uhl, Sven Hakert, Alexander Saur, Benjamin Mayr, Landrat Schrell, Sahna Dammel, Sparkassendirektor Thomas Schwarzbauer, Hans Roch, Wolfgang Weber und Mario Brenner.

Volksschule, die Firma Brenner GmbH & Co., Fristingen, die Kreis- und Stadtparkasse Dillingen, die Firma Glas-Trösch GmbH mit den beiden Standorten

Wertingen und Memmingen, die Firma Leo-Druck + Verlags GmbH Gundelfingen, die Nordschwäbische Werkstätten GmbH in Dillingen und die Firma Roch-Druck GmbH in Dillingen. Für die Gemeinde Buttenwiesen nahmen die Ehrung Benjamin Mayr vom Bauamt der Gemeindeverwaltung und der Rektor der Schule, Michael Bachmair, entgegen. Anerkennung fanden Erfolge in Umweltwettbewerben, Kostenersparnisse durch Sponsoring, die Aktivierung von Schülern und Eltern (mit großer Breitenwirkung) und die Umstellung der Beleuchtung im Rathaus auf Energiesparlampen. **□**

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Jakob Döring

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Peter Müller

Florian Hahn (KPv)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 43 vom 01.01.2009

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.



Die Kinderreporter erlebten mit Bürgermeister Scharwies einen abwechslungsreichen Nachmittag (v. l.: Bastian Lingelbach (Schimborn), Nico ten Eicken, Theresia Rupprecht, Lena Franz (alle Alzenau), Anna-Maria Huth (Mömbris) und Tabea Klassen (Krombach). **□**

Nachwuchs-Reporter begleiteten Bürgermeister

Alzenau. Ein beim Alzenauer Stadtfest im August abgegebenes Versprechen hat Bürgermeister Walter Scharwies jetzt eingelöst: Sechs Kinder, die beim Stadtfest bei einer Gemeinschaftsaktion des Bayerischen Rundfunks mit dem Main-Echo in die Reporterrolle geschlüpft waren, durften nun gemeinsam mit dem Bürgermeister auf dessen Einladung einen Nachmittag verbringen.

Die Neun- bis Elfjährigen waren beim Stadtfest in einem Workshop auf ihre journalistische Tätigkeit vorbereitet worden und hatten ihre ersten Radio- bzw. Interviewfahrten auf der Showbühne präsentiert. Spannend war es für die Schülerinnen und Schüler auch, aus erster Hand vieles über den Alltag eines Bürgermeisters zu erfahren.

Eine erste „Besprechung“ fand in dessen Amtszimmer statt, wo sich die Kinder einen Eindruck von den Arbeitsbedingungen des Bürgermeisters verschafften und Details beispielsweise über die Herkunft und Bedeutung der Amtskette erfuhren.

Im Sitzungssaal des Rathauses, wo die maßgeblichen Entscheidungen getroffen werden,

informierte der Bürgermeister seine wissenshungrigen Gäste über kommunalpolitische Abläufe, beantwortete Fragen und nahm Anregungen auf. In einem Mannschaftstransportwagen der Feuerwehr ging es anschließend in den Stadtwald. Dort verschafften sich die Kinderreporter einen Eindruck von den vielfältigen Funktionen des Stadtwaldes.

Letzte Station der Exkursion vor der Rückkehr ins Rathaus war der städtische Bauhof. Die Besucher konnten sich vor Ort vom dem breiten Aufgabenspektrum der dort tätigen Mitarbeiter ein Bild machen, die unter anderem gerade mit den Vorbereitungen für den Weihnachtsmarkt befasst waren. **□**

Bürgermeisterinnen in Bayern:

Mit Tatkraft für Königsfeld auf dem Jura

Die Gleichberechtigung der Frauen in der Kommunalpolitik nimmt stetig zu. So gibt es seit den jüngsten Wahlen in Bayern 127 Frauen als Bürgermeisterinnen, allein 14 in Oberfranken. Im Bamberger Land residieren zwei Frauen, eine davon in Königsfeld.

Diplomverwaltungswirtin Gisela Hofmann (44) regiert die 1365 Einwohner in sieben Dörfern. Mit den weiteren Gemeinden Stadelhofen und Wattendorf bildet Königsfeld eine gemeinsame Verwaltung. Eine weitere Bürgermeisterin im Bamberger Land, Maria Beck, gibt es in Priesendorf.



Gisela Hofmann.

Die gebürtige Königsfelderin Gisela Hofmann hätte es sich einst nicht träumen lassen, Bürgermeisterin zu werden. Der Weg in die Kommunalpolitik führte über den Elternbeirat, dessen Vorsitzende sie lange Jahre war. Ansonsten arbeitete sie als Ausbildungsleiterin für kaufmännische Berufe bei der Telekom und steht in der Familie ihre Frau für die zwei Kinder und ihrem Mann. Diesen unterstützt sie auch als Bürokräftin, in dem 20 Mitarbeiter zählenden Kirchenmalereibetrieb.

Leben auf dem Land

Als dringende Aufgabe sieht Gisela Hofmann vor allem den Erhalt der Grundschule. Die Aufrechterhaltung des Lebens auf dem Lande ist auch für die Zukunft eine Herausforderung. Hierzu leisten auch die sieben Feuer-

wehren ihren ureigenen Beitrag. Naheliegende Ziele möchte die tatkräftige Bürgermeisterin für Kinder und Ältere verwirklichen:

► Den älteren Königsfeldern soll bis an ihr Lebensende ein Daheim in ihrem Dorf ermöglicht werden.

► Gleich nach ihrer Wahl wurde die Bürgermeisterin initiativ und gliederte dem Kindergarten die Kinderkrippe von null bis drei Jahren an. 18 Kinder werden hier momentan versorgt.

Für Kirche und Schule baut die Gemeinde gegenwärtig eine Hackschnitzel-Heizung und schafft dadurch für die kleinen Waldbesitzer ein Zusatzeinkommen. Das 158-Seelendorf Poxdorf wird zudem „runderneuert“.

Es gibt außerdem noch ein Schmankerl. Im Zeitalter der Informatik werden im Bedarfsfall in den Dörfern der Gemeinde Königsfeld noch die „neuesten Nachrichten“ mit der Gemeindeglocke ausgeschellt und ausgerufen. **Franz Och**

Stiftung Altenhilfe:

Zuschüsse in Höhe von 39.685 Euro

Kleine Spende mit großer Wirkung: Die vom Kuratorium der Stiftung Altenhilfe an die Bewohner des Kreisaltenheims Amorbach gestiftete Spielekonsole ist von den Senioren mit Begeisterung aufgenommen worden. Davon konnten sich die Mitglieder des Kuratoriums vor Beginn ihrer Herbstsitzung mit eigenen Augen überzeugen.

Die Wii-Konsole, sonst ein beliebtes Spielgerät für Jugendliche, eignet sich auch für ältere Menschen, die keine Erfahrung mit Computern oder Videospiele haben – was vor Ort eindrucklich bestätigt wurde. Waren die Senioren anfänglich noch skeptisch, ob sie mit der Technik klarkommen, so stellten sich die Befürchtungen bald als unbegründet heraus. Die Konsole ermöglicht es auch Senioren, die im Rollstuhl sitzen, aktiv mitzuspielen. Mittlerweile gibt es im Kreisaltenheim zwei Mannschaften mit je vier Mitspielern, die sich häufig im Kegeln messen und hier eine willkommene Alternative zu herkömmlichen Karten- und Brettspielen sehen. Landrat Roland Schwing und Heimleiter Elmar Miksche streiften sich gleich Keglertrikots über und probierten die Konsole selbst aus.

Gelungene Spende

Angesichts dieser gelungenen Spende fiel es den Kuratoriumsmitgliedern in ihrer anschließenden Sitzung leicht, auch weitere Zuschüsse für stationäre und ambulante Altenpflegeeinrichtungen im Landkreis Miltenberg zu bewilligen. Schon in der Frühjahrssitzung hatte das Kuratorium 53.634 Euro genehmigt, nun kamen nochmals 33.777 Euro für stationäre und teilstationäre Einrichtungen hinzu sowie 5.909 Euro für ambulante Dienste.

Im Einzelnen wurde das Seniorenwohnstift Erlenbach mit seinem Betreuungspaten Michael Berninger mit 4.001 Euro bedacht, die Hospitalstiftung Amorbach (Peter Schmitt) mit 7.429 Euro, das Seniorenheim Maria Regina Miltenberg (Joachim Bieber) mit 2.498 Euro, die Rohe'sche Altenheim-Stiftung in Kleinwallstadt (Thomas Köhler) mit 3.751 Euro, die Johanniter Unfallhilfe Miltenberg (Otto Büchner) mit 1.700 Euro, die Seniorenresidenz Wörth (Ludwig Ritter) mit 4.973 Euro, das Pflegezentrum Obernburg (Ruth Weitz) mit 3.502 Euro, das Elisabethen-Stift Großheubach (Bernhard Döring) mit 2.034 Euro, das Seniorenheim Weilbach (Dr. Christian Hepner) mit 1.748

Euro, die Tagesstätte Ursula Wiegand in Erlenbach (Heinz Ballonier) mit 1.458 Euro und die Tagespflege Südspessart in Stadtprozelten (Joachim Bieber) mit 684 Euro.

Dazu kamen 1.274 Euro für die Franziskus GmbH Caritas Sozialstation Miltenberg/Elsenfeld, 940 Euro für die Caritas Sozialstation St. Johannes in Erlenbach, 984 Euro für den BRK-Kreisverband Miltenberg-Obernburg, 1.120 Euro für die Johanniter-Unfallhilfe Miltenberg (ambulant), 1.065 Euro für den Ambulanten Dienst der AWO Aschaffenburg-Miltenberg sowie 526 Euro für die Ambulante Pflege Aktiv in Obernburg.

Wie Geschäftsführer Manfred Vill bekannt gab, seien im Jahr 2009 bislang Spenden in Höhe von 7.725 Euro eingegangen – darunter als größter Einzelposten Spenden von insgesamt 4.270 Euro anlässlich des 60. Geburtstags von Landrat Roland Schwing. Wie Vill betonte, seien auch wei-

terhin Spenden für die Stiftung sehr willkommen, da diese neben dem Beitrag von Landkreis, Städten und Kommunen eine wichtige Einnahmequelle seien. Anschließend beschlossen die Kuratoriumsmitglieder einstimmig den Haushalt der Stiftung Altenhilfe für das Haushaltsjahr 2010 sowie die Aufnahme des Seniorenheims Mömlingen in die Förderung ab dem Jahr 2010. Als Betreuungspate für die Einrichtung wurde Ludwig Ritter benannt. □



Landrat Roland Schwing und Elmar Miksche (stehend) zogen sich im Amorbacher Kreisaltenheim Keglertrikots über, reiheten sich in die Kegelmanschaften ein und spielten an der Spielekonsole, die die Stiftung Altenhilfe gespendet hatte. □

Bürgermeister Franz Xaver Meitinger in Mittelneufnach:

Dorferneuerung als letztes Großprojekt

Seit 31 Jahren steht Franz Xaver Meitinger auf der Kommandobrücke der Staudengemeinde Mittelneufnach. Er ist damit neben seinem Untermeitinger Kollegen Georg Klausner – der dienstälteste Rathauschef im ganzen Landkreis Augsburg. Seit Mai 2008 steht er zudem als Vorsitzender an der Spitze der Verwaltungsgemeinschaft (VG) Stauden.

Seine ganze Schaffenskraft gilt in der verbleibenden Amtsperiode jetzt der Gemeindepolitik. Zum Endspurt seiner langen ehrenamtlichen kommunalpolitischen Tätigkeit hat sich der Jubilar noch



Franz Xaver Meitinger. □

eine große Aufgabe vorgenommen: die Dorferneuerung in Mittelneufnach und Reichertshofen. Derzeit läuft die Vorbereitungsphase, in diversen Arbeitskreisen wird am Konzept für das Profil der Staudengemeinde gefeilt. Die offizielle Anordnung der Maßnahme zur Stärkung des ländlichen Raumes durch das Amt für Ländliche Entwicklung in Krumbach (ALES) wird für den kommenden Sommer erwartet. Die kleine Gemeinde in der südwestlichsten Ecke des Landkreises soll für die Zukunft fit gemacht, dabei in ihren bäuerlich-kleingewerblichen Grundstrukturen erhalten werden.

Mit der Flurbereinigung, der örtlichen Agenda-Gruppe, der Regionalentwicklung Stauden und der jetzt beginnenden Dorferneuerung sind in den vergange-

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Dieses Jahr musste ich mich besonders konzentrieren, damit ich mich nicht verspreche und aus Versehen statt des Adventsmarkts die Osterkirchmesse für eröffnet erkläre.“ Mein Chef, der Bürgermeister, biss trotzdem vernügt in einen glacierten Apfel vom Süßwarenstand.

Obwohl man heuer zu Beginn des vorweihnachtlichen Marktgeschehens nicht mal einen Mantel brauchte, wenn man in den Budengassen schlenderte und am ersten Adventswochenende mehr Weinschorle als Glühwein an den Ständen verkauft wurde, ist der Markt auch dieses Jahr wieder ein Besuchermagnet.

Märkte vor dem Weihnachtsfest abzuhalten, hat ja eine lange Tradition. Auch in unserer Stadt ist ein entsprechendes Marktprivileg erhalten. Die meisten anderen Märkte, die noch im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert Be-



Da lob ich mir den Markt, den es bei uns gibt, ebenso wie in vielen Gemeinden der Umgebung oder in so manchem Viertel einer großen Stadt. Unsere Veranstalter, eine Gruppe von Einzelhändlern der Innenstadt, achten peinlich genau darauf, dass nur qualitativ hochwertige Ware angeboten wird, die Imbissstände und Glühweinbuden vernünftige Preise nehmen und auch für

Kinder immer ein nettes Fahrgeschäft bereit steht. Denn der Markt soll natürlich auch Kunden anziehen, die vor oder nach einem Marktbummel noch ihre größeren Besorgungen bei den Innenstadtgeschäften machen. Die Geschenk wünsche, die nicht durch das Sortiment in den Holzbuden der Marktbesucher erfüllt werden können, sollen vom örtlichen Einzelhandel befriedigt werden.

Der Christkindlmarkt als reiner Marketingevent? Oh nein. Die Weihnachtsmärkte befriedigen auf besondere Weise ein Bedürfnis der Menschen, gerade in der dunklen, kalten Zeit zusammen zu kommen, sich an Lichtern und Wärme zu erfreuen. Sie sind ein Relikt der Zeiten, als Einkaufen noch ein Akt des sozialen Zusammenlebens war und sich nicht in Konsumtempeln mit vermindertem Personaleinsatz oder gar ganz allein vor dem Computer beim online-shopping abspielte. Für viele sind sie Refugien der Romantik. Und sogar die nüchternen Richter des Bundesverwaltungsgerichts sehen soziale und kulturelle Grundbedürfnisse der Gemeindeglieder durch einen Weihnachtsmarkt befriedigt.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist ein Christkindlmarkt-Fan. Er liebt es, durch die Budenstadt vor dem Rathaus zu streifen und die fröhlichen, zufriedenen und begeisterten Menschen zu sehen, die sich vor den Ständen drängen. Deshalb lege ich ihm heute ein Kalenderblatt mit einem Satz von Edith Stein hin, der gut auf Weihnachten überleitet: „Freude ist ein Zeichen, dass man dem Licht nahe ist.“

Refugium der Romantik

standteil des städtischen Lebens waren, wurden durch moderne Konsumbedürfnisse verdrängt. Nicht so der Weihnachtsmarkt: Statt nur einen Tag, wie noch vor 250 Jahren, dauert er jetzt vom letzten Freitag im November bis zum Heiligen Abend.

Weihnachts-, Advents-, Nikolaus-, Christkindl- oder Christkindlesmärkte gibt es heutzutage in jeder Stadt und vielen Gemeinden, in Klöstern ebenso wie in Museen, sie werden auf Stadtteil-ebene organisiert und von Einkaufszentren. Und trotzdem ist keine Übersättigung des Publikums spürbar. Im Gegenteil: Zu besonders schönen oder bekannten Christkindlmärkten fahren die Leute oft von weither an. Das hat leider auch zur Folge, dass auf einigen dieser Märkte der „Glühwein-Spezial“ mittlerweile für fünf Euro angeboten wird und das „original handgeschnitzte Holzspielzeug“ einen winzigen Herkunftstempel „Made in China“ trägt und nicht „Made in Oberland oder der Fränkischen Schweiz“ ist. Auf solchen Märkten wird die Gemütlichkeit vom Massentourismus gnadenlos niedergewalzt.

ihre Sabriul

Bewährte Führungsriege bestätigt und neue Köpfe hinzugewonnen

Helmut Wimmer bleibt Vorsitzender beim Freundeskreis Landshut-Nowosibirsk

„Beinahe russische Verhältnisse“ gab es bei der Wahl zur neuen Vorstandschaft beim Freundeskreis Landshut-Nowosibirsk, stellte Vorsitzender Helmut Wimmer fest. Einstimmig wurde Wimmer 12 Jahre, nachdem er den Verein aus der Taufe gehoben hatte, wieder zum Vorsitzenden gewählt. „Zum letzten Mal“, wie er betonte – in drei Jahren werde er dieses Amt endgültig in jüngere Hände übergeben.

Bei den Besitzern gab es einige Veränderungen im Verein – hier findet auch eine Verjüngung statt. Für den kürzlich verstorbenen Heribert Geier wurde Wolfgang Dechant gewählt, der die Chronik des Vereins weiter schreiben wird.

Geist der Versöhnung und des Friedens

Vizekonsul Nikolaj Lakhonin war extra zur Jahreshauptversammlung des Freundeskreises aus München angereist. Er übermittelte die Grüße des neuen Generalkonsuls Andrej Grosow und bedankt sich für die großartige

Arbeit, die dieser Verein leistet. Partnerschaften dieser Art seien wichtige stabile Faktoren, die frei sind von politischen und wirtschaftlichen Umständen, da sie auf freundschaftlicher Natur basieren, bricht Lakhonin eine Lanze für die Völkerverständigung. Er arbeite schon seit vielen Jahren sehr gerne mit dem Verein zusammen, der von einem „Geist der Versöhnung und des Friedens“ geprägt sei. Damit der „gute Geist“ auch weiterhin erhalten bleibe, überreicht Vizekonsul Lakhonin dem wiedergewählten Vorsitzenden Helmut Wimmer eine Flasche russischen Wodka. □



Von links: Vizekonsul Nikolaj Lakhonin, Michael Dietlmeier, Alfons Engl, Maximilian Sailer, Theresia Meier, Arno Wolf, Helmut Wimmer, Gerhard Wetzstein, Inge Maier, Stefan Pielmeier, Wolfgang Dechant, Ruth Müller. □

Nie Job, stets Berufung

Die Bürgermeisterei, so der frisch gebackene 65er, sei für ihn nie „Job“, sondern vom ersten Tag an stets Berufung gewesen. Das Amt mache ihm noch heute viel Spaß, wengleich er sich jetzt allmählich anschiekt, rechtzeitig die Weichen für seinen Abschied aus der Kommunalpolitik zu stellen. **Text und Bild: wkl**

Ländliche Entwicklung im Ampertal:

Große Fortschritte

Vorstellung auf der Informationsplattform [www.sdl-inform](http://www.sdl-inform.de)

Mit Hilfe eines integrierten ländlichen Entwicklungskonzeptes (ILEK) haben einige Gemeinden des Ampertals 2006 eine gemeinsame Zukunftsentwicklung auf den Weg gebracht. Die nun dokumentierten Resultate zeugen vom Erfolg des Projekts.

Unterstützt und begleitet wurden die Kommunen vom Amt für Ländliche Entwicklung Oberbayern sowie von der Schule der Dorf- und Landentwicklung (SDL) in Thierhaupten, die vielfältige Seminarangebote für Bürgermeister, Gemeinderäte und kommunal engagierte Bürger bereit hält. Um das Praxiswissen rund um die interkommunale Zusammenarbeit in Bayern besser zu vernetzen, stellt die Informationsplattform der SDL www.sdl-inform.de erfolgreiche Projektbeispiele ländlicher Entwicklung vor, zu denen auch das Ampertal-Projekt zählt.

Die Kommunen Allershausen, Fahrzenhausen, Haag a.d. Amper, Kirchdorf a.d. Amper, Kranzberg, Langenbach, Wolfersdorf, Zolling sowie die Kreisstadt Freising sehen sich vielfältigen Problemen ausgesetzt, haben jedoch auch enorme Chancen, die Entwicklung des Kulturlands Ampertal positiv zu gestalten.

Das interkommunale Entwicklungskonzept der Ampertal-Gemeinden berücksichtigt vor allem die Sicherung der gewachsenen Kulturlandschaft, eine abgestimmte Siedlungs- und Verkehrspolitik sowie die Wahrung der örtlichen und sozialen Identität.

In enger Kooperation haben die Ampertal-Gemeinden ein Bündel an Einzelprojekten initiiert, wie z.B. ein gemeindeübergreifendes Verkehrskonzeptes sowie eine Mitfahrzentrale, gemeinsamen Hochwasserschutz, eine Baufibel, um die regionale Baukultur zu stärken, gemeinsame Marketingmaßnahmen für die Kommunen, ein Gewerbeentwicklungskonzept, um interkommunale Gebietsausweisung mit Berücksichtigung der Wohnqualität zu ermöglichen, die Umnutzung landwirtschaftlicher Gebäude für andere Gewerbebereiche, den Bau eines interkommunalen Ampertal-Radweges sowie die gemeinsame Tourismusvermarktung.

Nicht der Wettbewerb der Gemeinden untereinander entscheidet über die Zukunftsfähigkeit der Region. Maßgeblich ist vielmehr der Wille, die regionalen Herausforderungen gemeinsam zu meistern sowie die Bereitschaft, auf interkommunaler Ebene eng zu kooperieren. Diese Erkenntnis ist grundlegend für den Erfolg des ländlichen Entwicklungskonzeptes im Ampertal. Es hat die Bürger ihrer Vision von einer gestärkten regionalen Identität und einem neuen Bewusstsein für die Kulturlandschaft Ampertal einen großen Schritt vorangebracht.

Vorschau auf GZ 24

In unserer Ausgabe Nr. 24, die am 17. Dezember erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunalfinanzen
- Organisation, Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Kommunale Baupolitik
- Städtebau und Dorferneuerung
- Garten- und Landschaftsbau
- Kommunale Repräsentation



Von links: Norbert Dünkel, MdB Marlene Mortler, KPV-Chef Stefan Röbke, Werner Kundörfer, Irmgard Kundörfer und KPV-Kreisvorsitzende Cornelia Trinkl.

KPV der CSU im Nürnberger Land:

Werner Kundörfer ist KPV-Ehrenkreisvorsitzender

Feucht. Beim Ehrenabend der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU im Nürnberger Land wurde Kreisrat Werner Kundörfer zum Ehrenkreisvorsitzenden ernannt. Im Anschluss diskutierten Bürgermeister und kommunale Mandatsträger mit dem KPV-Landesvorsitzenden, Landrat Stefan Röbke, über kommunalrelevante Themen.

Zum Ehrenabend der kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV) im Nürnberger Land konnte die Kreisvorsitzende, Stadt- und Kreisrätin Cornelia Trinkl, zahlreiche Mitglieder begrüßen. Ihr besonderer Gruß galt dem KPV-Landesvorsitzenden, dem Landrat des Landkreises Donau-Ries, Stefan Röbke, der Bundestagsabgeordneten Marlene Mortler, dem Kreis- und Bezirksrat Norbert Dünkel, sowie dem Feuchter Bürgermeister Konrad Rupprecht und vielen weiteren Bürgermeistern und Mandatsträgern.

Besondere Verdienste

„Bei ihrer diesjährigen Jahreshauptversammlung hat die KPV im Nürnberger Land einstimmig beschlossen, den langjährigen Kreisvorsitzenden und Kreisrat Werner Kundörfer aufgrund seiner besonderen Verdienste für die Kommunalpolitik allgemein und

in der CSU zum Ehrenkreisvorsitzenden zu ernennen“, so Kreisvorsitzende Cornelia Trinkl.

In ihren Grußworten bedankten sich Marlene Mortler, Norbert Dünkel und Konrad Rupprecht nicht nur im Namen der CSU für die von Werner Kundörfer geleistete Arbeit, sondern richteten auch sehr persönliche Dankesworte an ihn.

Beständiger Dialog

In seiner Laudatio ging KPV-Landesvorsitzender Stefan Röbke kurz auf die von Werner Kundörfer behandelten Themen ein. „Werner Kundörfer stand stets im Dialog mit allen politischen Ebenen. Dabei hat er viele Themen bearbeitet. Die Jugend für Politik zu begeistern war ihm hierbei ein wichtiges Anliegen. Doch er stand auch im Dialog mit der Wirtschaft, Landwirtschaft und sozialen Organisationen,“ so Röbke. In seiner Amtszeit fanden

Landratsamt Günzburg:

Ein familienfreundlicher Arbeitgeber

„Des einen Freud, des anderen Leid“. Während sich die Schulkinder auf den schulfreien Buß- und Betttag freuen, haben berufstätige Eltern damit nicht selten ein Problem. Sie sollen für diesen einzelnen Tag eine Betreuung bzw. Versorgung ihrer Kinder sicher stellen.

Der Personalrat am Landratsamt Günzburg griff heuer erstmals diesen Gedanken auf und bot den Beschäftigten an, ihre schulpflichtigen Kinder bis 12 Jahre an diesem Tag mit an den Arbeitsplatz zu bringen.

Tagesprogramm

Zusammen mit der „Kommunalen Jugendarbeit“ wurde ein Tagesprogramm erarbeitet, das auch ein Gesundheitsangebot der AOK Günzburg mit dem Thema „Gesundes Frühstück und Pausenbrot“ umfasste. Sogar das Mittagessen kochten sich die Teilnehmer selbst. Während die

zehn Kinder mit zwei Betreuern einen abwechslungsreichen Tag erlebten, konnten deren Eltern in gewohnter Weise ihrer Arbeit nachgehen.

„Bei unserer täglichen Arbeit sollen wir den Kopf für das Wesentliche frei haben. Da kann die Versorgung unserer Kinder außerhalb der üblichen Schulzeit durchaus ein Problem sein“, meint der Personalratsvorsitzende Werner Lipok. Weil die Situation „Beruf und Familie“ heute aber selbstverständlich sei, werde es dieses Angebot nach den guten Erfahrungen im Sinne eines familienfreundlichen Arbeitgebers auch weiterhin geben. HJ

zahlreiche Betriebsbesichtigungen und Fachtagungen und –seminare für Stadt-, Gemeinde- und Kreisräte statt. Auch die Schulung von neuen Kandidaten war ein wichtiger Aspekt seiner Arbeit.

Neben der Ernennungsurkunde zum Ehrenvorsitzenden überreichte Kreisvorsitzende Cornelia Trinkl Werner Kundörfer auch ein kulturelles Geschenk für ihn und seine Frau Irmgard, die Kundörfers Arbeit immer unterstützt hatte.

Fachgespräch

Die Veranstaltung wurde von Judith Geißler musikalisch umrahmt, die durch ihre hervorragende Stimme Musicalsongs zum Besten gab und das Publikum begeisterte.

Beim anschließenden kommunalpolitischen Fachgespräch wurden wichtige Themen angesprochen. Landesvorsitzender Röbke berichtete über die aktuellen Ver-

handlungen zum kommunalen Finanzausgleich, die in dieser Woche stattgefunden hatten. Weitere Themen waren die kommunale Bildungssituation, die Wirtschafts- und Standortförderung, der familienfreundliche Landkreis bzw. Gemeinde, Tourismus und Fremdenverkehr und die interkommunale Zusammenarbeit, die in Hinsicht auf Kostenreduzierung und Nachhaltigkeit eine immer größere Rolle spielt.

Lebhafte Diskussion

Diese Aspekte wurden in einer lebhaften Diskussion bearbeitet und Erfahrungen zwischen den beiden Landkreisen Donau-Ries und dem Nürnberger Land ausgetauscht.

Am Ende der Veranstaltung bedankte sich Kreisvorsitzende Cornelia Trinkl bei Stefan Röbke für sein Kommen und überreichte ihm als kleines Dankeschön - passend zur Weihnachtszeit - Nürnberger Lebkuchen.

LIEFERANTEN- GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
 FAHNEN KOCH GMBH
 Querstraße 8 · Abteilung GZ
 9 6 4 0 6 C O B U R G
 Tel. 09561/55270 · Fax 552723
 eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
 Briefmarkenauctionshaus Schulz
 Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
 Möblierung für Aussen
 • Abfallbehälter
 • Absperrpfosten
 • Fahrradständer
 • Sitzbänke u.a.
 Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 Winnenden
 Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
 FAHNEN KOCH GMBH
 Querstraße 8 · Abteilung GZ
 9 6 4 0 6 C O B U R G
 Tel. 09561/55270 · Fax 552723
 eMail info@fahnen-koch.de

Fahnenmasten/Fahnen

Hugo Knödler GmbH
 Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
 Telefon 07151-995160
 Telefax 07151-995166
 e-Mail info@hugo-knoedler.de
 Internet: www.hugo-knoedler.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 8171) 93 07-13

Fahrradabstellanlagen



Geschenke für Neugeborene



Alles in Textil bestickt — gewoben — bedruckt — individuell gefertigt !
 z. B. bestickte Baby-Handtücher mit dem Logo Ihrer Stadt als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters

Kerler GmbH
 Schwanthaler Straße 100, 80336 München
 Tel.: 0049(0)89 / 543 29 890, Fax: (0)89 / 543 43 587
post@kerler.de www.kerler.de

Kindergarteneinrichtungen

élbe
 Produktions-Vertrieb GmbH & Co.
 Industriest. 13 · 91522 Ansbach
 Tel: (0 91 38) 390-0 · Fax (0 91 38) 390-199
 E-Mail: info@elbe.de · www.elbe.net
 Entdecke die Welt des Spielens!

Schacht-Ausrüstungen

Hako
 Schachtdeckungen, Schachtleitern
 Einstiegshilfen, Fallschutzeinrichtungen
 Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
 Hako-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
 Postfach 1262 · D-35702 Haiger
 Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

élbe
 Produktions-Vertrieb GmbH & Co.
 Industriest. 13 · 91522 Ansbach
 Tel: (0 91 38) 390-0 · Fax (0 91 38) 390-199
 E-Mail: info@elbe.de · www.elbe.net
 Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

BENZ
 Grüniger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
 Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Streutomaten und Schneepflüge für den Winterdienst



Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Wasserzähler

HYDROMETER
 Messtechnik und Systemlösungen
 HYDROMETER GMBH
 Industriest. 13 | 91522 Ansbach
 Tel.: 09 81/ 18 06 0
 Fax: 09 81/ 18 06 605
www.hydrrometer.de

Weihnachtsbeleuchtung

